



Neubeginn an der Österreichischen Akademie? Kontinuität in einer Welt im Kriegszustand

GERHARD OBERKOFER

Wird eine der Hauptlinien im historischen Gesamtprozess der Österreichischen Akademie seit dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium bis zur Gegenwart verfolgt, lässt sich in den Jahren 1938 bis 1945 kein Unterbruch, also 1945 auch kein Neubeginn feststellen.¹ Es mag vielleicht *common sense* sein, dass Auschwitz singulär in der Geschichte ist. Aber so zu tun, würde dennoch bedeuten – wie Jon Sobrino, ein akademieferner Befreiungstheologe, die logische Konsequenz zieht –, es für nicht notwendig zu halten, „*daß das aktuelle, das gegenwärtige, also unser Auschwitz im neuen Paradigma eine zentrale Bedeutung hat. Auschwitz war die Schande der Menschheit seit dem Mittelalter. Zentralamerika, Bosnien, Osttimor, die Region um die großen Seen in Afrika, der Hungertod und jetzt die Ausgrenzung von mehreren zehn Millionen Menschen sind die Schande der Menschheit in unseren Tagen.*“²

Die Liste der seit Akademiegründung verstorbenen Akademiemitglieder zeigt, dass von großen Gelehrtenamen nichts außer Staub bleibt. Es gibt überhaupt nur ganz wenige Wissenschaftler, die ihre Zeit überdauern. Solche Persönlichkeiten sind im 20. Jahrhundert ohne Zweifel Albert Einstein und Heinrich Lammasch.³ Beiden gemeinsam ist, dass sie altösterreichische Professoren waren und gesellschaftlichen Fragen engagierte Aufmerksamkeit gewidmet haben, insbesondere haben beide aktiv am Kampf gegen den Krieg und gegen alles, was zum Krieg führt, teilgenommen. Beide waren herausragende Wissenschaftler und sind dennoch von der Wiener Akademie nicht zu ihren Mitgliedern gewählt worden, obschon wiederholt Gelegenheit dazu bestanden hätte. Das kann nicht nur Zufall sein.

„Hand in Hand mit Deutschland“

Nicht von Albert Einstein, der, wie er seinem Zürcher Freund Heinrich Zang-

ger im Sommer 1911 schreibt, „in einer höchst pittoresken Uniform beim böhmischen Statthalter den feierlichen Amtseid geschworen“ hat,⁴ soll hier die Rede sein, sondern von Heinrich Lammasch, der so ziemlich alle äußeren Insignien hatte, die im Regelfall für mehrere Wahlen als wirkliches Mitglied in die Wiener Akademie ausgereicht hätten. Er war römisch-katholisch, auch kein konvertierter Jude wie Hans Kelsen,⁵ er war kaisertreu und seit 1889 ein hochangesehener Wiener Ordinarius für Strafrecht, Rechtsphilosophie und Völkerrecht, er war Verfasser scharfsinniger Werke über Strafrechtsdogmatik und über das Auslieferungs- und Asylrecht, er war seit 1899 Mitglied des Ständigen Haager Schiedshofes und Mitglied des Herrenhauses des österreichischen Reichsrates, er war der letzte Ministerpräsident der überlebten Monarchie und für deren verhältnismäßig friedliche Abwicklung verantwortlich. Also was hat Lammasch angestellt, dass die Wiener Akademie ihn links liegen gelassen hat?

1887 hat Lammasch in seinem großartigen Werk über „*Auslieferungspflicht und Asylrecht*“,⁶ das Eingang in die Genfer Flüchtlingskonvention gefunden hat, seine Auffassung historisch-rechtswissenschaftlich begründet, Flüchtlinge und Asylsuchende seien nicht zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu zwingen. Diese Position wäre für die Akademie wahrscheinlich noch akzeptabel gewesen, obschon eine solche im völligen Gegensatz zur antihumanistischen Tendenz der Flüchtlings- und Asylrechtspraxis in der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Europäischen Union der Gegenwart steht. Aber Lammasch war vor allem ein Kämpfer für den Frieden. Es zeichnet ihn der Mut zur Wahrheit aus, er war kein juristischer Schönredner, er führte mit menschlichem Herz und aus christlicher Überzeugung heraus den Kampf für den Frieden. In dieser seiner Haltung stand Lammasch auf der Brücke

des Übergangs zu den revolutionären Interessen der unterdrückten Mehrheit der Menschen. Das gilt auch für Karl Kraus, der meinte, den „Hofrat Heinrich Lammasch“ würde „Weisheit und Leidenschaft mehr als die Pairswürde zieren“. Der „Vorzug“ von Lammasch sei es, „sich im Verkehr mit [...] Parasiten am Geiste und am Blute jene Blöße zu geben, die seine Menschlichkeit ist“.⁷ Mitten im Weltkrieg hat sich Lammasch gegen die Interessen der herrschenden Klasse gestellt. Österreich solle, so Lammasch, die Initiative für einen Frieden ohne Annexionen ergreifen, verbunden mit Rüstungseinschränkungen, mit Gleichberechtigung der Nationen und mit friedlicher Schlichtung künftiger internationaler Streitigkeiten. Zur Politik des Friedens ohne Annexionen gehöre es, andere Völker nicht in eine militärische, politische, ökonomische oder andere Abhängigkeit zu zwingen. Weil Lammasch nicht so naiv ist zu meinen, eigentlich wolle jeder den Frieden, spricht er die Ursachen von Kriegen direkt an. Er verurteilt konkret den „Geist von Potsdam“. Damit nennt Lammasch Name und Adresse des Zentrums eines für Aufrüstung und Krieg verantwortlichen Staates und der davon profitierenden Konzerne. Lammasch greift das Problem auf, dass Krieg und Frieden nicht von einander klar abgrenzbare Zustände sind.

In der *Arbeiter-Zeitung* hat Lammasch die Einberufung der internationalen sozialistischen Friedenskonferenz nach Stockholm 1917 begrüßt, es war die Fortsetzung seines auf den beiden Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 zur Wirkung gekommenen Denkeinsatzes. Am 27. Oktober 1918 wurde Lammasch von Kaiser Karl zum Ministerpräsidenten ernannt. Seine Aufgabe bestand darin, die schon eingeleitete und von der Revolution vorangetriebene Auflösung des alten österreichischen Einheitsstaates möglichst ohne blutige Kämpfe durchzuführen. Nicht zuletzt deshalb, weil die



Heinrich Lammasch (1853–1920)

Völker an der Ehrlichkeit seiner Gesinnung keinen Zweifel hatten, gelang Lammasch die verhältnismäßig friedliche Auflösung der Habsburgermonarchie. Am 11. November 1918 gab Kaiser Karl zu der ihm von Lammasch vorgelegten Erklärung seine Zustimmung: „Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen.“ Lammasch hat die Tür zur bürgerlich demokratischen Republik Österreich aufgestoßen. In der Folge setzte sich Lammasch mit seiner ganzen internationalen Reputation für ein im Völkerbund eingebundenes, unabhängiges Österreich mit neutralem Status ein. Die Akademie als Gesamtheit konnte mit dem kleinen Österreich nichts anfangen, sie orientierte auf den Anschluss an Deutschland, so wie das eben heute im Rahmen der Europäischen Union praktiziert wird. Lammasch war der wissenschaftlich begründeten Auffassung, dass nicht nur die Bedingungen für eine selbständige Existenz von Österreich vorhanden seien, sondern dass dieses kleine Österreich eine selbst gestaltbare Zukunft vor sich haben könnte. Ein neutrales Österreich würde nicht nur seinem eigenen Wohle und der Erhaltung des europäischen Friedens dienlich sei. Das aktive Element der Neutralität hat Lammasch immer betont, und zwar so: „Nicht ‚stillesitzen‘ also ist der Beruf der Neutralen, sondern tätig sein, sehr tätig sein, um Kriegen vorzubeugen, den Frieden zu vermitteln, wirksam zu gestalten und zu bewahren.“ Die Mediation zwischen potenziellen Konfliktparteien durch den Neutralen ist nach Lammasch eine „Kulturpflicht“.⁸

Die Akademiemitglieder Stephan Verosta, dessen Gutachten über die dauernde Neutralität nur mehr Makulatur ist,⁹ und

Alfred Verdross-Droßberg¹⁰ heben zustimmend hervor, dass Lammasch für die Unabhängigkeit der Republik Österreich aus europäischen Verantwortungsbewusstsein von Anfang an eingetreten ist und für Österreich den *Status der immerwährenden Neutralität, nach dem Muster der Schweiz* empfohlen hat. Das spätere Akademiemitglied Hermann Baltl hat Anfang der 1960er Jahre die *Neutralitätspolitik* aus friedensrechtlichen, ethischen und juristischen Gründen als *Rechtspflicht* definiert und von der Möglichkeit, von der Neutralität her den Weltfrieden zu fördern, gesprochen.¹¹ Eduard Rabofsky, Jurist der österreichischen Arbeiterklasse und, wie es sich versteht, nicht Mitglied der Akademie, hat diese rechtswissenschaftliche Position gewürdigt.¹²

Die konsequente Ablehnung des Krieges und solcher politischen Maßnahmen, die zu irgendeiner Gefährdung des Friedens führen konnten, zeichneten Lammasch aus. Das stand im direkten Widerspruch zur Gesamtlinie der Akademie, die ihm die Aufnahme verweigert hat. Im dritten Kriegsjahr und im Angesicht von Geiselnahmen, Massenhinrichtungen und der ungeheuren Gemetzel wählte die Wiener Akademie am 30. Mai 1916 mit Feldmarschall Erzherzog Eugen einen der Heerführer der k. u. k. Wehrmacht zu ihrem Ehrenmitglied. In ihrer Unterwürfigkeit fehlte der Gelehrten-gesellschaft jedes Gefühl für die in den Wogen des Krieges leidenden Menschen. Die Verleihung dieser Ehrenmitgliedschaft hat überhaupt nichts mit Patriotismus zu tun, sie war vielmehr öffentliche Parteinahme der Akademie für das Massenmorden. Und im Frühjahr 1916 begründete der 1919 antretende Akademiepräsident Oswald Redlich in den *Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen* die deutsch österreichischen Kriegsziele am Balkan und im Osten, meinte die Monarchie sei überhaupt „die Schutzmauer eines humanen und höchststehenden Völkerreiches“, sie schenke „Hand in Hand mit Deutschland den vielgeprüften Balkanvölkern die wahre Freiheit“, im übrigen gelte es in Österreich „von unseren reichsdeutschen Freunden und Bundesgenossen etwas Strammheit, Ordnung, Sachlichkeit“ zu lernen.¹³ Solche Flugschriften werden Peter Handke im Sinn sein, wenn er an das „*Gespensstergerede*“ von einem Mitteleuropa erinnert, das 1991 in die Wirklichkeit eingreift.¹⁴

Anfang 1919 hat Lammasch die Ehrenpräsidentschaft der neugegründeten *Österreichischen Liga für Völkerbund und Völkerverständigung* angenommen,

dagegen konnte das Akademiepräsidium mit ihrem Präsidenten Redlich „in einem zweifelhaften politischen Völkerbund“ keine Hoffnung der Zukunft erkennen. Am 6. Jänner 1920 starb Lammasch erst 66jährig an einem Infarkt in Salzburg. Stefan Zweig schreibt am 10. Jänner 1920 seinem Freund Romain Rolland: „[...] ich komme vom Begräbnis Heinrich Lammaschs. Nie im Leben habe ich eine solche Beerdigung gesehen, so ärmlich, so traurig, wir waren fünf Personen am Grabe eines ehemaligen Ministerpräsidenten eines Dreißig-Millionen-Landes, des großen und berühmten Gelehrten, eines großen Heros des Denkens. [...] So begräbt man die Besiegten unsterblicher Ideen!“¹⁵ Die Akademie nahm andere Gelegenheiten wahr, um sich mit ihren Trauermasken an die Gesellschaft zu richten.

Parteinahme für den Revanchismus

In der Wissenschaftspolitik der Akademie hat Lammasch nie eine Rolle gespielt, die Akademie gab mit der Zuwahl von Wenzeslaus Graf Gleispach, der seit 1916 als bekannter Gegner der Verständigungspolitik von Lammasch dessen Nachfolger auf der Wiener Professur war, den offenen Kriegstreibern und Revanchisten den Vorzug. 1925 zum korrespondierenden und 1928 zum wirklichen Mitglied gewählt, bedankte sich Graf Gleispach bei den Herren des Präsidiums für die Aufnahme in die „*Adelsrepublik des Geistes*“.¹⁶ Als Prager Professor hat Gleispach Ende 1914 den „*Tod des Staates Serbien*“ im Interesse des deutsch-österreichischen Imperialismus eingefordert: „Für das Verbrechen des Staates gibt es nur eine Methode der Strafrechtspflege und das ist der Krieg [...] Sie [d. i. die Strafe] muß in der Vernichtung des verbrecherischen Subjektes bestehen, in dem Tode des Staates Serbien.“¹⁷ Der schamlose Hakenkreuzagitator Gleispach ist 1934 zwangspensioniert worden, als Rektor der Wiener Universität 1929/30 ist er als wirklicher Vertreter der „*Adelsrepublik des Geistes*“ für den Ausschluss der Juden von den Universitäten aufgetreten und er war einer der Wegbereiter der Nürnberger Rassegesetze. Sein damaliger Wiener Kollege und 1947 von der Akademie zu ihrem korrespondierenden Mitglied im Ausland gewählte Jurist Hans Kelsen hat mit seinen vielen Publikationen nichts zum Kampf gegen solche Repräsentanten von Krieg und Faschismus beigetragen. 1926 hat Kelsen vielmehr über die junge Republik Österreich

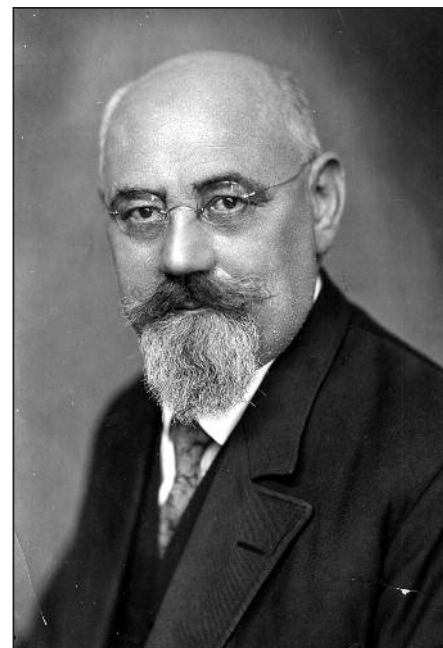
geschrieben: „*Weder historische noch nationale, noch religiöse, noch kulturelle Gründe sind es, die das heutige Österreich rechtfertigen können, das nichts als ein willkürlicher Fetzen Landes ist.*“¹⁸ Nach Berlin berufen wurde Gleispach mitverantwortlich für die bluttriefende Justiz des Deutschen Reiches. Die Wiener Akademie blieb dem 1944 in Wien im fanatischen Glauben an seinen Führer verstorbenen Gleispach stets treu verbunden, er wurde als ihr angesehenes Mitglied und Repräsentant einer dahin gegangenen bürgerlich liberalen Periode angeboten. Im weltweit verschickten Akademiealmanach, nach der Befreiung Österreichs publiziert, werden die üblen Schriften von Gleispach als die Akademie zierende wissenschaftliche Lorbeerblätter aufgelistet, die blutigen Ergebnisse seines akademischen Wirkens wurden ganz verschwiegen.

Opportunistische Option

Heinrich Lammasch lebte schon längst nicht mehr, als die Gesamtakademie seinen Zeitgenossen Karl Renner, mit dem Lammasch in St. Germain als nicht gehörter Sachverständiger war, zu ihrem ersten Ehrenmitglied nach 1945 wählte. Diese Würdigung eines hemmungslosen Opportunisten hielt die Akademie nach der Befreiung Österreichs für angemessen. Im ersten Weltkriegsjahr vermerkt ein Protokoll des sozialdemokratischen Parteivorstandes die Wortmeldung von Karl Renner: „Die prinzipielle Ablehnung von Annexionen – ganz unsinnig [...] Man muß die Probleme des Ostens als die wichtigsten ansehen.“ Im Osten sei nur Annexionsland. Karl Renner war in der Monarchie ein ministrabler Kriegssozialist. Im zweiten Kriegsjahr, im November 1915 hat er die Staatsidee vertreten, es sei ein arges Los, Kleinvolk oder Kleinstaat zu sein, davon würden das Schicksal Belgiens, Serbiens und Polens oder die Leiden der Schweiz zeugen: „Kleinstaatliche Souveränitäten haben die Zeit gegen sich!“¹⁹ Es ist daran zu erinnern, um die gesamte Tradition der imperialistischen Kräfte Europas in Vergangenheit und Gegenwart in Erinnerung zu rufen. 1919, an einem Wendepunkt der österreichischen Geschichte, war Renner mit seiner Orientierung auf den Anschluss ein offener Reaktionär, 1938 hat er sich neben seinem Ja für Großdeutschland als Spezialist für eine quasi juristische Argumentation des deutschen Angriffs auf die demokratisch-sozialdemokratische Tschechoslowakei angeboten.²⁰

Ludwig Adamovich Senior war Akademieprediger zum Gedenken an den braunen Grafen Gleispach, in dieser Funktion auch bei der für den Präsidenten des sozialdemokratischen Opportunismus Karl Renner von der Akademie am 11. Jänner 1951 eigens ausgerichteten Abdankungsfeier. Das mag nicht ungewöhnlich sein, weil Akademiemitglieder das Privileg haben, schon bei den Trauerfeierlichkeiten heiliggesprochen zu werden. Hymnen hat die Akademie auf Spitzenwissenschaftler geschrieben, die unmittelbar an den deutschen Verbrechen beteiligt gewesen sind. Im Namen der Akademie würdigt 1969 der Sekretär der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse Richard Biebl: „In Otmar Verschuer hat die wissenschaftliche Welt einen Gelehrten verloren, dessen Forschungen nicht nur Wissenschaft und Erkenntnis bereichern, sondern auch eine Fülle von Aspekten geliefert haben, die für das Wohl der Menschheit von einschneidender Bedeutung sind. Als ein Bahnbrecher auf dem Gebiet der menschlichen Erblehre wird Verschuer's Name für immer in der Geschichte der Humangenetik einen ersten Platz einnehmen.“²¹ Verschuer war 1959 von acht führenden wirklichen Mitgliedern der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse für die Wahl vorgeschlagen worden, deren Erfolg in der feierlichen Sitzung am 3. Juni 1959 öffentlich verkündet wurde. Es musste allen wählenden Akademiemitgliedern schon aufgrund des dem Wahlvorschlag beigelegten Schriftenverzeichnisses bekannt gewesen sein, dass Verschuer für die Nazi-eugenik und die „Endlösung des Judenproblems“ adaptierte wissenschaftliche Argumente geliefert hat.

Die Akademie als Organisation der reinen Wissenschaft blieb Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre gegenüber den Opfern von *agent orange* oder anderer barbarischer Aggressionen des USA stumm.²² Diese inhumane Gleichgültigkeit ist vielleicht sogar ein Fortschritt gegenüber 1938, als das Präsidium der Wiener Akademie „am 1. Mai des großdeutschen Volksfrühlings“²³ eine Glückwunschadresse an die spanischen Faschisten für ihre Blutorgien im Kampf „gegen den moskowitzischen Semitismus“ und gegen die „Bolschewikenbrigaden“ abgesandt hat und diese zu ihrer Ehre im Almanach abdrucken hat lassen. Die Hauptlinie der Akademie dient sich wie eh und je den imperialen Kräften an, isoliert blieb in der Akademie der engagierte öffentliche Einsatz für den Frieden



Karl Renner (1870–1950)

von wenigen Akademiemitgliedern wie von Paul Funk, Karl Przibram und vor allem von Leopold Schmetterer. Diese drei Akademiemitglieder haben 1968 den Aufruf des Ostermarsches für Frieden in Vietnam, für den Aufstieg der Dritten Welt und für eine aktive Friedenspolitik unterzeichnet.²⁴

Situierung in der Gegenwart an der Seite der Kriegsdemokraten

Es gibt an der Akademie viele Forschungsschwerpunkte, es sind keine Forschungsschwerpunkte über *Neutralitätsrecht* oder über die *Friedensfrage im Recht* im Sinne von Heinrich Lammasch erkennbar. Zum Kurs auf Liquidierung der Neutralität Österreichs ist der Akademie ebenso nichts eingefallen wie zur ansteigenden Beteiligung Österreichs an logistischen Operationen für die imperialen Kräfte Europas, insbesondere für deren fundamentale Macht Deutschland.²⁵ Das zeigt sich konkret bei der Wiederbelebung alter Herrschaftsansprüche auf dem Balkan. Das Deutsche Reich, das schon zwei Weltkriege verursacht hat, und Österreich haben mit allen schmutzigen Mitteln ihrer Manipulationsapparate 1991 die Zerschlagung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien durch eilige Anerkennung von Slowenien und Kroatien forciert und damit die verbrecherische Aggression gegen Jugoslawien vorbereitet, gegen einen Staat, der sich allein von den deutschen Okkupanten befreit hat und in dem die Völker bis dahin friedlich zusammengelebt haben. Vom neutralen Österreich aus operierten Serbienhasser wie Alois Mock oder Erhard Busek in verschiedenen



Opfer der NATO-Bomben in Jugoslawien

Funktionen, der österreichische NATO-Botschafter in Belgrad Wolfgang Petritsch arbeitete offen mit kriminellen Banden wie jenen von Hashim Thaçi zusammen.²⁶ Der Vergleichende Literaturwissenschaftler Zoran Konstantinović, Mitglied der Serbischen Akademie der Wissenschaften und der Künste, hat sich vergeblich darum bemüht, die Österreichische Akademie als Bundesgenossen für die Initiative zu einer friedlichen Lösung zu gewinnen. Dort aber führten als Balkanspezialisten gehandelte Historiker das Wort, welche die Interessen der Europäischen Union und der USA am „ex-jugoslawischen Raum“ metahistorisch begründeten.²⁷ Als Achtzigjähriger musste Konstantinović ein zweites Mal erleben, wie nach der von vorneherein auf das Scheitern ausgerichteten „Friedenskonferenz“ von Rambouillet Belgrad bombardiert wurde;²⁸ er ging während des Bombenterrors der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation gegen Jugoslawien nicht einmal mehr in den Schutzkeller. „Ich kann nur sagen“, so Konstantinović, „die Menschen in diesem Raum haben sich nicht gehasst, man hat den Hass um des Profites willen in sie hineingetragen.“²⁹ Eric Hobsbawm, den mit Wien, aber nicht mit seiner Akademie verbundenen Historiker, sind keine überzeugenden Gründe für die Annahme bekannt gewesen, dass Jugoslawien wegen des politischen Drucks seiner Nationen auseinanderfallen würde. Wäre es, so Hobsbawm, allein um die humanitäre Seite gegangen, hätten viele Alternativen zur NATO-Bombardierung von Serbien bestanden.³⁰ Peter Handke wurde wegen seiner Auffassung über den heute offiziell als „Intervention im

Kosovo“ bezeichneten „Menschenrechtskrieg“, der zuerst und vor allem ein Aggressionskrieg gegen Jugoslawien war, vom Manipulationsapparat Deutschlands und Österreichs gehetzt. Die Akademie, zu deren Ehrenmitgliedern Guido Kolbenheyer als Literat und Repräsentant der Bücherverbrenner gehört, hat es als ihre moralische Pflicht angesehen, vornehm und wissend, wie die Machtverhältnisse sind, in der Zuschauerloge zu verharren. Es soll hier angemerkt sein, dass der altösterreichische Zürcher Chemiker Leopold Ruzicka 1967 zum Ehrenmitglied der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse gewählt wurde. Dass Ruzicka aber ein großer Freund von Jugoslawien und seiner Völker war, Josip Tito für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen hat und sich gegen die Atombombentests und für die allgemeine Abrüstung eingesetzt hat, wurde in Österreich und in der Akademie nicht publiziert.³¹

2004 hat Akademiepräsident Herbert Mang auf einer Tagung als Anlass der zehnjährigen Kooperation der Akademie mit Dienststellen des Bundesministeriums für Landesverteidigung *die fruchtbringende Kooperation zwischen Militär und Wissenschaft* im Rahmen der Europäischen Union hervorgehoben.³² Im Forschungsbildbogen zu diesem Anlass wurde durch das Akademiemitglied Elisabeth Lichtenberger ein Beitrag über die *Externe und interne strategische Lage Österreichs* präsentiert, die im selben Jahr Eric Kandel bei einem Zusammentreffen in Wien erzählt hat, was Einmarsch und Okkupation für Österreich Gutes bedeutet haben, endlich sei der Druck durch die Juden weggefallen.³³ Auf dieser Ta-

gung wurden Untersuchungen über *Stoßwellen- und Druckausbreitung in Stollensystemen* oder über *Die Abhängigkeit der Nachrichtenübertragung* vorgestellt, deren Ergebnisse, dazu bedarf es keiner spezifischen militärischer Kenntnisse, direkt von den NATO- oder EU-Überfallstruppen auf ihre Verwendbarkeit getestet werden können. Die Kampfeinsätze erfolgen zwar unter solchen Bannerworten wie *Menschenrechte* oder *Demokratie*, tatsächlich zielen sie zur Sicherung und Eroberung von geopolitischen Dominanzen und von Ressourcen in Ländern ab, die diese selbst vermarkten wollen.³⁴ Hannes Androsch hat 2004 an der Akademie eine Stiftung mit dem Themenschwerpunkt *Arbeit und Festigung des sozialen Ausgleichs und Friedens* eingerichtet, zugleich ist dieser umschmeichelte private Hauptsponsor der Akademie Neutralitätsgegner und vertritt als österreichischer Kriegsdemokrat offensiv die militaristische Option für die imperialen Interessen der Europäischen Union.³⁵ An die Rolle der Herren der Großbanken, Konzerne und Medien vor 1938 sei erinnert. Anstatt Analysen für die kriegerischen Handlungen der Gegenwart zu liefern, anstatt sich an der friedlichen Lösung von Konflikten initiativ zu beteiligen und anstatt mitzuhelfen, die Neutralität Österreichs abzusichern, situiert sich die Akademie im globalisierten Kapitalismus, den Jean Ziegler, der kein Mitglied der Wiener Akademie sein kann, als das *Imperium der Schande* charakterisiert.³⁶

Die Wiener Akademie ist in einer im Kriegszustand befindlichen Welt nur scheinbar neutral und überzeitlich. Bertolt Brecht hat 1932 in seiner *Ballade von der Billigung der Welt* so geschrieben: „Die Professoren, die mit schönen Worten / Rechtfertigen, was ihr Auftraggeber macht / Von Wirtschaftskrisen sprechend statt von Morden: / Sie sind nicht schlimmer, als ich mir's gedacht.“³⁷ Das trifft auf die Akademie verallgemeinernd zu. Auch wenn sich die Akademie immer wieder erneuert hat, sie war nie dabei, um gegen die herrschende, aufgrund der Eigentumsverhältnisse mit Kriegen einhergehende Gesellschaftsordnung anzugehen, sie hat sich nicht verändert.

Dieser mit Hans Mikosch diskutierte Beitrag ist die mit Anmerkungen ergänzte Vortragsgrundlage zum von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften veranstalteten Symposium „Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945“ in Wien am 11. März 2013.

Anmerkungen:

- 1/ Almanache der kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien bzw. Almanache der Akademie der Wissenschaften in Wien und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Vgl. Gerhard Oberkofler: Bemerkungen zur Wahlpolitik der Österreichischen Akademie der Wissenschaften nach 1945, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 3/2012, 1–10 (mit Nachweisen, die hier nicht wiederholt werden sollen).
- 2/ Jon Sobrino: Der Glaube an Jesus Christus. Eine Christologie aus der Perspektive der Opfer. Ostfildern 2008, 33.
- 3/ Über Einstein und Österreich s. Engelbert Broda: Einstein und Österreich (= Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte der Mathematik, Naturwissenschaften und Medizin 33). Wien 1980; zum Thema überhaupt: Engelbert Broda: Wissenschaft. Verantwortung. Frieden. Ausgewählte Schriften, hg. von Paul Broda, Gitta Deutsch, Peter Markl, Thomas Schönfeld, Helmuth Springer-Lederer. Wien 1985. Über Lammasch vgl. Gerhard Oberkofler/Eduard Rabofsky: Heinrich Lammasch (1853–1920). Notizen zur akademischen Laufbahn des großen österreichischen Völker- und Strafrechtsgelehrten. Innsbruck 1993 (mit weiterführender Literatur).
- 4/ Robert Schulmann (Hg.): Seelenverwandte. Der Briefwechsel zwischen Albert Einstein und Heinrich Zangger (1910–1947). Zürich 2012, 47.
- 5/ Kelsen ist 1905 zum Katholizismus und 1912 zum evangelischen Glauben konvertiert, beide Mal aus pragmatischen Gründen wie zuletzt Raphael Gross erläutert hat: Hans Kelsen: Rückkehr unerwünscht, in: Monika Boll/Raphael Gross (Hg.): „Ich staune, daß Sie in dieser Luft atmen können“. Jüdische Intellektuelle in Deutschland nach 1945. Frankfurt/M. 2013, 299–316.
- 6/ Heinrich Lammasch: Auslieferungspflicht und Asylrecht. Eine Studie über Theorie und Praxis des internationalen Strafrechts. Leipzig 1887.
- 7/ Karl Kraus: Weltgericht (13. Band der Werke). München, Wien [o.J.], 212–214.
- 8/ Der Beruf der Neutralen. Sonderabdruck aus „Internationaler Rundschau“. 1. Heft, Juni 1915, Zürich; dazu Gerhard Oberkofler: Neutralität „zum Wohle Österreichs selbst und der Erhaltung des europäischen Friedens. Ein Grundgedanke von Heinrich Lammasch, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 3/2005, 12–19.
- 9/ Stephan Verosta: Der Bund der Neutralen. Heinrich Lammasch zum Gedächtnis (= Anzeiger der phil.-hist. Klasse der ÖAdW, 106. Jg., 1969, 175–197; Die dauernde Neutralität. Ein Grundriß [Erweiterter Sonderdruck des für den Dritten Österreichischen Juristentag erstatteten Gutachtens]. Wien 1987.
- 10/ Alfred Verdross: Die immerwährende Neutralität Österreichs. Wien 1980.
- 11/ Hermann Baltl: Probleme der Neutralität betrachtet am österreichischen Beispiel (= Grazer Rechts- und Staatswissenschaftliche Studien 8). Graz, Köln 1962, 26.
- 12/ Gerhard Oberkofler: Eduard Rabofsky. Jurist der Arbeiterklasse. Innsbruck, Wien 1997.
- 13/ Oswald Redlich: Österreich-Ungarns Bestimmung (= Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen, Heft 12). Warnsdorf in Böhmen „Im Kriegsjahr 1916“ (Zitate 27 und 29).
- 14/ Peter Handke: Abschied des Träumens vom Neunten Land – Eine Wirklichkeit, die vergangen ist. Erinnerung an Slowenien. Frankfurt/M. 1991 (hier 29); ders.: Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina. oder Gerechtigkeit für Serbien. Frankfurt/M. 1996.
- 15/ Rolland Romain/Zweig Stefan: Briefwechsel 1910–1940. Erster Band 1910–1923. Berlin 1987, S. 492 f.
- 16/ Schreiben vom 7.6.1925. Archiv der Akademie der Österreichischen Wissenschaften (Herrn Dr. Stefan Sienell für immer freundliche Hilfe herzlichen Dank!).
- 17/ Die strafrechtliche Rüstung Österreichs. Nach einem zugunsten der Zweigstelle Prag des Kriegsfürsorgeamtes und einem in der Wiener „Urania“ Ende 1914 gehaltenen Vortrag. Deutsche Arbeit XIV. Oktober 1914 bis September 1915, 257–268, hier 257; Eduard Rabofsky/Gerhard Oberkofler: Verborgene Wurzeln der NS-Justiz. Strafrechtliche Rüstung für zwei Weltkriege. Wien, München, Zürich 1985.
- 18/ Dazu Gerhard Oberkofler/Eduard Rabofsky: Hans Kelsen im Kriegseinsatz der k. u. k. Wehrmacht (= Rechtshistorische Reihe 58). Frankfurt/M. [u.a.] 1988; dies.: „Ein willkürlicher Fetzen Landes“, in: *Volksstimme*, Sondernummer 60a (1988), 27f.
- 19/ Oesterreichs Erneuerung. Politisch-programmatische Aufsätze von Dr. Karl Renner, Reichsratsabgeordneter. Wien 1916, 65.
- 20/ Karl Renner: Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudentendeutschen. Dokumente eines Kampfes ums Recht, herausgegeben, eingeleitet und erläutert von Dr. Karl Renner [...] mit einer Einführung von Eduard Rabofsky. Wien 1990; Gerhard Oberkofler/Eduard Rabofsky: Pflichterfüllung für oder gegen Österreich. Historische Betrachtungen zum März 1938. Wien 1988; auch Gerhard Oberkofler: Ludwig Spiegel und Kleo Pleyer. Deutsche Misere in der Biografie zweier sudentendeutscher Intellektueller. Innsbruck, Wien, Bozen 2012, 194.
- 21/ Schreiben von Richard Biebl an Erika Freifrau von Verschuer vom 30.9.1969. Archiv der ÖAdW (Personalakt Verschuer).
- 22/ Dieses Problem ist auch angesprochen in: Hans Mikosch/Gerhard Oberkofler: Rezension von Gottfried Schatz: Feuersucher. Die Jagd nach dem Geheimnis der Lebensenergie, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 4/2011, 24f.
- 23/ Almanach der Akademie der Wissenschaften in Wien für das Jahr 1938, 88. Jg., Wien 1939, 303–306.
- 24/ Gerhard Oberkofler: Thomas Schönfeld. Österreichischer Naturwissenschaftler und Friedenskämpfer. Innsbruck, Wien, Bozen 2009 (dort über die Beteiligung insbesondere von Schmetterer am Kampf für den Frieden öfters).
- 25/ Vgl. Thomas Schönfeld: Kurs auf Liquidierung der Neutralität, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 3/2004, 7–11.
- 26/ Vgl. Gerhard Oberkofler: Eine sozialdemokratische Biographie, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 1/2011, S. 22–25.
- 27/ Arnold Suppan: Serbien und Europa – Ein Rückblick, in: Anton Kumer/Miroslav Polzer/Anselm Skuhra (Hg.): Europäisierung versus Nationalismus. Der ex-jugoslawische Raum auf der Suche nach Stabilität. Frankfurt/M. [u.a.] 2000, 31–50.
- 28/ Vgl. Federal Republic of Yugoslavia/Federal Ministry of Foreign Affairs: NATO Crimes in Yugoslavia. Documentary Evidence 24 March–24 April 1999. Belgrade Mays 1999.
- 29/ Gerhard Oberkofler/Peter Goller: Orientierung über den Balkan: Ein Gespräch mit Zoran Konstantinović über die Jugoslawienkrise. Innsbruck 1994 (Zitat 55); mehrere Zeitungsartikel von Zoran Konstantinović, z.B. Gerhard Oberkofler: Zoran Konstantinović über seine Ängste und Hoffnungen um Kosovo. „Ich brauche mein Haus nicht zu verriegeln“, in: *Neues Deutschland*, 7.8.1998; ders.: Wie sehen Sie die Deutschen? Fragen an Zoran Konstantinović, in: *Neues Deutschland*, 3./4.4.1999.
- 30/ Eric Hobsbawm: Das Gesicht des 21. Jahrhunderts. Ein Gespräch mit Antonio Polito. München, Wien 2000, 15–42, hier 32 und 35.
- 31/ Vgl. Gerhard Oberkofler: Leopold Ruzicka (1887–1976). Schweizer Chemiker und Humanist aus Altösterreich. Innsbruck 2001.
- 32/ Egbert Apfelknab: Wissenschaft – Forschung – Landesverteidigung. Zehn Jahre Kooperation zwischen ÖAW und BMLV, in: *Der Soldat*, Nr. 12, 23.6.2004.
- 33/ Eric R. Kandel: Auf der Suche nach dem Gedächtnis. Die Entstehung der neuen Wissenschaft des Geistes. München 2007, 440.
- 34/ Vgl. dazu insgesamt Herbert Hörz: Sind Kriege gesetzmäßig? Standpunkte, Hoffnungen, Handlungsorientierungen. Berlin 2010 (bes. „Friedensgefährdung und die Rolle von Bannerworten“ 134–137).
- 35/ Hannes Androsch zur Volksbefragung über die Zukunft des Bundesheeres. Gastkommentar. <http://aktuell.spoe.at/gastkommentar-hannes-androsch-zur-volksbefragung-ueber-die-zukunft-des-bundesheeres-271523/print> [22.1.2013], sowie mehrere Interviews in österreichischen Tageszeitungen.
- 36/ Jean Ziegler: Das Imperium der Schande. München 2005; derselbe: Wir lassen sie hungern. Die Massenvernichtung in der Dritten Welt. München 2012.
- 37/ Bertolt Brecht: Gedichte. Leipzig 1980 (Ballade von der Billigung der Welt 29–34).

„Staatsgefährliche und umstürzlerische Wühlarbeit“ Zum Verbot der Kommunistischen Partei Österreichs am 26. Mai 1933

MANFRED MUGRAUER

Vor 80 Jahren, am 26. Mai 1933, wurde die Kommunistische Partei Österreichs von der autoritären Regierung Dollfuß verboten. Die KPÖ wurde damit schon früher als die meisten anderen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung in die Illegalität gedrängt, bereits ein Dreivierteljahr vor den Februarkämpfen 1934. Das Verbot der Partei wurde in einer Sitzung des Ministerrats auf Antrag von Emil Fey beschlossen, der wenige Wochen zuvor vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen zum Bundesminister avanciert war. Als Begründung nannte Fey, dass in den letzten Wochen gegen die KPÖ „wiederholt wegen illegaler und staatsfeindlicher Handlungen“ eingeschritten werden musste.¹ In Ermangelung anderer gesetzlichen Grundlagen wurde die Partei nicht aufgelöst, vielmehr erfolgte das Verbot der KPÖ auf Grundlage des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917. Auf Grundlage dieses Diktaturparagraphen aus dem vorletzten Jahr der Habsburgermonarchie wurde nun jene Verordnung der Bundesregierung erlassen, „womit der Kommunistischen Partei jede Betätigung in Österreich verboten“ wurde.² Formal betrachtet wurde diese Maßnahme auf Grundlage einer Notverordnung als Betätigungsverbot formuliert, real wirkte sie aber als Parteiverbot.

Zu widerhandlungen gegen dieses Betätigungsverbot für die KPÖ wurden – „unbeschadet der allfälligen strafgerichtlichen Verfolgung“ – „von der politischen Bezirksbehörde, im Amtsgebiet einer Bundespolizeibehörde von dieser, mit Geldstrafe bis zu 2000 S oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft; diese Strafen können auch nebeneinander verhängt werden“, so die im als Bundesgesetzblatt Nr. 200 veröffentlichte Verordnung. Ausländische Straffällige sollten nach dem Reichsschubgesetz aus 1871 behandelt, also aus dem Bundesgebiet „abgeschafft“, sprich ausgewiesen werden. Hierin spiegelte sich die inhaltliche Ausweitung des Verwaltungsstrafrechts, das sich nicht mehr nur gegen Ordnungswidrigkeiten schlechthin richtete, sondern vor allem der Bekämpfung der politischen Opposition diente. Politische GegnerInnen konnten auf diesem Wege ohne richterliche Einvernahme

und gerichtliches Urteil inhaftiert werden. Darüber hinaus wurden die Strafgrenzen massiv hinaufgesetzt, sowohl die Geld- als auch die Arreststrafen.³ Eine Berufung gegen einen Strafbescheid war nur zulässig, „wenn auf eine Geldstrafe von mehr als 200 S oder auf Arrest von mehr als 14 Tagen erkannt worden ist“.

Repression und Verfolgung 1927–32

Die KPÖ sah sich bereits seit 1927 mit verstärkter behördlicher Verfolgung und staatlichen Repressionsmaßnahmen konfrontiert: Versammlungsverbote, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Gerichtsverfahren gegen FunktionärInnen standen schon in den Jahren vor dem Verbot der Partei auf der Tagesordnung, die Parteizeitungen, Broschüren und Flugschriften wurden regelmäßig zensuriert bzw. konfisziert. So wurden allein im Jahr 1929 31 Ausgaben der *Roten Fahne*, des Zentralorgans der Partei, beschlagnahmt,⁴ gegen ihre Redakteure und kommunistische Parteifunktionäre wurden Hochverratsanklagen erhoben. Infolge der ultralinken Wendung der Kommunistischen Internationale war die KPÖ in diesen Jahren in die Isolation geraten. Im wirtschaftspolitischen Tageskampf gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise gelang es der Partei ab 1931, schrittweise aus der Isolation auszubrechen und eine Phase der Aufwärtsentwicklung einzuleiten.⁵ Das wachsende realpolitische Gewicht und die gestiegene Aktivität der KPÖ spiegelte sich im erhöhten Druck der Behörden auf die Partei: So richtete Innenminister Franz Winkler am 1. August 1931 einen Erlass an die Polizeibehörden und Gendarmeriekommanden, die kommunistische Agitation in jeder Weise zu unterdrücken und zu verhindern. Durch diese von der KPÖ als „unerhörten faschistischen Diktaturerlaß“⁶ charakterisierte Maßnahme wurde die Partei „praktisch außerhalb des Gesetzes“ gestellt.⁷ Das Zentralkomitee der KPÖ ordnete darauf an, dass als „Antwort an Winkler“ alle Zellenabende und Ortsgruppenversammlungen der Partei zu öffentlichen Kundgebungen unter der Losung „Kampf dem faschistischen Polizeiterror“ umzufunktionieren seien.⁸ Von 13. bis 18. Septem-

ber 1931 wurde mit Ausnahme des 17. jede Ausgabe des Zentralorgans konfisziert.⁹ Ende September dieses Jahres folgte die Auflösung des (behördlich als *Verband der Proletarierjugend* registrierten) *Kommunistischen Jugendverbandes* (KJV) durch die Bundespolizeidirektion Wien,¹⁰ die bereits im Juni mit diesem Ansinnen an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit herantreten war.¹¹ Ab Oktober 1931 wurden von den verschiedenen Polizeidienststellen Namensverzeichnisse kommunistischer ParteigängerInnen erstellt, die der Generaldirektion übermittelt wurden.¹²

Mit Hinweis auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit wurden seither kommunistische Versammlungen unter freiem Himmel, Kundgebungen und Demonstrationen, aber auch kommunistische Mitgliederversammlungen verboten bzw. gewaltsam aufgelöst. Die KPÖ reagierte auf diese Repressionen mit einem Aufruf zum Kampf gegen das Versammlungs- und Aufmarschverbot: „Für uns Kommunisten gelten nicht die Gesetze der Bourgeoisie, wir pfeifen auf jede Verordnung der herrschenden Klasse. Unsere Gesetze sind die Gesetze der siegreichen Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes“,¹³ so eine kommunistische Parole angesichts der Verlängerung des Versammlungsverbots zu Jahresbeginn 1932. In einem Rundschreiben wurden alle Parteistrukturen angewiesen, zur Durchbrechung des Versammlungs- und Aufmarschverbots am 15. Jänner (dem Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht) und 21. Jänner 1932 (dem Todestag Lenins) in allen größeren Städten und Industrieorten Demonstrationen in den Arbeitervierteln durchzuführen.¹⁴ „Als uns dann sogar die Durchführung von Mitgliederversammlungen verboten wurde, machten wir Paragraph-2-Versammlungen mit geladenen Gästen und als uns die Regierung auch diese unterband, veranstalteten wir unter irgendwelchen unverfänglichen Titeln ‚Bildungsvorträge‘“, erinnert sich der kommunistische Funktionär Hermann Mitteräcker.¹⁵

Das Jahr 1932 war seit dem Frühjahr geprägt von Zusammenstößen zwischen der hitlerfaschistischen Bewegung in Österreich auf der einen Seite und dem *Republikanischen Schutzbund*, kampff-

bereiten SozialdemokratInnen und KommunistInnen auf der anderen Seite. Einen Tag nach dem „Simmeringer Blutsonntag“ am 16. Oktober 1932 wurde der Wiener Heimwehrführer Emil Fey zum Staatssekretär für das Sicherheitswesen ernannt, der zum „Schrittmacher“ der antidemokratischen Maßnahmen der Regierung wurde.¹⁶ Bereits am Tag seiner Ernennung, am 17. Oktober 1932, ordnete er per Erlass ein Aufmarsch- und Versammlungsverbot für die an den Simmeringer Zusammenstößen beteiligten Parteien an, also gegen die SDAPÖ, KPÖ und NSDAP. Auf Versuche der KPÖ, dieses Verbot zu unterlaufen, indem Versammlungen einberufen wurden ohne eine behördliche Anzeige zu machen, wurde mit der Auflösung dieser Versammlungen reagiert.¹⁷ Ein weiteres Versammlungsverbot, das nicht nur für solche unter freiem Himmel, sondern auch für solche in geschlossenen Sälen galt, erließ Fey für den Zeitraum vom 11. Dezember 1932 bis 8. Jänner 1933.¹⁸

Offensive gegen die KPÖ 1933

Die Jahre 1933/34 standen ganz im Zeichen der verstärkten Offensive der Regierung gegen die organisierte ArbeiterInnenbewegung und sukzessiven Beseitigung der Demokratie. Nach der Ausschaltung des Nationalrats am 4. März 1933 regierte Dollfuß mittels Notverordnungen ohne Parlament. Es ergingen fortan zahlreiche Regierungsverordnungen auf Grundlage des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes, u.a. am 7. März ein allgemeines Versammlungsverbot. Am selben Tag wurde eine Verordnung erlassen, wonach Zeitungen unter Vorzensur gestellt werden konnten, d.h. es mussten bereits zwei Stunden vor ihrer Verbreitung Pflichtexemplare an die Pressepolizei abgeliefert werden.¹⁹ Am 30. März folgte die Auflösung des *Republikanischen Schutzbundes*. Die nächsten Verbotsmaßnahmen richteten sich im April u.a. gegen das Streikrecht und gegen die traditionellen Kundgebungen der ArbeiterInnenbewegung am 1. Mai. Die KPÖ kritisierte diese autoritären Maßnahmen als Prozess der fortgesetzten Faschisierung des politischen Systems in Österreich. Das Juni-Plenum des Zentralkomitees charakterisierte die Dollfuß-Regierung als eine „Übergangsregierung im Prozeß des Ausbaus der faschistischen Diktatur“.²⁰

Nach der Ausschaltung des Parlaments wurde auch die Gangart gegenüber der KPÖ, der konsequentesten Gegnerin der Faschisierung, weiter verschärft: Am

13. März fanden Hausdurchsuchungen im Parteisekretariat in der Alser Straße 69, in der Redaktion der *Roten Fahne* in der Schottenfeldgasse 65 und in mehreren Wohnungen statt. Zahlreiche kommunistische Funktionäre wurden im Zuge dieser „Generalrazzia“²¹ angehalten, darunter der Parteivorsitzende Johann Koplenig, Franz Honner, damals Leiter der *Roten Gewerkschaftsopposition* (RGO), und der Wiener Arbeiterkammerrat Alois Ketzlik.²² Der Vorsitzende des KPÖ-nahen *Zentral-Arbeitslosenkomitees* (ZAK) Josef Leeb wurde verhaftet und aus Wien ausgewiesen.²³ Als erstes österreichisches Blatt wurde am 13. März die *Rote Fahne* unter Vorzensur gestellt²⁴ (und hierauf beinahe täglich konfisziert), die KPÖ-Wochenzeitung *Illustrierte Rote Woche* folgte am 31. März. Ihr Redakteur Guido Zamiš war bereits zuvor wegen Hochverrats verhaftet worden.²⁵

Eine neue Verhaftungswelle setzte unmittelbar vor dem 1. Mai ein, hatte doch die KPÖ angekündigt, das Verbot der Kundgebungen zu durchbrechen und entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen zur Mobilisierung getroffen, was



Franz Winkler (1890–1945), Bundesminister für innere Angelegenheiten 1930–32

auch aus einem Rundschreiben der Wiener Stadtleitung der KPÖ an die Leitungen der Straßenzellen hervorging. Am 27. April fanden Hausdurchsuchungen in kommunistischen Parteilokalen und den Wohnungen der Mitglieder der Wiener

ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/gen., Kt. 4875

Bundeskanzleramt
(Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit)

150.386 – GD 1

Geplante Aktionen der kommunistischen Partei Oesterreichs am 1. Mai 1933; Einschreiten gegen den Parteivorstand und gegen den Verein „Oesterreichische Arbeiterwehr“

An alle Landesregierungsämter (mit Ausnahme Wien-Stadt).
(zu Händen der Herren Landesamtsdirektoren).
An alle Herren Vorstände aller Bundespolizeibehörden.
An alle Herren Landesgendarmarierkommandanten.

Aus den bei der kommunistischen Partei Oesterreichs saisierten Flugzetteln und sonstigem Propagandamaterial wurde festgestellt, dass die genannte Partei anlässlich der heurigen Maifeier Weisungen erlassen hatte, welche die Anwendung illegaler Mittel, den Sturz der Regierung, die Errichtung einer Bauern- und Räterepublik, die Aufforderung zu Sabotageakten u.s.w. bezweckten.

Mit Rücksicht darauf ergeht der Auftrag, sämtliche leitende Funktionäre der kommunistischen Partei Oesterreichs (Land-, Kreis-, Bezirks- und Zellenleiter), sowie die Funktionäre des Vereines „Oesterreichische Arbeiterwehr“ unverzüglich in Haft zu nehmen (§ 177 St.P.O.), sie als verantwortliche Leiter und Vermittler dieser ungesetzlichen Agitation der zuständigen Staatsanwaltschaft nach §§ 58 c, 59 c, 65 b, 85 (§ 9) 300 und 305 St.G. zur Anzeige zu bringen und bei den nach der Strafprozessordnung gegebenen Voraussetzungen dem Strafgerichte einzuliefern.

Wegen Gefahr im Verzug ist auch ohne richterlichen Befehl (§ 141 St.P.O.) bei den betreffenden Funktionären eine eingehende Hausdurchsuchung vorzunehmen und über die erzielten Ergebnisse ist zusammenfassend an das Bundeskanzleramt (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Abteilung 1) zu berichten.

Die Lokale der kommunistischen Partei Oesterreichs sowie jene des Vereines „Oesterreichische Arbeiterwehr“ sind ausnahmslos zu schliessen.

2. Mai 1933.
Der Staatssekretär:
[handschriftlich] Fey



Emil Fey (1886–1938), Heimwehrführer und Staatssekretär bzw. Bundesminister für das Sicherheitswesen, „Schrittmacher“ der Faschisierung Österreichs

Stadtleitung statt, wobei insgesamt 63 FunktionärInnen angehalten wurden, von denen elf in Haft blieben, darunter der Chefredakteur der *Roten Fahne* Richard Schüller. 100.000 Exemplare des Flugblatts zum 1. Mai wurden beschlagnahmt.²⁶ Bereits am 24. April war Friedl Fűrberg, der Sekretär der KPÖ Wien, „wegen des Verdachtes des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe“ festgenommen worden.²⁷ Franz Freihaut, der Leiter des illegalen Apparats der Partei, wurde am 30. April verhaftet.²⁸

Während die Sozialdemokratie angesichts des Verbots am 1. Mai nur zu Spaziergängen, zu einem „Bummel“ auf den Gehsteigen aufrief, wurden von der KPÖ in einigen Wiener Arbeiterbezirken und in zahlreichen Provinzorten politische Kundgebungen organisiert.²⁹ Der Aufruf der KPÖ zum 1. Mai stand ganz im Zeichen des Kampfes gegen die „Notverordnungsdictatur“, gegen die Kapitulationspolitik der sozialdemokratischen Parteiführung und für die Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront. Nachdem die Partei so im Zusammenhang mit den 1. Mai ihre Lebenskraft bewiesen hatte, holte Staatssekretär Fey zu einem schweren Schlag aus: Am 2. Mai wies er in einem (hier erstmals abgedruckten) Runderlass alle nachgeordneten Dienst-

stellen (die Bundespolizeibehörden und Landesgendarmariekommandanten) an, „sämtliche leitenden Funktionäre“ der KPÖ, die „Land-, Kreis-, Bezirks- und Zellenleiter“, sowie die Funktionäre der *Österreichischen Arbeiterwehr* – der kommunistischen Wehrformation – in Haft zu nehmen und Hausdurchsuchungen „wegen Gefahr im Verzug [...] auch ohne richterlichen Befehl“ vorzunehmen. Die Lokale der KPÖ und der *Arbeiterwehr* seien „ausnahmslos zu schließen“.³⁰ Tags darauf wurde die *Österreichische Arbeiterwehr* behördlich aufgelöst.³¹ Ebenso verboten wurden im Laufe des Mai – wenige Tage

vor dem Betätigungsverbot für die KPÖ – die Solidaritätsorganisation *Rote Hilfe* und der *Bund proletarischer Solidarität* (BPS). All diese Organisationen im Umfeld der KPÖ wurden auf Antrag der Wiener Polizeidirektion nach dem Vereinsgesetz behördlich aufgelöst.³² Der BPS war erst ein Jahr zuvor als Nachfolgeorganisation der im Juni 1932 behördlich aufgelösten *Österreichischen Arbeiterhilfe* gegründet worden.³³ Die Hauptaufgabe dieser beiden Vereinigungen bestand darin, bei sozialökonomischen Kämpfen der ArbeiterInnenklasse, etwa bei Streiks oder bei Hungermärschen der Arbeitslosenbewegung, unterstützend einzugreifen. Deren Publikationsorgane – *Das Tribunal der Roten Hilfe* und *Die proletarische Solidarität* des BPS – waren in den Vormonaten ebenso wie die *Rote Fahne* und die *Arbeitslosenzeitung* des ZAK häufig von Beschlagnahmungen betroffen.

Auf Grundlage des Erlasses von Fey fanden ab 3. Mai 1933 in ganz Österreich Razzien und Massenverhaftungen statt. Bis zum Verbot der KPÖ am 26. Mai wurden insgesamt 800 FunktionärInnen in Haft genommen, „doch musste ein großer Teil der Verhafteten wieder freigelassen werden, weil die Gerichte überfüllt waren, die Staatsanwaltschaft aber

in zahlreichen Fällen eine gesetzliche Grundlage für eine weitere Strafverfolgung nicht für gegeben erachtete“,³⁴ wie die Generaldirektion – wohl aufgrund eines Berichts der Staatsanwaltschaft – bilanzierte. Es wurde so zwar in allen Fällen die ordentliche Untersuchungshaft verhängt, hierauf aber keine Anklage erhoben, weil eine kommunistische Betätigung nicht nachweisbar war.³⁵ „Es handelt sich um die Anwendung der Schutzhaft nach deutschem Muster“, charakterisierte Koplenig in einem Bericht an die Kommunistische Internationale diese Vorgangsweise.³⁶ Bis 26. Mai wurden die im Zusammenhang mit dem 1. Mai verhafteten KommunistInnen wieder enthaftet.³⁷

Nach dem Verbot der Partei am 26. Mai wurde die vom Ministerrat beschlossene Verordnung „zur ehestunlichen Verlautbarung“ der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit übermittelt. Die nachgeordneten Sicherheitsbehörden wurden hierauf am 27. Mai in einem (nebenstehend abgedruckten) Richterlass angewiesen, die Bestimmungen der neuen Verordnung „mit Nachdruck“ und „auf das gewissenhafteste und strengste zu handhaben“. Diese Maßnahme habe sich „im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der schonungsbedürftigen Wirtschaft als unabweislich herausgestellt, um die staatsgefährliche und umstürzlerische Wühlarbeit dieser vollständig vom Ausland abhängigen politischen Gruppe wirksam zu unterbinden“. Erläuternd wurde festgehalten, dass „jedwede Betätigung durch Wort, Schrift oder Tat“ vom Verbot betroffen sei, sowie „die Bildung und Fortführung von Parteiorganisationen [...] und Kommunistischen Vereinen sowie die Haltung von Parteilokalen“, das Tragen von Parteiabzeichen und die Herausgabe oder Verbreitung von Druckwerken.³⁸

Mit dem Parteiverbot einher ging auch der Verlust der kommunistischen Mandate auf Gemeinderatsebene. So wusste etwa Julius Deutsch im SP-Parteivorstand von einer Weisung der niederösterreichischen Landesregierung zu berichten, die KP-Gemeinderäte nicht mehr zu den Sitzungen einzuladen.³⁹ Die *Rote Fahne* wiederum konnte trotz Verbot der Partei noch zwei Monate legal als „Privatblatt“ erscheinen. Die Eigentumsrechte wurden nun an Arpád Haasz übertragen, der bereits am 31. Mai wegen des Inhalts des Blattes und wegen Fortsetzung der kommunistischen Propagandatätigkeit auf dem Verwaltungswege mit 14 Tagen Arrest bestraft wurde. Die

gesamte Auflage der Zeitung wurde beschlagnahmt.⁴⁰ Ab dem 11. Juli wurde der Vertrieb der Zeitung durch Straßenverkauf und Kolportage verboten. Die Zustellung war nur noch auf dem Postweg erlaubt.⁴¹ Am 22. Juli erschien die letzte Ausgabe der *Roten Fahne*, deren Erscheinen mit diesem Tag verboten wurde. Ab Mitte August konnte von der Partei die illegale Herausgabe ihres Zentralorgans gesichert werden, worauf die – nunmehr monatlich erscheinende – *Rote Fahne* unter den Bedingungen der Illegalität höhere Auflagenzahlen als vor dem Mai 1933 erreichte.⁴²

Auf die Illegalität vorbereitet

Insgesamt trat die KPÖ das Verbot nicht unvorbereitet, befand sie sich doch infolge der oben geschilderten Verfolgungen und behördlichen Maßnahmen zuletzt in einer mehr oder weniger halblegalen Situation. Angesichts der behördlichen Repressionen seit 1927 war die Partei frühzeitig darangegangen, sich auf eine mögliche Illegalisierung vorzubereiten und einen illegalen Organisationsapparat aufzubauen. Bereits im Bericht des Zentralkomitees der Partei an den 10. Parteitag im Februar 1929 wurde „die ideologische und organisatorische Einstellung der Partei auf die Möglichkeit der Verfolgung und Unterdrückung“ als „immer dringender werdende Aufgabe“ beschrieben.⁴³ In einem Rundschreiben des Parteisekretariats vom August 1931 wurden die Parteiorganisationen auch angewiesen, entsprechende Vorsichts- und Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, etwa gegen Polizeispitzel oder hinsichtlich der Aufbewahrung von Parteimaterial und der Mitgliederkataster.⁴⁴ Im Vorfeld des Parteiverbots, im April 1933, wurden angesichts des „Terrors und Unterdrückungsfeldzugs der Regierung, der Polizei und der gesamten Behörden“ weitere Sicherungsmaßnahmen verfügt⁴⁵ und „ernsthafte Maßnahmen zur organisatorischen Umstellung der Parteiorganisation getroffen“.⁴⁶ Beide hier angeführten Rundschreiben gelangten „auf vertraulichem Wege“, d.h. über Spitzel, unmittelbar in die Hände der Behörden. Vor allem die Bundespolizeidirektion Graz und das Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich waren verlässliche Lieferanten KPÖ-internen Schriftguts an die Generaldirektion, was belegt, dass es den Behörden dort gelungen war, Informanten in die Parteistrukturen einzubauen.

Wenngleich die KPÖ somit in gewisser Weise auf die Illegalisierung vorbe-

ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/gen., Kt. 4875

Bundeskanzleramt
(Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit)

160978 – GD 2.

Kommunistische Partei,
Einstellung der Tätigkeit.

Sehr dringend!

Richterlass.

An

- 1.) alle Landesregierungsämter (mit Ausnahme des Wiener Magistrates)
(zu Händen der Herren Landesamtsdirektoren),
- 2.) die Herrn Vorstände aller Bundespolizeibehörden,
- 3.) alle Herrn Landesgendarmeriekommandanten und den Herrn Kommandanten der Gendarmerie-Zentralschule in Graz.

Im Nachhang zu den hierortigen Runderlässen vom 2. Mai 1933, Zahl 150.386–GD 1, und vom 3. Mai 1933, Zahl 146.736–GD 2, wird auf die Verordnung der Bundesregierung vom 26. Mai 1933, B.G.Bl. Nr. 200, verwiesen, womit der Kommunistischen Partei mit Wirksamkeitsbeginn vom 31. Mai 1933 angefangen jede Betätigung in Oesterreich verboten wird. Diese Massnahme hat sich im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der schonungsbedürftigen Wirtschaft als unabweislich herausgestellt, um die staatsgefährliche und umstürzlerische Wühlarbeit dieser vollständig vom Ausland abhängigen politischen Gruppe wirksam zu unterbinden.

Die nachgeordneten Sicherheitsbehörden werden hiemit angewiesen, die Bestimmungen der neuen Verordnung auf das gewissenhafteste und strengste zu handhaben. Bei der Auslegung der Verbotsbestimmung des § 1 ist davon auszugehen, dass der Kommunistischen Partei jedwede Betätigung durch Wort, Schrift oder Tat in Oesterreich verboten wird. Unter dieses Verbot fallen selbstverständlich nicht bloss die für das Inland bestimmte kommunistische Propaganda, sondern auch alle einschlägigen Bestrebungen, die kommunistische Agitation von hier aus über die Grenzen in andere Staaten zu tragen. Von dem strikten Verbot sind ferner betroffen: die Bildung und Fortführung von Parteiorganisationen (Landes-, Kreis-, Bezirksverbände und Ortszellen) und Kommunistischen Vereinen sowie die Haltung von Parteilokalen, des weiteren auch das Tragen des Sowjetsterns und ähnlicher Parteiabzeichen in irgendeiner Form. Nach Inkrafttreten der neuen Verordnung wird es schliesslich einen unzulässigen und strafbaren Tatbestand bilden, wenn die kommunistische Partei als solche oder durch Mittelspersonen oder -Organe Druckwerke, insbesondere auch Zeitungen, Plakate, Flugblätter, Broschüren u. dgl. herausgibt und verbreitet.

Die vorgesehenen Strafbestimmungen sind gegen alle begangenen und versuchten Uebertretungen oder Umgehungen des Verbotes mit Nachdruck und Strenge anzuwenden.

Ausländer, die sich gegen die neue Verordnung vergehen, sind in Schubhaft zu nehmen und aus dem gesamten Bundesgebiet für beständig polizeilich abzuschaffen; die gegenständlichen Abschaffungserkenntnisse sind nach Eintritt der Rechtskraft ohne Vollstreckungsaufschub oder Aufenthaltsbewilligung beschleunigt zu vollziehen.

Ein besonderes Augenmerk ist den als kommunistisch bekannten Vereinen zuzuwenden.

Gegen einschlägige Propagandavereine ist mit der Einstellung der Vereinstätigkeit nach §§ 25, Absatz 2, beziehungsweise 28, Absatz 2, des Vereinsgesetzes vom 15. November 1867, R.G.Bl. Nr. 134, vorzugehen und wird die Auflösung des betreffenden Vereines bei der hiefür zuständigen Amtsstelle in Antrag zu bringen sein. Das Gleiche gilt für alle sonstigen Vereine, sobald sie sich mit der neuen Verordnung irgendwie in Widerspruch setzen.

Ueber besondere Wahrnehmungen wäre anher zu berichten.

Den Landesregierungsämtern wird zur Beteiligung der nachgeordneten Sicherheitsbehörden die übliche Anzahl weiterer Abdrücke dieses Richterlasses beigefügt.

27. Mai 1933.
Der Bundesminister:
Fey.

Unter Vorzensur

Vbb. **Proletarier aller Länder, vereinigt Euch**

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Preis 15 Groschen **Wien, Sonntag, 2. April 1933** **16. Jahrgang Nr. 7**

Der 1. Mai soll verboten werden

Neue Pläne der faschistischen Reaktion **„Die Banken werden nicht geschlossen“**

Wie wir erfahren, ist geplant, das Blau über Heimwehrfaschismus, der uns ... Sie hat sich den 1. Mai unter der Mo- ...

reitet war, führte das Verbot zunächst zu einer organisatorischen Schwächung, ja zur „Zerrüttung der Organisation“.⁴⁷ Der Übergang zur Illegalität „ging nicht reibungslos und nicht schmerzlos vor sich“, resümierte auch Johann Koplenig später den Kampf der KPÖ im Jahr 1933: Dieser „kostete viele Opfer“ und „es bedurfte einiger Zeit, bis sich die Genossen an die Regeln der Konspiration und der illegalen Arbeit hielten“.⁴⁸ Teile der Parteiführung und des mittleren Kadern wurden festgenommen, Verbindungen unterbrochen, mancherorts kam die organisierte Tätigkeit der KommunistInnen ganz zum Erliegen. Der Wiederaufbau der Partei war ein langwieriger Prozess, die KPÖ war jedoch in der Lage, einen großen Teil ihrer Mitglieder für die illegale Arbeit zu mobilisieren, ihre Parteiorganisationen zu reorganisieren und schließlich ein ganzes Netz von Organisationen und Leitungen aufzubauen. Einen wichtigen Grund für das Verbot erkannte die Partei in ihrem wachsenden politischen und ideologischen Einfluss auf sozialdemokratische ArbeiterInnen,⁴⁹ die vom Kapitulationskurs ihrer Parteiführung enttäuscht waren. War es der Regierung in den Augen der KPÖ darum gegangen, diesen Einfluss auf oppositioneller ArbeiterInnen und eine weitere Linksentwicklung zu unterbinden, gelang es der Partei nun umgekehrt, aufgrund ihres konsequenten illegalen Kampfes gegen den Faschismus ihr Ansehen weiter zu stärken und ihre Basis in der ArbeiterInnenklasse sogar zu verbreitern. Die KPÖ setzte auch nach dem Verbot ihre Bemühungen um eine antifaschistische Einheitsfront unter den Bedingungen der Illegalität fort. In einem offenen Brief der Wiener Stadtleitung der KPÖ wurden beispielsweise der am 27. Mai 1933 tagenden Wiener Konferenz der SDAPÖ einheitliche Protestaktionen gegen die Notverordnungs-

diktatur vorgeschlagen.⁵⁰ Nach den Februarkämpfen des Jahres 1934 entwickelte sich die KPÖ schließlich infolge des massenhaften Übertritts enttäuschter SozialdemokratInnen von einer kleinen und wenig einflussreichen Partei zu einer maßgeblichen Kraft innerhalb der österreichischen ArbeiterInnenbewegung.

Am 16. August 1933 gelang es der Polizei, den untergetauchten Johann Koplenig, der wegen der Vorbereitung der Kundgebungen am 1. Mai und der Antikriegskundgebungen am 1. August per Haftbefehl gesucht worden war, festzunehmen. Er wurde mit sechs Wochen Arrest bestraft.⁵¹ Insgesamt saßen zu dieser Zeit 250 KommunistInnen in Haft.⁵² Ab Herbst 1933 wurde die temporäre Internierung von politischen Gegnern in Anhaltelagern ein wichtiges Repressionsinstrument, wurden doch in den folgenden Jahren in Wöllersdorf auch hunderte Kommunisten festgehalten. Insgesamt ging die Verfolgung der illegalen ArbeiterInnenbewegung nach dem Februar 1934 bis ins Jahr 1938 unvermindert weiter, wobei sich das austrofaschistische Regime neben den polizeilichen Maßnahmen vor allem auf den Justizapparat stützte.⁵³ Die KPÖ wurde dabei immer wieder durch Verhaftungswellen geschwächt, die nicht nur die leitenden FunktionärInnen, sondern auch die unteren Organisationen betrafen. Es gelang Polizei und Regierung aber bis zuletzt nicht, die Tätigkeit der KPÖ völlig lahmzulegen.

Anmerkungen:

1/ Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung VIII: 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934, Bd. 3: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß, 22. März 1933 bis 14. Juni 1933. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1983, S. 378.

2/ BGBl. Nr. 200, Verordnung der Bundesregierung vom 26. Mai 1933, womit der Kommunistischen Partei jede Betätigung in Österreich verboten wird, in: Bundesgesetzblatt für die Repu-

blik Österreich, Jg. 1933, 61. Stück, ausgegeben am 24. Mai 1933, S. 526.

3/ Zu den Repressivmaßnahmen im Bereich von Verwaltung und Polizei vgl. Reiter-Zatloukal, Ilse: Politische Radikalisierung, NS-Terrorismus und „innere Sicherheit“ in Österreich 1933–1938. Strafrecht, Polizei und Justiz als Instrumente des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes, in: Härter, Karl/de Graaf, Beatrice (Hg.): Vom Majestätsverbrechen zum Terrorismus. Politische Kriminalität, Recht, Justiz und Polizei zwischen Früher Neuzeit und 20. Jahrhundert. Frankfurt/M.: Vittorio Klostermann 2012 (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte. Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte Frankfurt am Main, Bd. 268), S. 271–319, bes. S. 286–311, hier S. 286 und 294.

4/ Anklage gegen Heimwehrfaschismus, Regierung und Sozialdemokratie. Der Schwurgerichtsprozess gegen die „Rote Fahne“, hg. von der Zeitungsverlagsgesellschaft. Wien o.J. [1930], S. 2.

5/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: „Rothschild saniert – das Volk krepirt“. Die sozialökonomische Politik der KPÖ zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: ders. (Hg.): Wirtschafts- und Finanzkrisen im Kapitalismus. Historische und aktuelle Aspekte. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2010 (Quellen & Studien, Sonderband 13), S. 45–100.

6/ Die Regierung in Angst vor der wachsenden Stärke des Kommunismus, in: *Die Rote Fahne*, 7.8.1931, S. 1–2.

7/ G.Z. [Guido Zamiš]: Die Verfolgungswelle gegen die Kommunistische Partei Oesterreichs, in: *Internationale Presse-Korrespondenz*, 11. Jg., Nr. 87, 8.9.1931, S. 1954.

8/ Parteibefehl. Unsere Antwort an Winkler, in: *Die Rote Fahne*, 6.8.1931, S. 1.

9/ Die tägliche Konfiskation der „Roten Fahne“, in: *Die Rote Fahne*, 19.9.1931, S. 1.

10/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Bundeskanzleramt (BKA), Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit (Gen.dion.), Zl. 192.665–GD 2 v. 23.9.1931, Verein, „Verband der Proletarierjugend Oesterreichs“ mit dem Sitze in Wien, behördliche Auflösung, Bescheid.

11/ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Archiv der Republik (AdR), BKA Inneres, Sign. 22/Wien, Kt. 5174, Zl. 64.355/31 v. 16.6.1931, Bundespolizeidirektion (BPD) Wien an das BKA, Gen.dion., Abt. 1, „Verband der Proletarierjugend Oesterreichs“, beabsichtigte Stellung des behördlichen Auflösungsantrages.

12/ Vgl. dazu verschiedene solcher „Kommunistenevidenzen“ in ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/gen., Kt. 4869 und 4870, sowie Sign. 22/NÖ, Kt. 5081.

13/ Durchbrecht das Versammlungsverbot!, in: *Der Kommunistische Agitator*, 2. Jg. [1932], Nr. 1, S. 2–3, hier S. 2.

14/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/gen., Kt. 4870, Zl. 103.621/32, BPD Wien an das BKA, Gen.dion., Abt. 1, Pr. Zl. IV–196/8/32 v.

- 11.1.1932, Kommunistische Bewegung, Aussendung schriftlicher Weisungen an die Ortsgruppen, Beilage: Kampf gegen das Versammlungs- und Aufmarschverbot [Rundschreiben des Sekretariats an alle Zellen-, Ortsgruppen- und Arbeitsgebietsleitungen der KPÖ], 6.1.1932, S. 1f.
- 15/ Mitterräcker, Hermann: Am 26. Mai 1933. Die KPOe wurde verboten – doch die KPOe lebte, in: *Volksstimme*, 26.5.1963, S. 12.
- 16/ Reiter-Zatloukal: Radikalisierung (wie Anm. 3), S. 274.
- 17/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Berichte der BPD Wien, Kt. 23, BPD Wien an Staatssekretär Emil Fey, Pr. Zl. IV–1–16/279 v. 2.1.1933, Behördliche Auflösung kommunistischer Versammlungen im Dezember 1932 in Wien, S. 1f.
- 18/ Statt Brot – Versammlungsverbot, in: *Die Rote Fahne*, 2.12.1932, S. 1.
- 19/ Notverordnungsterror wütet in Oesterreich, in: *Die Rote Fahne*, 8.3.1933, S. 1.
- 20/ Graumann, Peter: Einige taktische Fragen der Kommunistischen Partei Oesterreichs, in: *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung*, 2. Jg., Nr. 38, 13.10.1933, S. 1492–1493, hier S. 1492.
- 21/ Kommunistische Partei – noch legal?, in: *Illustrierte Rote Woche*, Nr. 12, 25.3.1933, S. 4.
- 22/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Berichte der BPD Wien, Kt. 24, BPD Wien an Staatssekretär Emil Fey, Pr. Zl. IV–1793/1/33 v. 16.3.1933, Vornahme von Hausdurchsuchungen im Sekretariate der kommunistischen Partei Österreichs, in der Redaktion der „Roten Fahne“, in den Räumen des kommunistischen Vereines „Österreichische Rote Hilfe“ und bei mehreren kommunistischen Parteigängern am 13. März 1933 in Wien; Furcht vor dem Kommunismus, in: *Die Rote Fahne*, 14.3.1933, S. 1–2, hier S. 1.
- 23/ Verbannungen! Oesterreichischer Kommunist von der Polizei aus Wien ausgewiesen, in: *Die Rote Fahne*, 24.3.1933, S. 1.
- 24/ Schart euch um eure „Rote Fahne“, in: *Die Rote Fahne*, 14.3.1933, S. 1.
- 25/ Hochverratsklage gegen den Chefredakteur der „Roten Woche“, in: *Illustrierte Rote Woche*, Nr. 12, 25.3.1933, S. 4; Das ist die Antwort, in: *Illustrierte Rote Woche*, Nr. 14, 8.4.1933, S. 1.
- 26/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/Wien, Kt. 5177, Zl. 151.606/33, BPD Wien an das BKA, Gen.dion., Abt. 1, Pr. Zl. IV–2928/33 v. 1.5.1933, Geplante Aktion der kommunistischen Partei Österreichs am 1. Mai 1933; polizeiliches Einschreiten gegen den Parteivorstand.
- 27/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/Wien, Kt. 5177, Zl. 152.550/33, BPD Wien an das BKA, Gen.dion., Abt. 1, Pr. Zl. IV–2869/1/33 v. 1.5.1933, Vortrag des Siegfried Fürnberg über das Thema „Karl Marx – der Mann und sein Werk“ am 21.IV.1933 in der Gastwirtschaft Klein, XVII., Hernalser Hauptstr. 55, S. 6.
- 28/ ZPA der KPÖ, BPD Wien an die Staatsanwaltschaft Wien I, Pr. Zl. IV–2928/33 v. 1.5.1933, Kopenig Johann und Gen., Verdacht § 58 und 65 b St.G., S. 1f.
- 29/ Der 1. Mai in Oesterreich. Bajonette und Burgfrieden, in: *Die Rote Fahne*, 3.5.1933, S. 1–2.
- 30/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/gen., Kt. 4875, Zl. 150.386–GD 1 v. 2.5.1933, BKA, Gen.dion. an alle Landesregierungsämter, alle Herren Vorstände der Bundespolizeibehörden, alle Herren Landesgendarmieriekommandanten, Geplante Aktionen der kommunistischen Partei Oesterreichs am 1. Mai 1933; Einschreiten gegen den Parteivorstand und gegen den Verein „Oesterreichische Arbeiterwehr“, S. 1f.
- 31/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/Wien, Kt. 5177, GZl. 145.811/33, Zl. 146.736–GD 2 v. 3.5.1933, BKA, Gen.dion., Verein: „Oesterreichische Arbeiterwehr“ mit dem Sitz in Wien; behördliche Auflösung, Bescheid.
- 32/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/Wien, Kt. 5177, BKA, Gen.dion. an den Bürgermeister der Stadt Wien, Zl. 158.330–GD 2 v. 23.5.1933, Verein „Oesterreichische Rote Hilfe“ in Wien, Einstellung der Tätigkeit und Antrag auf behördliche Auflösung; Solidarität verboten. „Bund proletarischer Solidarität“ und „Rote Hilfe“ polizeilich aufgelöst, in: *Illustrierte Rote Woche*, Nr. 21, 27.5.1933, S. 2.
- 33/ Oesterreichische Arbeiterhilfe auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1867 aufgelöst, in: *Internationale Presse-Korrespondenz*, 12. Jg., Nr. 53, 28.6.1932, S. 1675.
- 34/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/gen., Kt. 4875, GZl. 150.386/33, Zl. 161.694–GD 1 v. 26.5.1933, BKA, Gen.dion., Kommunistenverhaftungen aus Anlass der illegalen Propaganda für den 1. Mai 1933.
- 35/ ÖStA/Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Justiz, BMJ, A VI, Kt. 3437, Zl. 34.032–4/33 v. 18.5.1933, Bericht der Oberstaatsanwaltschaft Wien betreffend Strafsachen wegen Beteiligung an kommunistischen Umtrieben, hierin: Oberstaatsanwaltschaft Wien an BMJ, Zl. 2441/33 v. 12.5.1933, Strafsachen gegen kommunistische Parteiführer, S. 2.
- 36/ Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii [Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte, Moskau] (RGASPI) 495/80/378/1–4, K. [Kopenig]: [Bericht an die Kommunistische Internationale], 10.5.1933, hier Bl. 1 (Kopie in ZPA der KPÖ).
- 37/ Weitere Enthaltungen, in: *Die Rote Fahne*, 27.5.1933, S. 2.
- 38/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/gen., Kt. 4875, Zl. 160.978–GD 2 v. 27.5.1933, BKA, Gen.dion., Richterlass an die Landesregierungen, die Vorstände der Bundespolizeibehörden und die Landesgendarmieriekommandanten, Kommunistische Partei, Einstellung der Tätigkeit, S. 1f.
- 39/ Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Parteiarchiv vor 1934, Mappe 6, Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der SDAPÖ am 7.6.1933, S. 2478f.
- 40/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Berichte der BPD Wien, Kt. 29, BPD Wien an den Bundeskanzler, Pr. Zl. IV–1036/23/33 v. 1.6.1933, Beschlagnahme der Zeitung „Die Rote Fahne“ vom 31. Mai 1933 und Einschreiten gegen die Arbeiterbuchhandlung VIII., Alserstraße 69, wegen Fortsetzung der Propaganda für die kommunistische Partei, S. 1; Die „Rote Fahne“ beschlagnahmt, in: *Die Rote Fahne*, 1.6.1933, S. 1.
- 41/ Verordnung gegen die „Rote Fahne“, in: *Die Rote Fahne*, 11.7.1933, S. 1.
- 42/ Doppler [Franz Freihaut]: Im Kampf um die Massen, in: Die Kommunistische Partei Österreichs im Kampf um die Massen. Moskau: Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR 1936 (VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale), S. 51–59, hier S. 58.
- 43/ RGASPI 495/25/278/10–11, Bericht des Zentralkomitees der K.P.Oe. zum X. Parteitag, S. 4.
- 44/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/gen., Kt. 4869, GZl. 230.754–GD 1, Zl. 215.609 v. 4.11.1931, Landesgendarmieriekommando für Oberösterreich an das BKA, Gen.dion., Abt. 3, E. Nr. 239 res Adj. v. 30.10.1931, Beilage: Sekretariat: Rundschreiben v. 26.8.1931.
- 45/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Sign. 22/gen., Kt. 4875, Zl. 150.386/33, Kommunistenverhaftungen aus Anlass der illeg. Propaganda f. d. 1. Mai 1933, hierin: Sekretariat: Rundschreiben Nr. 14, 18.4.1933, Betrifft: Sicherung der Partei.
- 46/ RGASPI 495/80/378/1–4, K. [Kopenig]: [Bericht an die Kommunistische Internationale], 10.5.1933, hier Bl. 3.
- 47/ RGASPI 495/80/378/34–58, Bericht über die organisatorische Lage der Partei seit dem Verbot, o.D. [1933], hier Bl. 39.
- 48/ Kopenig, Johann: Zum Kampf der Kommunistischen Partei Österreichs 1934 bis 1945, in: *Weg und Ziel*, 12. Jg. (1954), Nr. 10, S. 709–721, hier S. 710.
- 49/ Die Lage in Oesterreich und die Aufgaben der Kommunistischen Partei. Aus der Resolution der Plenartagung des ZK der KP Oesterreichs, in: *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung*, 2. Jg., Nr. 27, 4.8.1933, S. 1009–1011, hier S. 1009.
- 50/ Keller: Der Kampf gegen das Verbot der Kommunistischen Partei, in: *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung*, 2. Jg., Nr. 18, 9.6.1933, S. 575–576, hier S. 576.
- 51/ ZPA der KPÖ, BPD Wien an die Staatsanwaltschaft Wien I, Pr. Zl. IV–2928/11/33 v. 19.8.1933, Kopenig Johann und Genossen; Verdacht nach §§ 58 [Hochverrat] und 65 b St.G.
- 52/ B. Keller: Die Verfolgung von Kommunisten in Oesterreich und die „Rote Hilfe“, in: *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung*, 2. Jg., Nr. 34, 15.9.1933, S. 1280–1281, hier S. 1280.
- 53/ Neugebauer, Wolfgang: Repressionsapparat und -maßnahmen 1933–1938, in: Tólos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938*. Wien: Lit Verlag 2005 (Politik und Zeitgeschichte, Bd. 1), S. 298f.

Das KPÖ-Verbot 1933 im Burgenland

Eine Notiz zu seinen politischen Rahmenbedingungen

MARTIN KRENN

Ähnlich der Entwicklung auf bundespolitischer Ebene orientierte auch die im Burgenland seit dem 25. November 1931 unter Vorsitz von Landeshauptmann Alfred Walheim (*Nationaler Wirtschaftsblock/Landbund*) stehende konservative Landesregierung auf eine Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung. Nach der parlamentarischen Geschäftsordnungskrise des 4. März 1933 in Wien schwor die Führung der burgenländischen *Christlichsozialen Partei* auf dem am 7. März stattfindenden Bezirksparteitag in Oberpullendorf, dem „Herz der christlichsozialen Partei des Landes“, ihre Anhängerschaft auf den Kurs von Dollfuß ein. In wenig interpretationsbedürftigen Worten wurde gefordert, „all jenen, die Oesterreich herabsetzen, in Oesterreich gegen Oesterreich wühlen, das Handwerk“ zu legen.¹ Als am 26. März in Eisenstadt schließlich führende Vertreter der konservativ-legitimistischen Wehr- und paramilitärischen Organisationen (*Christlicher Heimatschutz, Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs, Ostmärkische Sturmcharen, Christlich-Deutsche Turnerschaft*) zu einer „Führertagung“ zusammentrafen, boten sie nicht nur der Bundesregierung ihr „unerschütterliches Treuegelöbniß“ dar und bejubelten unverhohlen die Ausschaltung des Parlaments. Offen forderte man die „schärfste Unterdrückung aller staatsfeindlichen Umtriebe“, die Einführung der Todesstrafe sowie den „Schutz unseres Vaterlandes gegen Besudelung, insbesondere Verbot der politischen staatsfeindlichen Betätigung der fremden, wie auch eigenen Staatsbürger“.²

Damit stand die politische Programmatik im bürgerlichen Lager fest; nur wenig später sollte sie auch praktisch umgesetzt werden. Im April stellten die burgenländischen Behörden das sozialdemokratische Landesorgan, die *Burgenländische Freiheit*, unter Vorzensur, am 1. April 1933 wurde der vorabendliche Beschluss der österreichischen Bundesregierung zur Auflösung des *Republikanischen Schutzbundes* exekutiert. Beginnend mit der Landeshauptstadt Eisenstadt kam es im ganzen Land zu Besetzungen sozialdemokratischer Lokale und zu Hausdurchsuchungen; bis zum späten Nachmittag waren auch alle anderen burgenländi-

schen Ortsorganisationen des Schutzbundes aufgelöst.³ Die Parteiführung der burgenländischen SDAP reagierte zurückhaltend, sie strebte eine politische Lösung und keine Reaktion der „Straße“ an: für den 6. und 7. Mai 1933 wurde ein außerordentlicher Landesparteitag nach Bad Sauerbrunn einberufen, der sodann auch die zwischenzeitige Verhaftungswelle kommunistischer und sozialdemokratischer Funktionsträger rund um den 1. Mai 1933 prominent thematisierte. Dies geschah nicht zuletzt als Reaktion auf ein entsprechendes Stimmungsbild an der sozialdemokratischen Basis, wo man teils vehement auf politische Solidarität mit den Verhafteten im Sinne des Einheitsfrontgedankens drängte. Diesen Forderungen trat Landespartei sekretär Johann Menzl in seiner für diesen und die folgenden Monate richtungsweisenden Erklärung entgegen, wonach die Partei gut beraten sei, sich „im guten und im schlechten mehr um uns selber [zu] kümmern. In den letzten Wochen sind Dutzende unserer Genossen verhaftet worden, warum sollen denn gerade die, die nichts anderes tun als nur uns bekämpfen, oft in der dreckigsten Weise, unseren besonderen Schutz genießen?“ Im Gegenteil: Menzl beschwor vielmehr den Geist der Querfront, indem er unterstellte, „einst geeichte ‚Weltrevolutionäre‘“ würden nunmehr im Lager des Hitler-Faschismus stehen. Unter stürmischem Beifall, wie die hier unzensiert bleibende Parteizeitung vermeldet, gab Menzl vielmehr die Losung aus, die KPÖ aufzugeben: „Ich bin der Meinung, daß es heute ein Luxus ist, getrennt zu marschieren und die, die heute noch glauben, es muß eine kommunistische Partei um jeden Preis geben, auch um den Preis des zerfleischenden Bruderkampfes, die sollen sich so tapfer einsperren lassen, wenn es sein muß, wie das unsere Genossen tun.“⁴

Vor diesem Hintergrund war von der burgenländischen Sozialdemokratie für die KPÖ keine Unterstützung zu erwarten. Die SDAP verstand sich als Hüterin der Demokratie und Garant gegen die zunehmend erstarkende nationalsozialistische Bewegung auf der rechten und die kommunistische Partei auf der linken Seite. Es sei gerade das historische Verdienst der österreichischen Sozialdemo-

kratie gewesen, so Ludwig Leser in seinem zentralen politischen Referat am Parteitag, dass in „einer viel wilderen Zeit, den Jahren 1918 und 1919, wo das kleine Oesterreich umgeben war vom Kommunismus in Ungarn, von der Räte-diktatur in Bayern, wo der Bolschewismus rund um Oesterreich Eingang gefunden hat und große Anziehungskraft ausübte, [...] die Demokratie erhalten“ zu haben. Als Österreich von dieser „kommunistischen Welle“ bedroht gewesen wäre, hätte „das österreichische Proletariat seine Mission erfüllt“. Mit Nachdruck wandte Leser sich gegen auch am Parteitag laut gewordene Stimmen, die für eine offene Klassenausinandersetzung eintraten. Demgegenüber charakterisierte er den gegenwärtigen Kampf als notwendigerweise und unbedingt legalistischen, als eine „Rebellion [...] gegen die Exekutivorgane des Staates“, die „mit der Ideologie und Ueberzeugung zu führen [ist], daß wir das Recht verteidigen, Moral und Geschichte sind auf unserer Seite“.⁵

Dem Verbot der KPÖ am 26. Mai 1933 wollte die offizielle Sozialdemokratie im Burgenland damit nichts entgegensetzen. Im burgenländischen Landtag, der nach über viermonatiger Unterbrechung am 22./23. Juni 1933 wieder zusammengetreten war und die nunmehr letzte verbliebene Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung darstellte, erhoben die sozialdemokratischen Mandatäre gegen das Verbot der KPÖ keinen Protest. Vielmehr antwortete Hans Bögl auf die von Landesrat Lorenz Karall vorgebrachten Anschuldigungen („Die Ursache sämtlicher Diktaturen liegt in Rußland“⁶) im politischen Gleichklang mit Leser, dass die Sozialdemokratie immer das (letzte) politische Bollwerk gegen eine kommunistische Entwicklung im Land gewesen sei: „Wenn die österreichischen Sozialdemokraten im Jahre 1918 und 1919 oder 1920 die proletarische Diktatur gewollt hätten, so hätte es in Österreich niemand gegeben, der die österreichischen Sozialdemokratie daran hätte hindern können.“ Die Sozialdemokraten hätten demnach „dieses Land von der kommunistischen Diktatur bewahrt“⁷ – eine konsequente Argumentation ein- gedenk der Tatsache, dass die ungarische Räterepublik, der das spätere Burgenland

Ende der Einheit

Die Auflösung des KZ-Verbandes vor 65 Jahren

SIMON LOIDL

Im März 1948 wurde der *Bund der politisch Verfolgten* – besser bekannt als KZ-Verband – aufgelöst. Der überparteiliche und paritätisch von SPÖ, KPÖ und ÖVP besetzte Verband, der sich für die Belange der vom NS-Regime Verfolgten einsetzte, war zum Opfer des beginnenden Kalten Krieges geworden.

Nach der Befreiung vom Faschismus hatten sich die österreichischen WiderstandskämpferInnen und Verfolgten im ganzen Land in verschiedenen Organisationen und Vereinen zusammengeschlossen, um für Wiedergutmachungszahlungen, Aufarbeitung der NS-Geschichte und Entnazifizierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu kämpfen.¹ Im Frühjahr 1946 war es nach längeren Bemühungen endlich gelungen, aus der Vielzahl von Vereinen einen geschlossenen Bundesverband zu gründen. Hierfür traten nicht nur große Teile der Betroffenen selbst ein, auch von politischer Seite schien es wünschenswert, eine einheitliche Opferorganisation zu etablieren,

mit der etwa allgemeingültige Regelungen beispielsweise für finanzielle „Wiedergutmachung“ ausgehandelt werden könnten.² Am 31. März 1946 fand eine erste Generalversammlung statt, auf einer mehrtägigen Versammlung in Innsbruck im Juli desselben Jahres erfolgte die offizielle Gründung. Im Verbandsorgan wurde der 13. Juli 1946 als Gründungsdatum des KZ-Verbandes genannt.³

Nun konnten die Forderungen und Anliegen der NS-Opfer und früheren WiderstandskämpferInnen geschlossen und somit weitaus überzeugender als zuvor der österreichischen politischen Öffentlichkeit vorgebracht werden. Die Überparteilichkeit spiegelte die Erfahrung aus den Kämpfen und aus den Konzentrationslagern wider, dass ein erfolgreicher Kampf gegen den Faschismus nur unter Hintanstellung weitergehender politischer und weltanschaulicher Differenzen möglich war. Aus diesem Kampf aber, so die Überzeugung nicht nur dezidiert linker AntifaschistInnen, müsse nun

die Schaffung einer neuen demokratisch-antifaschistischen Republik erwachsen.

Doch die politische Realität sah anders aus. Von Beginn an gab es starke Spannungen zwischen Vertretern der drei im KZ-Verband repräsentierten Parteien. Die KPÖ war aufgrund des hohen Anteils von KommunistInnen am Widerstandskampf im Verhältnis zu ihrem gesamtgesellschaftlichen Einfluss im Verband überrepräsentiert. Dies führte zu Vorwürfen seitens SPÖ und ÖVP, dass die KommunistInnen ihre Rolle innerhalb des KZ-Verbandes ausnutzen würden, um politisches Kleingeld zu wechseln. Umgekehrt berichteten Mitglieder auf regionaler Ebene des Verbandes von diskriminierender Behandlung aufgrund ihrer tatsächlichen oder angeblichen Nähe zur KPÖ.⁴

Die gegenseitigen Vorwürfe und Polemiken verschärften sich im Laufe der Monate und Jahre. Ab Anfang 1948 wurde zunehmend deutlich, dass eine längerfristige überparteiliche Zusammenarbeit kaum mehr möglich war. Der antifaschistische Grundkonsens, der unmittelbar nach der Befreiung beinahe alle politischen Maßnahmen bestimmt hatte, war aufgeweicht und wurde vom Antikommunismus als neuer Basis-Ideologie von Christlichsozialen und Sozialdemokratie abgelöst. Die gemeinsamen Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus konnten die politischen Differenzen nur mehr teilweise zuschütten; nach Oliver Rathkolb hatte letztendlich der Antikommunismus „sowohl auf der Ebene der Eliten als auch im gesellschaftlichen Diskurs nach 1945 eine wesentlich wichtigere verbindende Funktion als etwa der Mythos der Lagerstraße“.⁵

Im Grunde wurde der KZ-Verband zu einem Opfer veränderter innenpolitischer Strategien von SPÖ und ÖVP, die wiederum den neu entstehenden weltpolitischen Kräfteverhältnissen geschuldet waren. Vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges war eine Zusammenarbeit mit der ansonsten weitgehend isolierten KPÖ in einer gemeinsamen Organisation nicht mehr opportun. Nicht zuletzt waren die Agenden des KZ-Verbandes von einer politischen Brisanz, die weit über die österreichischen Grenzen von Bedeutung waren. Es ging bei der Arbeit des Verbandes ja nicht „nur“ um die

unter dem Namen Westungarn staatsrechtlich zugehörig war, von der SDAP bis zuletzt als gefährliches „bolschewikisches Abenteuer“ punziert wurde.⁸

Die politische Taktik der burgenländischen Sozialdemokratie sollte bekanntlich nicht aufgehen – spätestens auf der Landtagssitzung vom 22./23. Juni 1933 wurde dies der politischen Führung der SDAP nochmals vor Augen geführt, ließ doch Landeshauptmann Walheim in seinen Ausführungen nichts an Deutlichkeit vermissen und sprach sich, mit gewagtem Blick auf das antike Rom und sein „sehr kluges Staatsvolk“, für eine „befristete Diktatur“ aus: „Es hat immer Zeiten gegeben, wo die Demokratie ausgeschaltet werden mußte.“ Die Zeit wäre nunmehr in Österreich schlicht „reif für eine autoritäre Regierung“.⁹

Mit den Ereignissen des 12. Februar 1934 und dem Verbot der SDAP trat die Wendung zur offenen Diktatur in Österreich endgültig ein. Im Burgenland verlief die Liquidierung der völlig indisponierten Partei nahezu störungsfrei (nur in Siegendorf kam es zu einem Schusswechsel ohne Verletzte). Lediglich Leser gelang die Flucht ins tschechische Exil; Bögl, Menzl, Ignaz Till, Ernst Hoffen-

reich oder Adolf Berczeller wurden umgehend verhaftet. Die bereits seit einem Dreivierteljahr illegalisierte KPÖ wuchs in der Folge auch dank des Zustromes von enttäuschten Funktionären und Mitgliedern der burgenländischen SDAP zur entscheidenden Kraft im Widerstand gegen das austrofaschistische (wie später nationalsozialistische) Regime heran.

Anmerkungen:

1/ *Burgenländische Heimat*. Unabhängiges Wochenblatt des christlichen Volkes, Nr. 11/1933, S. 3.

2/ *Burgenländische Heimat*, Nr. 14/1933, S. 2.

3/ *Burgenländische Freiheit*. Sozialdemokratisches Landesorgan, Nr. 14/1933, S. 1 sowie *Der Weg zum Anschluss. Burgenlandschicksal 1928–1938*. Begleitband zur Ausstellung (= WAB 125), Eisenstadt 2008, S. 23.

4/ *Burgenländische Freiheit*, Nr. 19/1933, S. 2f.

5/ Ebd., S. 4f.

6/ Stenographische Protokolle des burgenländischen Landtages, IV. Wahlperiode 1930–1934, S. 412.

7/ Ebd., S. 414.

8/ So etwa *Burgenländische Freiheit*, Nr. 18/1933, S. 1.

9/ Stenographische Protokolle des burgenländischen Landtages, S. 418.



Wohltätigkeitslotterie des oberösterreichischen KZ-Verbandes im Jahr 1947.

Interessen österreichischer Widerstandskämpfer und ehemals Verfolgter, sondern auch um Fragen der politischen Identität des neuen Österreich und letztlich auch um dessen Integration in die internationale politische Landkarte nach 1945.

In den Parteiblättern von SPÖ und ÖVP, aber auch in der Tagespresse wurde der KPÖ immer häufiger vorgeworfen, den KZ-Verband für die eigene politische Agenda zu instrumentalisieren.⁶ Am 7. März 1948 gaben schließlich die Vertreter von SPÖ und ÖVP ihren Rückzug aus dem Vorsitz des Bundesverbandes in der Wiener Zeitung für den darauffolgenden Tag bekannt. Laut Statuten musste nach diesem Schritt automatisch die Auflösung des Vereins erfolgen. Am 12. März erließ das Innenministerium eine entsprechende Verfügung, die an die Landesverbände erging.⁷

In den Wochen und Monaten nach der offiziellen Auflösung zeigte sich, wie weit sich die bundespolitischen Funktionäre von SPÖ und ÖVP in dieser Frage von ihrer Basis entfernt hatten. Auf lokaler Ebene wurde die Auflösung vielfach schlicht ignoriert und musste gegen den Widerstand der Mitglieder durchgesetzt werden.

In Oberösterreich – dessen KZ-Verband nicht zuletzt aufgrund der geographischen Lage des ehemaligen KZ Mauthausen eine herausragende Rolle innerhalb der Bundesorganisation gespielt hatte – wurde die „Arbeitsgemeinschaft ehemals politisch Verfolgter“ gegründet. Mit Hilfe dieses ebenfalls überparteilich organisierten Vereins sollte die Tradition des KZ-Verbands fortgeführt und der Grundstein für einen neuen überparteilich-

chen Bundesverband gelegt werden.⁸ Bereits wenige Wochen nach der Auflösung hatten die OberösterreicherInnen zudem VertreterInnen aller Landesverbände zu einer Besprechung eingeladen, wie ein neuer Bundesverband konstituiert werden könnte.⁹ Mit der Durchführung der Befreiungsfeierlichkeiten im Mai 1948 versuchten noch bestehende regionale Verbände ihre Handlungsfähigkeit zwei Monate nach der Auflösung zu demonstrieren. Zudem lud der offiziell nicht mehr existierende Landesverband Oberösterreich nach der Feier in Mauthausen erneut „die anwesenden Vertreter der Bundesländer zu einer zwanglosen und völlig unverbindlichen Aussprache über die weiteren Pläne zugunsten der Opfer des Faschismus“ ein.¹⁰

Eine wichtige Rolle bei dem Versuch, die Strukturen zu erhalten, spielte dabei der oberösterreichische Landeshauptmann Heinrich Gleißner. In einer Sitzung des offiziell bereits aufgelösten Landesverbandes wurde bereits am 16. März 1948 unter Gleißners Anleitung die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft“ beschlossen. Das Präsidium derselben sollte, so der Landeshauptmann laut Protokoll der Sitzung aus „je zwei Vertreter[n] der drei anerkannten politischen Parteien, aus zwei Parteilosen und aus je einem Vertreter der rassistisch und religiös Verfolgten“¹¹ bestehen. Die zentrale Aufgabe sah Gleißner darin, die politische Handlungsfähigkeit zu erhalten, um die Arbeit für die Mitglieder weiterführen zu können. Dazu bedurfte es aber der Mittel, über die man aufgrund der Auflösung nicht mehr verfügen konnte: „Das neue Präsidium hat die

Aufgabe, das Vermögen des aufgelösten Verbandes für die Arbeitsgemeinschaft flüssig zu machen.“¹²

Bei der Argumentation, dass es sich bei ihrem Landesverband ohnehin um eine eigenständige Organisation handeln würde, verwiesen die OberösterreicherInnen gegenüber den Behörden auf die Phase der Gründung des Bundesverbandes aus den diversen lokalen Organisationen. Die in ihrem Bundesland unter dem Namen „Zentralstelle der politischen Häftlinge Oberösterreichs“ gegründete Organisation habe „niemals ihren Beitritt zum ehemaligen ‚Bund der politisch Verfolgten‘ erklärt“, und nur um den eigenen Mitgliedern „die gesetzlich gewährten Vergünstigungen zukommen zu lassen, wurde unser Sekretariat beauftragt, die Agenden des ‚Bundes ehem. pol. Verfolgter‘ nebst ihren eigentlichen Agenden mitzuführen.“ Deshalb bat die Arbeitsgemeinschaft „um möglichst umgehende Zurücknahme der Sperrverfügung über das genannte Sondervermögen, da die Sperre sich lediglich auf Vermögenswerte des Bundesverbandes beziehen kann.“¹³

Letztlich hielten die lokalen Organisationen ihre finanzielle Handlungsfähigkeit während der Monate nach der Auflösung aber durch ehrenamtliche Arbeit und Spendensammlungen aufrecht.¹⁴ Die Vereinsvermögen blieben gesperrt und auch die Infrastruktur durfte nicht mehr genutzt werden. Dabei kam es durchaus auch zu physischen Auseinandersetzungen. Die Räumung der Büros des oberösterreichischen Landesverbandes etwa war bereits am 12. März 1948 behördlich veranlasst worden. Der aufgelöste Landesverband bzw. die „Arbeitsgemeinschaft“ bemühte sich vergeblich darum, weiterhin in den Räumlichkeiten weiterarbeiten zu können. Mit Ende des Jahres wurde jedoch ein ultimativer Räumungsbefehl erlassen, worauf Verbandsmitglieder mit einer Besetzung antworteten. Nach Darstellung der von der KPÖ Oberösterreich herausgegebenen Neuen Zeit wollten es die Mitglieder „nicht dulden, dass zur selben Zeit, da ehemaligen Großnazi ihre arisierten Geschäfte und Lokale zurückgestellt werden, den ehemaligen politisch und rassistisch Verfolgten ihr primitivstes Recht, ihr Verbandslokal, genommen wird.“¹⁵

Wie groß die Diskrepanz zwischen Bundesvertretern und lokal agierenden Verbandsfunktionären war, zeigt auch die Tatsache, dass die Rücktritte aus dem Präsidium und die Auflösung von vielen schlicht als „politische Streitigkeiten in

Wien“ oder „Krise im Wiener Verband“ abgetan wurden, wie es im Protokoll der Jahreshauptversammlung der Bezirksstelle Grieskirchen der „Arbeitsgemeinschaft“ im Juli 1948 formuliert wurde: „Da jedoch im Bezirk Grieskirchen für unsere Mitglieder hierdurch ein großer Schaden erwachsen wäre und keine politischen Zwistigkeiten sich hier ergeben haben, wurde die Arbeitsgemeinschaft aufrecht erhalten.“ Zudem wurde darauf hingewiesen, dass „durch diese Krise im Wiener Verband in moralischer und politischer Hinsicht den politisch Verfolgten großer Schaden erwachsen ist, sodaß er nur noch ein Schattendasein führt während andererseits schon eine rege Tätigkeit in Kreisen der ehemaligen Nazi“¹⁶ zu beobachten sei.

Die Arbeit der „Arbeitsgemeinschaft“ und andere Bemühungen, aus den Trümmern des aufgelösten Verbandes eine neue überparteiliche Organisation zu schaffen, blieben letztlich nur kurzweilige Episode am Weg der Auflösung und Neugründung von Organisationen der österreichischen Nazi-Opfer und WiderstandskämpferInnen. Noch im Frühsommer 1948 wurde die *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten* gegründet. Im Herbst selben Jahres wurde zwar der überparteiliche „neue“ KZ-Verband unter dem Namen *Bundesverband österreichischer KZler, Häftlinge und politisch Verfolgter* aus der Taufe gehoben, jedoch fungierte dieser fortan de facto als Verband der Widerstandskämpfer und Opfer der KPÖ – auch wenn zahlreiche Mitglieder des aufgelösten KZ-Verbands dieser Organisation beitraten, unter denen auch viele Nicht-KommunistInnen waren. Nicht nur im Vereinsnamen, auch beim Titel des Verbandsorgans knüpfte man an den „ersten“ KZ-Verband an: Am 1. Oktober 1948 erschien mit der ersten Ausgabe des *Neuen Mahnruf* das Nachfolgerorgan des *Mahnrufs*.¹⁷ Im März 1949 wurde mit der dem *Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus* schließlich das endgültige Ende der organisatorischen Einheit der ehemaligen Verfolgten besiegelt.¹⁸ In den folgenden Jahren fand kaum eine Zusammenarbeit zwischen den drei Organisationen statt, die doch fast identische Anliegen verfolgten. Erst seit den 1960er Jahren kam es wieder zu einer Annäherung. Vertreter der drei Verbände waren etwa an der Gründung des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands* im Jahr 1963 beteiligt waren. Mit der 1968 ins Leben gerufenen *Arbeitsgemein-*

schaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs schlossen sich die drei Verbände¹⁹ schließlich in einer gemeinsamen Dachorganisation zusammen.²⁰

Anmerkungen:

1/ Vgl. Brigitte Bailer-Galanda: Konkurrenz – Konflikt – Spielball der Politik. Verbände der NS-Opfer in Österreich nach 1945, in: Stengel, Katharina (Hg.): Opfer als Akteure. Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter in der Nachkriegszeit. Frankfurt/M. 2008, S. 107–109.

2/ Vgl. ebd. S. 109f.

3/ Franz Sobek: Vom KZ-Verband zum Österreichischen Bundesverband ehemals politisch verfolgter Antifaschisten, in: *Mahnruf für Freiheit und Menschenrecht*, Nr. 1/1946, S. 4.

4/ Vgl. Simon Loidl und Peter März: „...Garanten gegen den Faschismus...“. Der Landesverband ehemals politisch Verfolgter Oberösterreich. Linz 2010, S. 191ff.

5/ Oliver Rathkolb: Die paradoxe Republik. Wien 2005, S. 34.

6/ Vgl. Loidl/März, S. 194–200.

7/ Vgl. Oberösterreichisches Landesarchiv (OÖLA), LpV 10 J, 25.11.1948, Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der politisch Verfolgten Oberösterreichs an das Amt der Oö. Landesregierung.

8/ Vgl. Loidl/März, S. 200–205, 216–219.

9/ Ebd. S. 204.

10/ OÖLA, LpV 1 D, 7.4.1948: LpV OÖ an die Landesverbände.

11/ OÖLA, LpV 1 C, 13.4.1948: Rundschreiben Landesverband an alle Bezirke; vgl. auch Loidl/März, S. 202.

12/ Ebd.

13/ OÖLA, KZV, Arbeitsgemeinschaft an Innenministerium, 29.6.1948.

14/ Vgl. Loidl/März, S. 217f.

15/ *Neue Zeit*, 10.1.1949.

16/ OÖLA, LpV 20 A; 22.07.1948: Bezirksstelle Grieskirchen; Protokoll Jahreshauptversammlung Bezirksstelle Grieskirchen, S. 1.

17/ Vgl. Brigitte Bailer, Der KZ-Verband. Informationen zu einer wesentlichen Quelle des Projektes der namentlichen Erfassung der Opfer der politischen Verfolgung, in: DÖW-Jahrbuch 2007. Schwerpunkt: Namentliche Erfassung von NS-Opfern. Wien 2008, S. 48f.

18/ Vgl. *Der sozialistische Freiheitskämpfer*, Nr. 1, Mai 1949.

19/ Die derzeitigen Vereinsnamen sind: „Bundesverband österreichischer AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband/VdA)“, „Bund sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/innen“ und „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich“.

20/ Vgl. Bailer-Galanda: Konkurrenz (wie Anm. 1), S. 123f.

13. Gedenkfahrt nach Engerau

mit Gedenkveranstaltung
beim Mahnmal
„Panzersperre“ in Berg

Zu Ostern 1945 trieben Wiener SA-Männer und „politische Leiter“ der NSDAP Hunderte ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter vom Lager Engerau (heute Petržalka) über Hainburg nach Bad Deutsch-Altenburg, wo sie nach Mauthausen verschifft wurden. Mehr als hundert Menschen wurden erschossen, erschlagen und zu Tode misshandelt.

Das Lager Engerau war Ende November 1944 u.a. für Schanzarbeiten beim Bau des so genannten „Südostwalles“ eingerichtet worden. Bereits bis zur Evakuierung des Lagers vor der heranrückenden sowjetischen Armee Ende März 1945 kamen Hunderte ungarische Juden aufgrund der unvorstellbaren hygienischen Bedingungen und aufgrund von Misshandlungen ums Leben oder wurden ermordet.

Programm

9.30 Gedenkkundgebung beim Mahnmal auf dem Friedhof in Petržalka (Engerau)/Bratislava

11.00 Fahrt zu den Gedächtnisorten des ehemaligen Lagers Engerau

12.15 Gedenkkundgebung beim Gedenkstein für die Opfer des Todesopfers in Wolfsthal

14.15 Gedenkveranstaltung beim Mahnmal „Panzerperre“ in Berg

16.30 Gedenkkundgebung auf dem Friedhof in Bruck/Leitha

Historische Einleitung und Begleitung:
Dr.ⁱⁿ **Claudia Kuretsidis-Haider**
Univ.-Prof. Dr. **Szabolcs Szita**

Zeitzeugenberichte von Endre Várnai und Béla Varga

Ansprachen u.a. von S.E. Dr. Josef Markus Wuketich, H.E. Alexander Ben-Zvi, Reinhard Wiemer, Dr.ⁱⁿ Irmtraut Karlsson, Dr. Peter Salner

Sonntag, 24. März 2013

Abfahrt: 7.45, Rückkehr: ca. 18.00
Treffpunkt: Praterstern 1, 1020 Wien
Unkostenbeitrag: 12,- Euro

Anmeldung: Tel.: 01/22 89 469/315
kuretsidis@hotmail.com
Infos: www.nachkriegsjustiz.at

Walter Benjamins Marx–Engels–Studium

PETER GOLLER

Walter Benjamin kündigte 1935 das Studium von Karl Marx' „Kapital I“ an. Er schreibt am 10. Juni 1935 an Theodor Adorno: „Ich habe begonnen mich, zunächst einmal im ersten Bande des ‚Kapital‘ umzusehen und, um neben dem Alpengraus mich im Zwerggärtchen zu ergehen, [Egon] Friedells etwas schmutzige Kulturgeschichte gleichfalls herangeschafft.“¹ (*WB-Briefe V, 111*)

Benjamins Auseinandersetzung mit dem „Kapital“ war mit Blick auf sein Interesse für die bürgerlichen Trug- und Zauberbilder, für die ideologischen Täuschungen und Hieroglyphen wichtig. Dementsprechend genau las Benjamin das Kapitel über „den Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis“: Marx hat „gezeigt, wie zweideutig die ökonomische Welt des Kapitalismus aussieht – eine Zweideutigkeit, die durch die Intensivierung der Kapitalwirtschaft sehr gesteigert wird – sehr deutlich z.B. an den Maschinen sichtbar, die die Ausbeutung verschärfen statt das menschliche Los zu erleichtern.“ (*Pass 499*)

Im „Passagen“-Exposé „Paris, die Hauptstadt des XIX. Jahrhunderts“ heißt es 1935: „Weltausstellungen sind die Wallfahrtsstätten zum Fetisch Ware.“ Die Phantasien eines Grandville „übertragen den Warencharakter aufs Universum. Sie modernisieren es. Der Saturnring wird ein gußeiserner Balkon, auf dem die Saturnbewohner abends Luft schöpfen.“ (*Pass 51f.*) Überlegungen aus Benjamins frühem Fragment „Kapitalismus als Religion“ (1921) finden sich in den „Passagen“ wieder: „Der Kapitalismus war eine Naturerscheinung, mit der ein neuer Traumschlaf über Europa kam und in ihm eine Reaktivierung der mythischen Kräfte.“ (*Pass 494*)

Marxens von Dantes Inschrift am Höllentor entlehnter Hinweis auf die „verborgene Stätte der Produktion, an deren Schwelle zu lesen steht: ‚Unbefugten ist der Zutritt verboten.‘“ beeindruckte Benjamin als Bild für die hermetisch abgeschlossene Fabrikshalle, die Hölle der Lohnsklaverei. (*Pass 813 nach MEW 23, 189f.*)

Dass die kapitalistische Anwendung von Maschine und Technik zur verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse führt, verfolgte Benjamin an Hand der „Kapital“-Abschnitte über die „Produktion des

absoluten und relativen Mehrwerts“. Wenn „Denker“ der bonapartistischen Reaktion wie Bernard Adolphe Granier de Cassagnac die Proletarier als „Rasse aus Huren- und Verbrecherverbindungen“ geschmäht hatten, sah Benjamin die adäquate Antwort in Marx' „Kapital“ gegeben, wo diese „Rassentheorie“ mit dem Begriff von den Proletariern als einer „Race eigentümlicher Warenbesitzer“, die nur die Ware Arbeitskraft auf dem Markt anbieten können, pariert wird: „Es ist die Rasse derer, die keine andere Ware besitzen als ihre Arbeitskraft.“ (*MEW 23, 186, dazu WBGS I/2, 523f.*)²

Otto Rühle

Walter Benjamin studierte den „Warenfetischismus“ auch nach Otto Rühles 1928 veröffentlichter Marx-Biographie: „Die Spitzfindigkeiten Grandvilles bringen gut zum Ausdruck, was Marx die ‚theologischen Mucken‘ der Ware nennt. [...] Wenn die Ware ein Fetisch war, so war Grandville dessen Zauberpriester.“ (*Pass 246, 249*) Otto Rühle (1874–1943), sozialistischer Bildungsarbeiter seit den 1890er Jahren, hatte 1915 im Berliner Reichstag als Abgeordneter gemeinsam mit Karl Liebknecht gegen die „Kriegskredite“ gestimmt. Rühle nahm an der Jahreswende 1918/19 am Gründungsparteitag der KPD teil. Sich zunehmend linksradikal als Gegner der Teilnahme der KPD/Spartakisten an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung deklarierend, die Straße zur „großartigsten Tribüne“ des proletarischen Kampfs erklärend, war Rühles Haltung von Rosa Luxemburg wenige Tage vor ihrer Ermordung noch als revolutionärer Illusionismus eingeschätzt worden. Im Herbst 1919 brach Rühle als „Linksradikaler“ mit der „parlamentarischen Linie“. In der weiteren Folge kam es zu Rühles Bruch mit der Leninschen Parteikonzeption unter dem polemischen Motto „proletarische Klassendiktatur statt bolschewistische Parteidiktatur“.

Mit Alfred Adler entlehnter Begrifflichkeit – „niedrige Selbsteinschätzung“, „Unsicherheitsgefühl“, „Minderwertigkeit“, „Stoffwechselstörung“, etc. – rückte Rühle die Marxsche Biographie in den Zusammenhang mehr oder weniger gescheiterter „Kompensationsversuche“. Er verteidigte Lassalle oder Bakunin gegen

Marx. Rühle warf Marx in grob „individualpsychologischer“ Beweisführung willensfremde Flucht in eine rein intellektuelle sozialistische Theorie vor. Unter dem Eindruck der gescheiterten deutschen sozialistischen Revolution (1918–1923) wollte Rühle die „Grundzüge der geschichtsmaterialistischen Methode ins Psychologische“, also ins willensmäßig Aktivistische übersetzen, das utopische Potential des Sozialismus rehabilitieren.

Bertolt Brecht hatte Rühles Buch nach dem Erscheinen 1928 gelesen: „Rühles Marxbiographie wegen ihrer klaren Darstellung einer großen Lehre (Angesichts der Wichtigkeit dieses Versuchs darf man das Buch keineswegs preisgeben wegen einer, wie mir scheint, modischen Entgleisung in die Vulgärbiologie: der Anwendung der albernen ‚menschlichen‘ Betrachtungsweise des Salonhistorikers Emil Ludwig.)“³

Brechts Einschätzung war wohl auch jene von Benjamin. Im Pariser Exil, wo er für einen nicht realisierten „Anti-C.G. Jung“ Sigmund Freuds „Jenseits des Lustprinzips“ (1921) oder Theodor Reiks „Der überraschte Psychologe“ (1935) las, dachte Benjamin an eine materialistische Anwendung der Psychoanalyse. Im April 1937 schreibt er an Max Horkheimer: „Die Bedeutung der psychoanalytischen Einsichten für eine materialistische Darstellung der Geschichte wird mir auf Schritt und Tritt ihre Probleme stellen.“ (*WB-Briefe V, 518, vgl. zur „eindeutig rückschrittlichen Funktion, die die Lehre von den archaischen Bildern für Jung hat“: Pass 589f.*)

Karl Korsch

Für das „Marx-Konvolut“ des „Passagen-Werks“ verwendete Benjamin Karl Korsch's intellektuelle Marx-Biographie, die ihm über die Begegnung bei Brecht in Dänemark vorab als Manuskript zugänglich war. Benjamin war Korsch im Spätsommer 1934 in Skovsbostrand begegnet. Beide unterstützten Brecht bei der Arbeit an der Geschichte des Giacomo Ui, einer „Satire auf Hitler im Stile der Historiographen der Renaissance“. (*WB-Briefe IV, 503 – WBGS VI, 530*)

Als Korsch's „Marx“ in englischer Sprache erscheinen sollte, berichtet Benjamin im Juni 1939: „Ich habe in den letzten Tagen den ‚Karl Marx‘ von

Korsch, der in London erschienen ist, durchgelesen. Das Buch hat mich gefesselt. Ich wüsste gern, welche Ansicht Sie von ihm haben. Gespräche, die ich darüber hier führen konnte, haben mir von neuem vor Augen gestellt, wie tief unter den Antifaschisten jene Zerklüftung reicht, die eine der Ursachen und in noch höherem Grade eine der Folgen der Niederlage gewesen ist. Was bei den Psychoanalytikern ein Ausdruck von Konkurrenzneid sein mag, ist bei den Antifaschisten eher einer der Verzweiflung.“ (*WB-Briefe VI, 304*)

Aus Korsch übernahm Benjamin die Kritik an der evolutionistisch „orthodoxen“ Interpretation des Historischen Materialismus durch Karl Kautsky oder Georg Plechanow, jene „marxistischen Epigonen“, die im Unterschied zu Lenin oder Sorel (!) keinen Blick für die „ungleiche Entwicklung“ materieller Produktionsverhältnisse und kulturell-ideologischer Überbautendenzen mehr hatten. (*Pass 604–608*) Er übernimmt aus Korsch die Beschreibung der Wertkategorien, des Mehrwerts, Marx' Auseinandersetzung mit der lassalleanischen Illusion vom „vollen Arbeitsertrag“, dessen Kritik an den „sozialistischen Ricardianern“ oder Korsch's Sicht über die Quellen der Marx-Engels'schen Theorie: Marx und Engels „nahmen von den bürgerlichen Historikern der Restaurationsperiode den Begriff der sozialen Klasse und des Klassenkampfes, von Ricardo die ökonomische Begründung der Klassengegensätze, von Proudhon die Proklamierung des modernen Proletariats als einzige wirklich revolutionäre Klasse, von den feudalen und christlichen Anklägern der neuen [...] Wirtschaftsordnung die schonungslose Entlarvung der bürgerlich liberalen Ideale, die hasserfüllte, ins Herz treffende Invektive, vom kleinbürgerlichen Sozialismus Sismondis die scharfsinnige Zergliederung der unlösbaren Widersprüche der modernen Produktionsweise, von den anfänglichen Weggenossen aus der Hegelschen Linken, besonders von Feuerbach, den Humanismus und die Philosophie der Tat, von den zeitgenössischen politischen Arbeiterparteien – den französischen Reformisten und den englischen Chartisten – die Bedeutung des politischen Kampfes für die Arbeiterklasse, vom französischen Konvent, von Blanqui und den Blanquisten die Lehre von der revolutionären Diktatur, von St. Simon, Fourier und Owen den ganzen Inhalt ihrer sozialistischen und kommunistischen Zielsetzung: die totale Umwäl-

zung der Grundlagen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft, die Beseitigung der Klassen [...] und die Verwandlung des Staats in eine bloße Verwaltung der Produktion.“ (*Pass 819f.*)

Mit Korsch's Marx-Biographie verteidigt Benjamin die Arbeitswerttheorie gegen Georg Simmel. Dessen Kritik des Historischen Materialismus lehnte er als eine „kleinbürgerlich-idealistische Theorie der Arbeit“ ab. Simmel sah nämlich in den Widersprüchen des Kapitalismus ein unaufhebbares Schicksal, die ewige „Tragik der Kultur überhaupt“. „Verdinglichung“, „Entfremdung“, „Warenfetischismus“ gelten Simmel als unumkehrbare gesellschaftliche Realität. Die Vorstellung vom „Fortschritt in der Geschichte“ und damit der Historische Materialismus erscheinen ihm als „Metaphysik“ von der „Selbstbewegung der Idee“. Benjamin hält dagegen fest: „Das moralistische Element kommt als antimaterialistisches dabei sehr klar zur Geltung. [...] Mit diesen Ausführungen macht sich Simmel freilich zum advocatus diaboli, denn er will die in Frage stehende Reduktion der Arbeit auf körperliche nicht einräumen. Es gebe doch auch wertlose Arbeit, die Energieaufwand erfordere: ‚Das bedeutet: Der Wert der Arbeit misst sich nicht an ihrem Quantum, sondern an der Nützlichkeit ihres Ergebnisses!‘ Nun wirft Simmel Marx wie es scheint, eine Verwechslung von Tatbestandsaufnahme und Forderung vor. Er schreibt: Der ‚Sozialismus erstrebt tatsächlich eine [...] Gesellschaft, in der der Nützlichkeitswert der Objekte, im Verhältnis zu der darauf verwendeten Arbeitszeit, eine Konstante bildet.‘“ Für Simmel, der auf eine subjektive Werttheorie ähnlich der Carl Mengers baute, waren Tausch, Zirkulation und individuell private Nutzenschätzungen entscheidend, der Prozess der objektiven Produktion, die Trennung von Kapital und Lohnarbeit allenfalls sekundär relevant. Die blutige Genesis des Kapitalismus, die „ursprüngliche Akkumulation des Kapitals“, bleibt bei Simmel ausgeblendet. Benjamin zitiert aus der „Philosophie des Geldes“ ablehnend Simmels Kritik der Marx'schen Werttheorie, die allenfalls unter den Bedingungen eines „völlig utopischen Zustandes“, in dem statisch „nur das [...] ganz indiskutabel zum Leben Gehörige produziert wird“, Geltung beanspruchen könne: Denn – so Simmel – „wo ausschließlich dies der Fall ist, ist allerdings jede Arbeit genau so nötig und nützlich wie die andere. Sobald man dagegen in die höheren Gebiete aufsteigt,



Karl Korsch (1886–1961)

auf denen einerseits Bedarf und Nützlichkeitschätzung unvermeidlich, individueller, andererseits die Intensitäten der Arbeit schwerer festzustellen sind, wird keine Regulierung der Produktionsquanten bewirken können, dass das Verhältnis zwischen Bedarf und aufgewandter Arbeit überall das gleiche ist.“ (*Pass 810*)⁴

Bertolt Brecht, der Korsch's Werke anfangend mit der gemeinverständlichen „Quintessenz des Marxismus“ und den „Kernpunkten der materialistischen Geschichtsauffassung“ (beide 1922 veröffentlicht) studiert hatte, sah 1934 in einem kurzen Text „über meinen Lehrer“ diesen auf dem Weg in die politisch sektiererische Isolierung, einsetzend nach dem Bruch mit der KPD 1926, verschärft nach den Konflikten mit verschiedenen kleinen linksoppositionellen Gruppen: Korsch „ist sehr für den Kampf, aber er selber kämpft eigentlich nicht. Er sagt, es sei nicht die Zeit dazu. Er ist für die Revolution, aber er selber entwickelt eigentlich mehr das, was entsteht. [...] Ich glaube, er ist furchtlos. Was er aber fürchtet ist das Verwickeltwerden in Bewegungen, die auf Schwierigkeiten stoßen. Er hält ein wenig zu viel auf seine Integrität, glaube ich. Auch beim Proletariat wäre er wohl nur ein Gast. Man weiß nicht, wann er abreist. Seine Koffer stehen immer gepackt. Mein Lehrer ist sehr ungeduldig.“

In der Einschätzung der Entwicklung der Oktoberrevolution gingen Brecht und der zunehmend antisowjetische Korsch konträr auseinander. Korsch sprach von Brecht als einem Vertreter „des zweiten Aufgebots des Leninismus“, der als „Hofdichter der russischen Revolution“ Hegels Anhebung der preußischen Staatsräson auf das Niveau

der philosophischen Vernunft wiederhole. Brecht hingegen hat die Teilnahme am organisiert politischen Kampf der Sowjetunion – fern der intellektuellen Vereinzelung – für notwendig gehalten. Brecht drängte Korsch im Jänner 1937, er möge seine Marx-Biographie rasch veröffentlichen: „Die Gefahr übrigens, dass Sie als Galshüter bezeichnet werden könnten, anscheinend ein Alpdruck Ihrer Nächte, ist außerordentlich gering.“ Dass Korsch seine Thesen vom revolutionären Marxismus als einer geschichtlich an die Periode der bürgerlichen Revolutionen bis 1848/71 gebundenen Theorie nur verdeckt äußerte, begrüßte Brecht sehr: „Ich finde nach wie vor die Zurückhaltung, die Sie sich auferlegen (in der Kritik Marxens) durchaus weise. Seine Kritik (ganz und gar abgeleitet aus der historischen Epoche) behält so ihren methodischen Wert.“ Gegen Korsch gerichtet fügte Brecht an, dass der Marxismus seinen revolutionären Charakter auch unter den Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus „in einem Land“ und der weltweiten nationalistischen Befreiungskämpfe wahr: „Auch die nationale Form, in der die Union zum Entscheidungskampf anzutreten hat, entwickelt sie. Schließlich ist da auch der Klassencharakter der internationalen Politik. Der Welt-Bürgerkrieg.“⁵

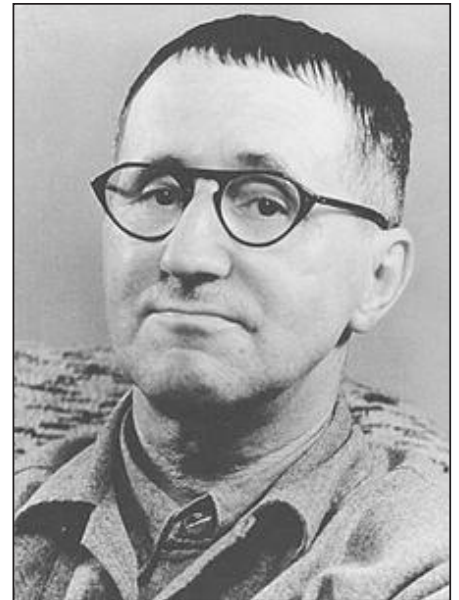
An Paul Mattick schreibt Karl Korsch im März 1939 über die dialektische Philosophie: „Es ist doch eine Schande, dass der von der Bourgeoisie überwundene Unsinn eines echt ‚deutschen‘ Mystikers von vor über 100 Jahren, der im besten Fall verzerrt das Erlebnis der großen bürgerlichen Revolution von 1789–1830 widerspiegelte, heute noch u. wieder die Aktivität der Arbeiter und ihr klares Denken behindert!“ Aus der gemeinsamen Zeit in Skovsbostrand mag Benjamin Brechts Korsch-Kritik mitverfolgt haben. In welchem Umfang Benjamin Korsch Kritik an der Dialektik, die Sicht von der historischen Bedingtheit der Marxschen Theorie oder dessen Auffassung vom Übergang des Marxismus von der revolutionären Theorie (vor 1848 bzw. vor 1871) hin zu einem System einer „wissenschaftlichen Weltauffassung“ kannte, ist unklar. Ob Benjamin etwa Korsch in kleiner Auflage vervielfältigte Thesen über die „Krise des Marxismus“ zugänglich waren, wonach die Marx-Engels'sche Theorie spätestens nach der Niederlage der Pariser Kommune unter den Bedingungen der II. Internationale als auf eine mechanistische Geschichtslogik abstellende „kautskyani-

sche Marx-Orthodoxie“ objektiv reformistisch wurde, ist ebenfalls nicht belegt.⁶

Benjamin verfolgte Korsch's Sicht wohl über Arthur Rosenbergs „Geschichte des Bolschewismus“, als deren begeisterter Leser er sich im Herbst 1932 in Briefen an Adorno und Scholem zeigte. (*WB-Briefe IV, 127, 140*) Der Althistoriker Arthur Rosenberg (1889–1943), der die KPD ebenfalls nach Parteigängerschaft für die „ultralinke Zentrale“ 1927 verlassen hatte, vertrat Korsch analog Thesen vom (angeblichen) Funktionswandel des Marxismus in der reformistisch dominierten, 1914 vor dem Imperialismus kapitulierenden Internationale von 1889: „So verwandelte sich der Marxismus aus der Revolutionstheorie, mit der die radikalsten Köpfe der bürgerlichen Intelligenz die Arbeitermasse vorwärtstreiben wollten, in eine Berufsideologie, mit deren Hilfe die klassenbewussten Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ihre Position behaupten und verbessern. Diese Umwandlung des Marxismus von 1848 zur II. Internationale war ein großer Fortschritt in der Selbsttätigkeit und dem Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse, aber es war zugleich ein entscheidender Rückschritt auf dem Wege der Revolution. [...] So fand der revolutionäre Marxismus von 1848 seine Fortsetzung im Russland des Zaren. Im Jahre 1893 kam der junge Revolutionär Lenin von der Wolga nach Petersburg, um dort das Testament von Marx zu vollstrecken.“ In Russland konnte sich die revolutionäre Theorie von Marx und Engels in den 1890er Jahren nach Rosenberg neu entfalten, da in Russland sogar die bürgerliche Revolution noch überfällig war.⁷

Gustav Mayer

Akribisch hat Benjamin nach 1934 Gustav Mayers Friedrich Engels-Biographie ausgewertet. Möglicherweise ist er Mayer aus zufälligem Anlass Ende 1937 in Paris auch persönlich begegnet. (*WB-Briefe V, 616*) Gustav Mayer (1871–1948) stand als von den rechten Universitätsprofessoren Missachteter der reformistischen Sozialdemokratie nahe. Der erste (bis 1851 reichende) Band von Mayers Engels' Biographie konnte 1919 nach der Novemberrevolution erscheinen. Der abschließende zweite Band war 1933 fertig gestellt. Mayer trat den Exponenten der Arbeiterbewegung unter dem methodischen Motto einer „Synthese von Ranke und Marx“ mit liberaler Sympathie entgegen. Auch wenn Mayer die „leidenschaftliche“ Parteinahme eines Franz Mehring missen ließ, ist allein „schon die



Bertolt Brecht (1898–1956)

glückliche Vollendung dieses aus zwanzigjährigem Quellenstudium hervorgegangenen Werkes, die durch solche Schicksalsschläge wie den Ausbruch des Weltkrieges, die Spaltung der einheitlichen marxistischen Bewegung und ihre schließliche Vernichtung durch den Sieg des Hitler'schen Antimarxismus immer wieder unterbrochen, gehemmt und vereitelt worden ist“, Ausdruck einer politischen Haltung, eines „unablässigen auch praktischen Kampfes“, – urteilte Karl Korsch.

Mit Mayers Biographie studierte Benjamin die sozialistische Agitation deutscher Handwerksgehilfen im Paris der 1840er Jahre, das Eintreten von Marx und Engels in die politische Arbeit in Paris und Brüssel, das Verhältnis zum utopischen, zum „wahren“ Sozialismus, zu Fouriers Zivilisationskritik, zu Etienne Cabet oder zu Wilhelm Weitling und Karl Grün, das Entstehen des „kommunistischen Manifests“ unter Abstreifung der Katechismusform, auch das Ende der „heiteren“ Pariser Februarrevolution mit ihrer scheinbar allgemeinen Brüderlichkeit ohne Klassegegensätze, die im Mai und Juni 1848 in offenen Feldschlachten ein von der Blanc'schen Nationalwerkstättenillusion, von der Losung „Recht auf Arbeit“ getäuschetes, folglich kaum bewaffnetes Proletariat vorfinden: „Die Granaten Cavaignacs hatten die unüberwindliche Pariser Heiterkeit in die Luft gesprengt; die Marseillaise und der Chant du Départ waren verstummt, nur die Bourgeois summten noch ihre Mourir pour la Patrie zwischen den Zähnen, die Arbeiter, brotlos und waffenlos, knirschten in verhaltenem Groll.“

Mit Mayer verfolgte Benjamin die Auseinandersetzung von Marx und En-

gels mit der Pariser Kommune 1871, ihre anfänglichen Zweifel am Aufstandsversuch, ihre Kritik der Militärtaktik, ihre Einschätzung der kommunistischen Strömungen, der Proudhonisten, der Blanquisten. Von Mayer ausgehend las Benjamin Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“: „1884 gestand Engels Bernstein, dass in Marxens Schrift ‚die unbewußten Tendenzen der Kommune ihr als mehr oder weniger bewußte Pläne zugute gebracht‘ seien, und er fügte hinzu, dass dies ‚unter den Umständen gerechtfertigt, selbst nötig‘ gewesen wäre. Die Mehrheit der Teilnehmer an dem Aufstande hatte aus Blanquisten bestanden, also aus national gesinnten Revolutionären, die auf die unmittelbare politische Aktion und auf eine aus wenigen entschlossenen Männern bestehende autoritäre Diktatur ihre Hoffnung setzten. Der Internationale hatte nur eine Minderheit angehört, die noch dazu der Geist Proudhons beherrschte und die man deshalb nicht als soziale Revolutionäre, geschweige als Marxisten bezeichnen durfte.“ (*Zahlreiche Stellen aus Gustav Mayers Engels-Biographie, 2 Bd., Berlin 1933 zitiert: Pass 758, 784, 885–888, 953f.*)

Die materialistische Geschichtsmethode, wie sie Friedrich Engels in „Spätbriefen“ erläutert hat, zeichnete Benjamin nach Gustav Mayers Abschnitt über die „Geschichtsauffassung“. Was sich in den „Passagen“ angedeutet findet, hat Benjamin im „Eduard Fuchs“ und in den so genannten Thesen „über die Geschichte“ expliziert, so die Kritik am Schein selbstständig, ungebrochen kontinuierlich kultureller oder ideologischer Geschichte, wie Engels am 14. Juli 1893 an Franz Mehring geschrieben hatte: „Es ist dieser Schein einer selbständigen Geschichte der Staatsverfassungen, der Rechtssysteme, der ideologischen Vorstellungen auf jedem Sondergebiete, der die meisten Leute vor allem blendet. Wenn Luther und Calvin die offizielle katholische Religion, wenn Hegel den Fichte und Kant, Rousseau indirekt mit seinem *contrat social* den konstitutionellen Montesquieu ‚überwindet‘, so ist das ein Vorgang, der innerhalb der Theologie, der Philosophie, der Staatswissenschaft bleibt, eine Etappe in der Geschichte dieser Denkgebiete darstellt und gar nicht aus dem Denkgebiete herauskommt. Und seitdem die bürgerliche Illusion von der Ewigkeit und Letztinstanzlichkeit der kapitalistischen Produktion dazugekommen ist, gilt ja sogar die Überwindung der Merkantilisten durch die Physiokraten und Adam Smith als ein bloßer Sieg des Ge-

dankens, nicht als der Gedankenreflex veränderter ökonomischer Tatsachen, sondern als die endlich errungene richtige Einsicht in stets und überall bestehende tatsächliche Bedingungen.“ (*WBGS II/2, 466, auch Pass 585f. – MEW 39, 97 – jeweils zitiert nach Gustav Mayer: Friedrich Engels II, 450f.*)

Benjamin wandte sich davon ausgehend 1937 im „Eduard Fuchs“ scharf gegen eine kontemplativ verstehende historische Geschichtswissenschaft im Sinn des Rankeschen „wie es gewesen ist“: „Je besser man die Sätze von Engels bedenkt, desto klarer wird, dass jede dialektische Darstellung der Geschichte erkaufte wird durch den Verzicht auf eine Beschaulichkeit, die für den Historismus bezeichnend ist. Der historische Materialist muss das epische Element der Geschichte preisgeben. Sie wird ihm Gegenstand einer Konstruktion, deren Ort nicht die leere Zeit, sondern die bestimmte Epoche, das bestimmte Leben, das bestimmte Werk bildet. Er sprengt die Epoche aus der dinghaften ‚geschichtlichen Kontinuität‘ heraus, so auch das Leben aus der Epoche, so das Werk aus dem Lebenswerk.“ (*WBGS II/2, 468*) Der Historische Materialismus setzt die geschichtlichen Kräfte frei, die der Historismus mit seinen elenden Prinzipien vom „Es-war-einmal!“ oder vom „Die Wahrheit wird uns nicht davon laufen!“ in einem „ewigen Bild der Vergangenheit“ bindet und passiv ruhig legt, wie es in Benjamins nachgelassenen Thesen über die Geschichte aus 1940 heißt: „Vergangenes historisch artikulieren heißt nicht, es erkennen ‚wie es denn eigentlich gewesen ist‘. [...] Dem historischen Materialismus geht es darum, ein Bild der Vergangenheit festzuhalten, wie es sich im Augenblick der Gefahr dem historischen Subjekt unversehens einstellt. Die Gefahr droht sowohl dem Bestand der Tradition wie ihren Empfängern. Für beide ist sie ein und dieselbe: sich zum Werkzeug der herrschenden Klasse herzugeben. In jeder Epoche muss versucht werden, die Überlieferung von Neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen.“ Ein Vertreter des Historischen Materialismus muss dem einführenden, bürgerlich rankeanischen Historismus widersprechen, der nur die Perspektive der Herrschenden nachempfendet: „Die Einfühlung in den Sieger kommt demnach den jeweils Herrschenden allemal zugut.“ Der Historische Materialismus überlässt dem bürgerlichen Historismus „das ‚ewige‘ Bild der Vergangenheit“: „Er überlässt



Walter Benjamin (1892–1940)

es ändern, bei der Hure ‚Es war einmal‘ im Bordell des Historismus sich auszugeben. Er bleibt seiner Kräfte Herr: Manns genug, das Kontinuum der Geschichte aufzusprengen.“ (*WBGS I/2, 695f., 702*)

Mit dem Historischen Materialismus lehnt Benjamin die bürgerliche Kulturgeschichtsschreibung als „eine scheinhafte und von einem falschen Bewusstsein gestiftete“ ab. Mit ihrer triumphalistischen Präsentation von Kulturgütern macht sie deren Herkunft aus Ausbeutung und Raubzügen unkenntlich. In den parallel bis 1940 entstehenden Thesen über die Geschichte wiederholt Benjamin beinahe wörtlich das 1937 im „Fuchs“ Geschriebene: „Denn was er (der historische Materialist – Anm.) an Kulturgütern überblickt, das ist ihm samt und sonders von einer Abkunft, die er nicht ohne Grauen bedenken kann. Es dankt sein Dasein nicht nur der Mühe der großen Genien, die es geschaffen haben, sondern auch der namenlosen Fron ihrer Zeitgenossen. Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein. Und wie es selbst nicht frei ist von Barbarei, so ist es auch der Prozess der Überlieferung nicht, in der es von dem einen an den andern gefallen ist.“ (*WBGS I/2, 695–697, 702⁸; analog zuvor im ‚Eduard Fuchs‘ WBGS II/2 476f.*)

Auch ein bürgerlicher Geschichtspräsident wie Karl Lamprecht, der der materialistischen Geschichtsauffassung am nächsten gekommen sei, ist dem Elend des schön, beschaulich affirmativen kulturgeschichtlichen Scheins, dem der Blick für das destruktiv Katastrophale fehlt, nicht entgangen, wie Benjamin un-

ter Berufung auf eine Lamprecht-Besprechung von Franz Mehring (1898 in der „Neuen Zeit“ erschienen) festhält, – ja zu ihrem Unglück nicht einmal die sozialistische Bildungsarbeit: Die Kulturgeschichte „vermehrt wohl die Last der Schätze, die sich auf dem Rücken der Menschheit häufen. Aber sie gibt ihr die Kraft nicht, diese abzuschütteln, um sie dergestalt in die Hand zu bekommen. Das gleiche gilt von der sozialistischen Bildungsarbeit um die Jahrhundertwende, welche die Kulturgeschichte zum Leitstern hatte.“ (*WBG II/2, 477f.*)⁹

In den ersten Exiljahren hat Benjamin auch Carl Grünbergs und Henryk Grossmanns Artikel über „Sozialismus und Kommunismus“ gelesen. Grossmann hatte 1933 diesen Artikel des ehemaligen Direktors des *Frankfurter Instituts für Sozialforschung* Grünberg für eine Neuauflage von Ludwig Elsters „Wörterbuch der Volkswirtschaft“ um einen Abschnitt über die Fortentwicklung und Durchsetzung des Marxismus in der Arbeiterbewegung ergänzt und diesen Zusatzbeitrag auch separat unter dem Titel „Fünfzig Jahre Kampf um den Marxismus“ herausgegeben. (*Vgl. Pass 800*) Henryk Grossmann, bekannt durch seine Beiträge zum Streit über die Marx'schen Reproduktionsschemata über die Grenzen der kapitalistischen Akkumulation, vertritt 1932/33 die These, dass etwa Kautskys „orthodoxe“ Verteidigung des Marxismus gegen den Bernstein'schen Revisionismus um 1900 eine solche ohne jeden Klassenkampfgeist unter Abbrechen aller revolutionären Spitzen in Marx' Theorie, vor allem eine hilflose unter Verschweigen von Marxens Diktatur der Arbeiterklasse gewesen war. Erst Lenin und Rosa Luxemburg haben den Marxismus revolutionär erneuert: „Die Eroberung der Macht ist [bei Kautsky] in absolutes Dunkel gehüllt. Die Diktatur des Proletariats ist nicht einmal erwähnt, wodurch die politische Seite des Marxismus geradezu enthauptet war, bis sie Lenin nach einem Vierteljahrhundert wieder rekonstruierte.“ Grossmann griff den „Reformismus in marxistischer Verhüllung“, die „Neo-Harmoniker“ Otto Bauer oder Rudolf Hilferding scharf an.¹⁰

Für den Marx-Abschnitt benützte Benjamin auch Hugo Fischers ganz anders gelagertes Buch „Karl Marx und sein Verhältnis zu Staat und Wirtschaft“ (1932) mit seiner romantisch-irrationalistischen Rede von der Technik als dem tragischen Geschick des „19. Jahrhunderts“, wovon Fischers Interesse an Marx' „Verdinglichung“ herrührte. Fi-

scher hält Marx nur für einen begrenzt zulänglichen Kulturkritiker der bürgerlichen Zivilisation, da sich Marx zu sehr auf einen „Ökonomismus“ gestützt habe: „In der Öde des 19. Jahrhunderts ist, nach Marx, die Technik die einzige Lebenssphäre, in der sich der Mensch in der Mitte einer Sache bewegt.“ (*Pass 278, 804*) Der zum „nationalrevolutionären“ Milieu zählende Leipziger Privatdozent Hugo Fischer (1897–1975) löste die scheinbare Anerkennung des Historischen Materialismus in eine Parallelisierung von Marx und Nietzsche auf. Georg Lukács urteilte 1933 über Fischers Buch als eine lebensphilosophische Verzerrung von Marx: „Es ist klar, dass dann für Hugo Fischer die Entstehung des Kapitalismus aus dem Begriff der Dekadenz mythisch abgeleitet wird und dass für ihn der Ausweg aus dem Kapitalismus jene leer-aufgeregte, hysterische Form der ‚Tat‘ um jeden Preis ist, den wir bei seinem Lehrer [Hans] Freyer beobachten konnten.“¹¹

Im Emigranten Alfred Sohn-Rethel sah Benjamin einen wichtigen Theoretiker einer dialektischen Gesellschaftstheorie. Mit Bezug auf ein Exposé Sohn-Rethels zu einer materialistischen Theorie der Erkenntnis schrieb er im März 1937 an den nicht zustimmenden Max Horkheimer: „Mir erscheinen unter seinen (Sohn-Rethels, Anm.) Thesen die beiden wichtigsten: die Ableitung des Warenaustauschs aus der Ausbeutung und die Ableitung des rein theoretischen Denkens aus der Warenwirtschaft.“ (*WB-Briefe V, 492f.*)

Nach der Lektüre von Norbert Elias' „Über den Prozess der Zivilisation“ schrieb Benjamin diesem im Mai 1938, er müsse sich der „Alternative zwischen der idealistischen Geschichtsauffassung und der des dialektischen Materialismus“ stellen. Und knapp einen Monat später plädierte Benjamin gegenüber Elias noch einmal für den Historischen Materialismus: „Aber was man unter Sozialpsychologie zu verstehen hat, das entscheidet sich meiner Ansicht nach erst auf dem Grundriss einer Gesellschaftstheorie, die zu ihrem vornehmlichsten Gegenstande die Klassengegensätze – das heißt die in der jeweiligen Gesellschaft herrschenden Formen der Ausbeutung der Arbeit einer Mehrheit durch eine Minderheit – gemacht hat.“ (*WB-Briefe VI, 78, 103*)¹²

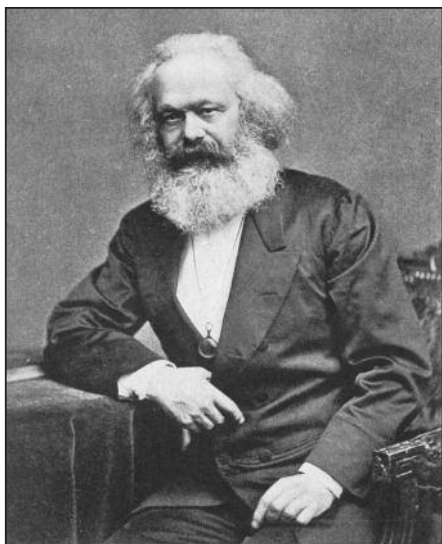
Benjamins Marx-Studium

Die seit Anfang der 1930er Jahre erstmals edierten Marx'schen „Frühschriften“, die so genannten „ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ (1844), wa-

ren Benjamin an Hand der Textausgabe von Landshut-Mayer (1932) zugänglich. Trotz des fragmentarisch unvollständigen Charakters der „Pariser Manuskripte“ schossen unmittelbar nach deren Wiederentdeckung Anfang der 1930er Jahre unzählige Marx-Deutungen aus dem Boden, so die Rede vom „jungen“, „humanistischen“ oder „existentialistischen“ Marx, dem „philosophischen Marx“ der Entfremdung.¹³

Benjamin notierte Stellen zur Natur als gesellschaftlicher Kategorie, zur „Selbstentfremdung“: „Der Arbeiter produziert das Kapital, das Kapital produziert ihn, er also sich selbst, und [...] seine menschlichen Eigenschaften [...], insofern sie für das ihm fremde Kapital da sind. Der Arbeiter ist nur als Arbeiter da, sobald er für sich als Kapital da ist und er ist nur als Kapital da, sobald ein Kapital für ihn da ist. Das Dasein des Kapitals ist sein Dasein [...]. Die Produktion produziert den Menschen [...] als ein [...] entmenschetes Wesen.“ Benjamin vermerkt einige Marx-Stellen zur Aufhebung des Privateigentums: „Die positive Aufhebung des Privateigentums als die Aneignung des menschlichen Lebens, ist [...] die positive Aufhebung aller Entfremdung, also die Rückkehr des Menschen aus Religion, Familie, Staat etc. in sein menschliches d.h. gesellschaftliches Dasein.“

Im Sinn von Marx' Pariser Manuskriptnotiz: „Die Arbeit produziert Wunderwerke für die Reichen, aber sie produziert Entblößung für den Arbeiter. Sie produziert Paläste, aber Höhlen für den Arbeiter. Sie produziert Schönheit, aber Verkrüppelung für den Arbeiter.“ übernahm Benjamin die Stelle, wonach die Wohnhöhle des Urmenschen für den Proletarier nun die vom „mephytischen Pesthauch“ durchzogene Miethöhle unter kapitalistischen Bedingungen ist: „Wir haben [...] gesagt, dass der Mensch zu der Höhlenwohnung etc. aber zu ihr unter einer entfremdeten, feindseligen Gestalt zurückkehrt. Der Wilde in seiner Höhle [...] fühlt sich [...] heimisch [...] Aber die Kellerwohnung des Armen ist eine feindliche, als fremde Macht an sich haltende Wohnung, die sich ihm nur hingibt, sofern er seinen Blutschweiß ihr hingibt, die er nicht als seine Heimat, – wo er endlich sagen könnte, hier bin ich zu Hause – betrachten darf, wo er sich vielmehr in dem Haus eines andern [...] befindet, der täglich auf der Lauer steht und ihn hinauswirft, wenn er nicht die Miete zahlt.“ (*Pass 277, 295, 801f. – MEW Ergänzungsband I, 513, 523f. 537, 540, 543, 548, 554*)



Karl Marx (1818–1883)

Die Marx-Engels'sche „Deutsche Ideologie“, 1845/46 entstanden, ebenfalls erst seit kurzem im Weg des Moskauer „Marx-Engels-Archivs“ und der „ersten MEGA“ vollständig vorliegend, exzerpierte Benjamin mit Blick auf den „Ursprung des falschen Bewußtseins“: „Die Teilung der Arbeit wird erst wirklich Teilung von dem Augenblicke an, wo eine Teilung der materiellen und geistigen Arbeit eintritt. Von diesem Augenblicke an kann sich das Bewußtsein wirklich einbilden, etwas Andres als das Bewußtsein der bestehenden Praxis zu sein, wirklich etwas vorzustellen, ohne etwas Wirkliches vorzustellen – von diesem Augenblicke an ist das Bewußtsein imstande, sich von der Welt zu emanzipieren und zur Bildung der ‚reinen‘ Theorie, Theologie, Philosophie, Moral etc. überzugehen.“ (Pass 800f., MEW 3, 31)

Zur Kritik der Linkshegelianer entnimmt er die Stelle über das von Massenverachtung angetriebene, erledigte „kritische Bewusstsein“ Bruno Bauers: „Der heilige Kirchenvater wird sich doch sehr verwundern, wenn der jüngste Tag [...] über ihn hereinbricht – ein Tag, dessen Morgenrot der Widerschein brennender Städte am Himmel ist, wenn unter diesen ‚himmlischen Harmonien‘ die Melodie der Marseillaise und Carmagnole mit obligatem Kanonendonner an sein Ohr hallt und die Guillotine dazu den Takt schlägt; wenn die verruchte ‚Masse‘ ca ira, ca ira brüllt und das ‚Selbstbewußtsein‘ vermittelt der Laterne aufhebt.“ (Pass 801, MEW 3, 70f.)

An Hand der „Heiligen Familie“ (1845) deutet Benjamin den Übergangsscharakter des ersten napoleonischen Regimes an, das der Bourgeoisie noch einmal mit den Idealen des „revolutionären Terrorismus“ begegnet war, und das da-

mit die Illusion von der Souveränität der Staatsmaschinerie gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Verwertungslogik aufrecht erhalten will: „Aber Napoleon betrachtete zugleich noch den Staat als Selbstzweck und das bürgerliche Leben nur als Schatzmeister und als seinen Subalternen, der keinen Eigenwillen haben dürfe.“ Andererseits erkannte Napoleon schon die Mechanik der bürgerlichen Gesellschaft. Napoleon, der an die Stelle der permanenten Revolution den permanenten Krieg setzte, ahnte schon, dass der moderne Staat nur auf der „ungehinderten Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft“, auf „der freien Bewegung der Privatinteressen“ ruht. (Pass 939, MEW 2, 130f.)

Für die Baudelaire-Essays studierte Benjamin in der Pariser Nationalbibliothek Marx' Aufsätze zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ (1850) und den „achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“ (1852). Er verfolgte Marxens Darstellung der Illusionen über die scheinbar aufgehobenen Klassenwidersprüche in der Pariser Februarrevolution. Mit der Republik schienen die Klassen verschwunden, ehe im Juni 1848 die Pariser Arbeiter gelyncht wurden. Benjamin zitiert Marx: „Alle Royalisten verwandelten sich damals in Republikaner und alle Millionäre von Paris in Arbeiter. Die Phrase, welche dieser eingebildeten Aufhebung der Klassenverhältnisse entsprach, war die fraternité, die allgemeine Verbrüderung und Brüderschaft. Diese gemütliche Abstraktion von den Klassengegensätzen, diese sentimentale Ausgleichung der sich widersprechenden Klasseninteressen, diese schwärmerische Erhebung über den Klassenkampf, die fraternité, sie war das eigentliche Stichwort der Februarrevolution. [...] Das Pariser Proletariat schwelgte in diesem großmütigen Fraternitätsrausche.“ (Pass 182f., MEW 7, 21)

Benjamin war beeindruckt von Marxens Schilderung einer Bourgeoisie, die der Profite wegen auf ihre politischen „Freiheiten“ verzichtet, ihre ideologischen Versatzstücke der bonapartistischen Repression überantwortet. Für die Baudelaire-Arbeit wie für die „Passagen“-Exzerpte waren Marxens Beobachtungen zur verkommenen bürgerlichen Gesellschaft, zum Parasitismus des zweiten Bonapartismus maßgeblich: „Leidenschaften ohne Wahrheit, Wahrheiten ohne Leidenschaft, Helden ohne Heldentaten, Geschichte ohne Ereignisse...“. Nur durch Raub, Diebstahl, Meineid kann das Privateigentum, nur durch den reaktionären Staatsstreich die bürgerliche

Ordnung gerettet werden: „Dieses Doppelgesicht des Satans ist Baudelaire durch und durch vertraut. Ihm spricht der Satan nicht nur für die Unteren sondern auch für die Oberen. Marx hätte sich kaum einen besseren Leser für die folgenden Zeilen wünschen können. ‚Als die Puritaner‘, so heißt es im ‚Achtzehnten Brumaire‘, ‚auf dem Konzil von Konstanz über das lasterhafte Leben der Päpste klagten [...], donnerte der Kardinal Pierre d'Ailly ihnen zu: ‚Nur noch der Teufel in eigener Person kann die katholische Kirche retten, und ihr verlangt Engel.‘ So rief die französische Bourgeoisie nach dem Staatsstreich.“ Korrupte werden Sittenwächter und zugleich (Vor-) Denker der (den Faschismus tendenziell vorwegnehmenden) bonapartistischen Gesellschaft, so Benjamin nach Marx' „Brumaire“. (Pass 451–454, 465, WBGS I/2, 525f. – Zitate u.a. MEW 8, 121, 122, 135, 195, 203f., 206f.)

Walter Benjamin trat mit der Marx'schen Klassenanalyse an den Baudelaire-Komplex heran, so über das Elend der überschuldeten Kleinstbauern, die die Massenbasis des Regimes bilden: „Die Lage des Parzellenbauern war in den vierziger Jahren kritisch geworden. Er war verschuldet. Seine Parzelle lag ‚nicht mehr im sogenannten Vaterland, sondern im Hypothekenbuch‘. [...] Damit war der bäuerliche Optimismus, die Grundlage der verklärenden Anschauung der Natur, die Lamartines Lyrik eigen ist, in Verfall geraten.“ Die Bauernjugend, einst die nationale Blüte in der Armee des großen Napoleon, erscheint nun beim dritten Bonaparte als das ländliche Elendsproletariat: „Der Deposedierte taucht unter dem Bild des Heros um diese Zeit noch an anderer Stelle (als bei Baudelaire, Anm.) auf; und zwar ironisch. Das ist der Fall bei Marx. Er spricht von den Ideen des ersten Napoleon und sagt: ‚Der Kulminierungspunkt der ‚idées napoléoniennes [...] ist das Übergewicht der Armee. Die Armee war der point d'honneur der Parzellenbauern, sie selbst in Heroen verwandelt.‘ Nun aber, unter dem dritten Napoleon, ist die Armee ‚nicht mehr die Blüte der Bauernjugend, sie ist die Sumpflume des bäuerlichen Lumpenproletariats. Sie besteht größtenteils aus Remplacants [...], wie der zweite Bonaparte selbst nur Remplacant, der Ersatzmann für Napoleon ist.“ Benjamin gibt das Bild der mit „verarmten Bauern besetzten Blechkapellen“ wieder, deren der armen Stadtbevölkerung dargebotene Weisen für den fadenscheinigen neuen Heroismus einer demoralisierten

bürgerlichen Gesellschaft stehen. (*Pass 453, WBGS I/2 533f., 575f. – MEW 8, 203*)

Wichtig für Benjamins Zeichnung des bürgerlichen Bohème, der prahlenden Dandys, der kleinbürgerlich schwankenden Rebellen bzw. des nur zu oft als Polizeiagent agierenden, korrumpiert bestochenen Verschwörers, kurz für die Deutung von Baudelaires „Metaphysik des Provokateurs“ war eine 1850 veröffentlichte Besprechung: Marx rechnet der Bohème „die Verschwörer von Beruf zu, mit denen er sich in der ausführlichen Anzeige der Memoiren des Polizeiagenten de la Hodde beschäftigt, die 1850 in der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ erschienen ist. [...] Ihn umreißt Marx wie folgt: ‚Mit der Ausbildung der proletarischen Konspiration trat das Bedürfnis der Theilung der Arbeit ein; die Mitglieder theilten sich in Gelegenheitsverschwörer, conspirateurs d’occasion, d.h. Arbeiter, die die Verschwörung nur neben ihrer sonstigen Beschäftigung betrieben, nur die Zusammenkünfte besuchten und sich bereit hielten, auf den Befehl der Chefs am Sammelplatz zu erscheinen, und in Konspirateure von Profession, die ihre ganze Thätigkeit der Verschwörung widmeten und von ihr lebten [...]. Die Lebensstellung dieser Klasse bedingt schon von vornherein ihren ganzen Charakter [...] Ihre schwankende, im Einzelnen mehr vom Zufall als von ihrer Thätigkeit abhängige Existenz, ihr regelloses Leben, dessen einzig fixe Stationen die Kneipen der Weinhändler sind – die Rendezvoushäuser der Verschworenen – ihre unvermeidlichen Bekanntschaften mit allerlei zweideutigen Leuten rangiren sie in jenem Lebenskreis, den man in Paris la bohème nennt.“

Der kleinbürgerliche Typ des Agenten, dem es nur um die Scheinrevolte an sich zu tun ist, widerspricht in allem dem wirklich revolutionär konspirativen Charakter eines Auguste Blanqui. Die ersten stürzen sich nach Marx nur „auf Erfindungen“, auf „revolutionäre Wunder“, auf „Brandbomben, Zerstörungsmaschinen von magischer Wirkung, Emeuten, die umso wunderthätiger und überraschender wirken sollen, je weniger sie einen rationellen Grund haben“. Das Handeln der Massen verachten sie. Mit „Projektenmacherei“ beschäftigt, verweigern sie auch die „theoretische Aufklärung der Arbeiter über ihre Klasseninteressen“. (*Pass 747-749, WBGS I/2, 513f. – Vgl. MEW 7, 266-280*)¹⁴

Diese Intellektuellenmilieus ergeben sich in kultivierter „Langeweile“, der Benjamin die Arbeitsmonotonie und Sisy-

phus-Qualen der Arbeiterklasse gegenüberstellt. Die Langeweile der kleinbürgerlichen Intelligenz ist jener quälenden des Proletariats am Fließband entgegen gesetzt. Benjamin erläutert dies unter Rückgriff auf Marx’ „Kapital“ und auf Friedrich Engels’ „Lage der arbeitenden Klasse in England“. Die Fabrikarbeit ist der „ökonomische Unterbau der ideologischen Langeweile der Oberklassen“ – so Benjamins Schlussfolgerung: „Der trübselige Schlendrian einer endlosen Arbeitsqual, worin derselbe mechanische Process immer wieder durchgemacht wird, gleicht der Qual des Sisyphus; die Last der Arbeit, gleicht dem Felsen, fällt immer wieder auf den abgematteten Arbeiter zurück.“ (*Pass 162 als Zitat aus Engels: MEW 2, 398, vgl. auch MEW 23, 445*)

Aus David Rjazanovs Sammelbuch „Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär“ (1928) entnahm Benjamin Marx’ „Andenken der Juni-Kämpfer“ vom 28. Juni 1848. Benjamin hält jene Stelle fest, an der Marx die bürgerliche Hochschuljugend auf Seite der barbarischen, jede medizinische Hilfe aus Klassenhass verweigernden Repression zeigt: „Damit die letzte Illusion des Volks verschwinde, damit gänzlich mit der Vergangenheit gebrochen werde, mußte auch die gewohnte poetische Zutat der französischen Emeute, die enthusiastische Bourgeoisjugend, die Zöglinge der école polytechnique, die dreikrampigen Hüte auf der Seite der Unterdrücker stehn. Die Zöglinge der medizinischen Fakultät mußten den verwundeten Plebejern die Hilfe der Wissenschaft versagen. Die Wissenschaft existiert nicht für den Plebejer, der das unsagbare, das unsäglich Verbrechen beging, sich einmal für seine eigne Existenz in die Schanze zu schlagen, statt für Louis-Philippe oder für Herrn Marrast.“ Benjamin verweist auf die brutale Liquidierung der Arbeiterkader nach dem Juni-Aufstand: „Aber die Plebejer, vom Hunger zerrissen, von der Presse geschmäht, von den Ärzten verlassen, von den Honetten Diebe gescholten, Brandstifter, Galeerensklaven, ihre Weiber und Kinder in noch grenzenloseres Elend gestürzt, ihre besten Lebnen über die See deportiert - ihnen den Lorbeer um die drohend finstere Stirn zu winden, das ist das Vorrecht, das ist das Recht der demokratischen Presse.“ (*Pass 886f., 987 – MEW 5, 133-137*)

Nach dem ständig benützten Rjazanov-Bändchen hält Benjamin im weiteren Marx’ Rede zur 1848er Revolution auf der Jahresfeier der Chartistenzeitung *People’s Paper* am 14. April 1856 in

London fest, abschließend die Arbeiterklasse zum Rächer der kapitalistischen Ausbeutung erklärend: „Im Mittelalter gab es in Deutschland ein geheimes Gericht, Femgericht genannt. Es existierte, um die Untaten der herrschenden Klasse zu rächen. Wenn man ein Haus mit einem roten Kreuz gezeichnet fand, so wußte man, daß der Besitzer von der Feme verurteilt war. Alle Häuser Europas sind jetzt mit dem geheimnisvollen roten Kreuz gezeichnet. Die Geschichte ist der Richter – ihr Urteilsvollstrecker der Proletarier.“ (*Pass 888 – MEW 12, 3f.*)

Auch David Rjazanov selbst als Erforscher der Geschichte des Sozialismus war für Benjamin wichtig, so dessen Aufsätze zur „Ersten Internationale“ (IAA), mit Überlegungen zum Scheitern des bonapartistischen „Imperialsozialismus“: Die Krise von 1857 macht alle Illusionen der sozialen Massendemagogie Napoleon III. zunichte. Die Löhne sinken. Die Preise, die Mieten steigen. So übernimmt Benjamin Rjazanovs Schilderung kleinbürgerlich sozialistischer Ideen von der „Demokratisierung“ der Aktien und anderer Börsenpapiere. (*Pass 720, 863*)

Über die *Zeitschrift für Sozialforschung* (5. Band) ist Benjamin auf Marx’ „Fragebogen für französische Arbeiter“ aus dem Jahr 1880 gestoßen. Hilde Weiss, Mitarbeiterin Erich Fromms, veröffentlichte hier 1936 den Aufsatz „Die ‚Enquete Ouvrière‘ von Karl Marx“. Benjamin interessiert sich für die bevorzogene bürgerliche Arbeiterforschung mit ihrer einschüchternden Philanthropie, mit ihrem Ziel der sozialen Harmonie, mit ihrer moralischen Gesellschaftskritik, die bloß den „Sittenverfall“ beklagt, nicht das Lohnarbeitsverhältnis, mit der politischen Absicht, den Erfolg von Wohltätigkeitseinrichtungen, von „edlem“ Verhalten insgesamt zu belegen, also für jene antisozialistischen Umfragen, die jedes eigenständig politisch sozialistische Agieren der Arbeiterklasse verhindern sollten: Die Reichen sollen Almosen geben. Die Armen sollen geduldig ergeben, elend zufrieden sein. Die nichts zum Sparen haben, sollen sparen! Dieser frühen bürgerlichen Sozialforschung galten sogar die englischen Fabrikinspektorenberichte als gefährlich. Benjamin notiert zum paternalistischen Zug dieser Forschungsmethode: „Le Play z.B. empfiehlt Besuche in Arbeiterfamilien, ‚wobei man sich der Empfehlung einer sorgfältig ausgesuchten Autorität bedient‘; er rät zu äußerst diplomatischem Verhalten den einzelnen Familienmitgliedern gegenüber, ja zur Zahlung kleiner Entschädi-

gungssummen oder zur Verteilung von Geschenken“. Marx berichtet 1880, dass die Arbeiter mit dieser Art der sozialen Recherche gegen den Einsatz für verkürzte Arbeitstage mobilisiert werden sollten. Marx' für die französischen Genossen ausgearbeiteter Fragebogen hingegen wollte sozialistisch erzieherisch wirken, auch wenn es im Ergebnis nur wenige Rückmeldungen gab – u.a. wurden zu viele Fragen gestellt, zu wenig proletarische Lesemöglichkeiten waren vorhanden: Wer kontrolliert soziale Minimalgesetze? Wie werden Löhne versteckt gekürzt? Durch Trucksysteme? – Welche Folgen hat Vertragsbruch für die Arbeiter, welche für die Unternehmer? Politische Fragen sollten die im Proletariat vorhandene Staatsgläubigkeit erschüttern. (*Pass 883 – Vgl. MEW 19, 230–237, sowie Marx' Brief an F.A. Sorge vom 5. November 1880 in MEW 34, 474–478.*)

Benjamins Engels-Studium

Für die Fourier-Sammlung las Benjamin Engels' „Anti-Dühring“ aus 1878. (*Pass 794*) Er kannte auch Engels' „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (1882). Benjamin notiert: „Merkwürdige Äußerung von Engels über die ‚gesellschaftlichen Kräfte‘: ‚Einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der assoziierten Produzenten aus dämonischen Herrschern in willige Diener verwandelt werden.‘ (!)“ (*Pass 581 – jetzt MEW 19, 223*) Mit dem ebenfalls späten „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ (1886) greift Benjamin auf das Studium der „Deutschen Ideologie“ zurück, auf die Kritik von Marx und Engels am „wahren Sozialismus“ aus den Jahren 1845/46. Engels betont, wie wichtig Feuerbachs „Wesen des Christentums“ für die Herausbildung der materialistischen Geschichtsauffassung war. Zugleich war das „Wesen des Christentums“ aber auch die Wurzel eines ethisch halbreligiösen „Liebessozialismus“, etwa der überschwänglichen Phrasen eines Karl Grün, der „an die Stelle der Emanzipation des Proletariats durch die ökonomische Umgestaltung der Produktion, die Befreiung der Menschheit vermitteltst der ‚Liebe‘ setzte, kurz sich in die widerwärtige Bellettristik und Liebesschwulstigkeit verlieh“. (*Pass 714 – vgl. MEW 21, 272*)

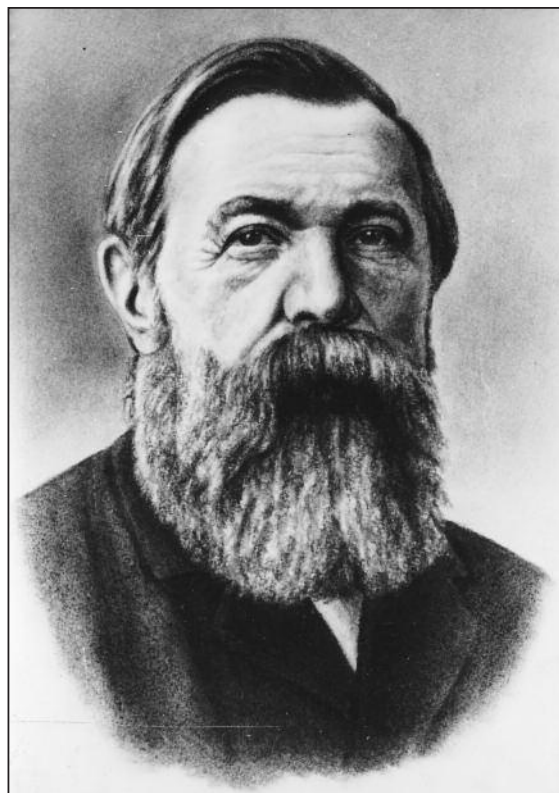
Besonders wichtig waren für Benjamin im Zusammenhang mit dem Komplex „Haussmann oder die Barrikaden“ aber drei Arbeiten von Friedrich Engels: die frühe „Lage der arbeitenden Klasse in

England“ (1845), Engels' „Wohnungsfrage“ (1872) und das späte, nach Engels' Tod umstrittene Vorwort zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“ (1895).

Der junge Engels beobachtet Anfang der 1840er Jahre die städtischen Massen, die Wohnhöhlen Londons. Er sieht, wie die auf die massenhafte Zahl von 50.000 geschätzten Obdachlosen in Londons Arkaden, Passagen vegetieren: „Und diejenigen, die kein [...] Nachtlager bezahlen können? Nun, die schlafen, wo sie Platz finden, in Passagen, Arkaden, in irgendeinem Winkel, wo die Polizei oder die Eigenthümer sie ungestört schlafen lassen.“ (*Pass 94 – MEW 2, 263f.*)

In der „Wohnungsfrage“ hat Engels 1872 dargelegt, dass unter kapitalistischen Bedingungen das Mietelend unablässig reproduziert wird – höhere Mieten, weniger Geld für Nahrungsmittel, usw. Unter bürgerlichen Vorzeichen bedeutet „Lösung“ der Wohnungsfrage in Wirklichkeit, sie immer wieder neu zu erzeugen: „Diese Methode heißt: ‚Haussmann‘.“ (*MEW 18, 260f.*) Unter „Selbstverherrlichung der Bourgeoisie“ werden die alten Elendsgassen niedergewissen. Sie entstehen in einiger Entfernung als noch elendere Wohnlums. Angetrieben von einer gigantischen Wohnspekulation im bonapartistischen Paris des Präfekten Haussmann werden die Proletarier verdrängt. Die Arbeiter werden in wurzellos isolierte Ghettos vertrieben. Im „Passagen“-Projektplan formuliert Benjamin in Anknüpfung an Engels: „Haussmann versucht seine Diktatur zu stützen und Paris unter ein Ausnahmeregime zu stellen. 1864 bringt er in einer Kammerrede seinen Hass gegen die wurzellose Großstadtbevölkerung zum Ausdruck. Diese vermehrt sich durch seine Unternehmungen ständig. Die Steigerung der Mietpreise treibt das Proletariat in die faubourgs.“

Mit Engels' spätem Vorwort zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“ legte Benjamin auch den militärtaktischen Grund Haussmann'scher „Stadtplanung“ in Vorbereitung künftiger Bürgerkriege gegen das Proletariat dar, nämlich die endgültige Verunmöglichung der Barrikade: „Der wahre Zweck der Haussmannschen Arbeiten war die Sicherung



Friedrich Engels (1820–1895)

der Stadt gegen den Bürgerkrieg. Er wollte die Errichtung von Barrikaden in Paris für alle Zukunft unmöglich machen. In solcher Absicht hatte schon Louis-Philippe Holzpflasterung eingeführt. Dennoch spielten die Barrikaden in der Februarrevolution eine Rolle. Engels beschäftigt sich mit der Taktik der Barrikadenkämpfe. Haussmann will sie auf doppelte Art unterbinden. Die Breite der Straßen soll ihre Errichtung unmöglich machen und neue Straßen sollen den kürzesten Weg zwischen den Kasernen und Arbeitervierteln herstellen.“ (*Pass 57*)

Engels, der im Frühjahr 1895 in begleitenden Briefen darauf hinwies, dass seine Einleitung zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ unter den „umsturzvorlagenfurchtsamtlichen Bedenken“ der Berliner Parteigenossen gelitten hat, was ihn in die miesliche Lage gebracht hat, wie ein lächerlich „friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit“ dazustehen, hatte auf die veränderten militärischen und politischen Kampfbedingungen seit 1848 hingewiesen. Die schon 1848 allenfalls noch demoralisierend auf das gegenüberstehende Militär wirkende Barrikade hat durch neue Waffentechniken endgültig allen Nutzen eingebüßt: „Das Höchste, wozu es die Insurrektion in wirklich taktischer Aktion bringen kann, ist die kunstgerechte Anlage und Verteidigung einer einzelnen Barrikade. [...] Selbst in der klassischen Zeit der Straßenkämpfe wirkte [...] die Barrikade mehr mora-

lich als materiell. Sie war ein Mittel, die Festigkeit des Militärs zu erschüttern. Hielt sie vor, bis dies gelang, so war der Sieg erreicht; wo nicht, war man geschlagen.“ (*Pass 182, MEW 22, 520f.*)

Politisch gilt es durch die Anwendung legaler Mittel die Arbeitermassen auf die Seite des Sozialismus zu ziehen, so durch die Anwendung des durch die Manipulationen Napoleon III. oder Bismarcks korrumpierten allgemeinen Stimmrechts. Das heißt aber nicht, auf „das Recht der Revolution“ zu verzichten – so Engels, der wusste, dass die „normale“ legale Entwicklung der sozialistischen Arbeiterorganisationen jederzeit von der Reaktion durch Ausnahme- und Belagerungszustand mit dem Blick auf das nur scheinbar paradoxe bürgerliche Motto „Die Legalität ist unser Tod“ liquidiert werden konnte. Engels, der – wie Kautsky im „Weg zur Macht“ 1909 noch betont – am Ende seines Lebens keineswegs im Sinn eines Sozialreformismus „vernünftig“ geworden war, wollte die Arbeiter nur davor warnen, die offene Feldschlacht gegen ein hoch gerüstetes Militär, noch dazu in den eigenen Wohnvierteln zu wagen. Mit gegenüber 1848 ungeheuer schneller Geschwindigkeit könnten Militärmassen gegen die Arbeiter aus den Kasernen herangekarrt werden: „Und endlich sind die seit 1848 neugebauten Viertel der großen Städte, in langen, graden, breiten Straßen angelegt, wie gemacht für die Wirkung der neuen Geschütze und Gewehre. Der Revolutionär müsste verrückt sein, der sich die neuen Arbeiterdistrikte im Norden und Osten von Berlin zu einem Barrikadenkampf selbst aussuchte.“ Engels fügte an: „Heißt das, dass in Zukunft der Straßenkampf keine Rolle mehr spielen wird? Durchaus nicht.“ Diese und andere Überlegungen über künftige bewaffnete Aufstandsversuche des Proletariats musste Engels auf Druck des sozialdemokratischen Parteivorstandes löschen! (*MEW 22, 522*)

Die proletarisch-militärische Aufstandsfrage im Sinn von Friedrich Engels stand zehn Jahre später in der Russischen Revolution von 1905 wieder auf der Tagesordnung, formuliert von Trotzki oder Lenin. Aus der Niederlage der ersten russischen Revolution schloss Lenin 1906, dass selbst über die reine Form des (politischen) Massenstreiks arbeiter-militärisch hinaus gegangen werden muss: „Und doch hat gerade die Moskauer Dezemberaktion (7. bis 17. Dezember 1905) anschaulich gezeigt, dass sich der Generalstreik als selbständige und hauptsächlich Kampfform überlebt hat,

dass die Bewegung mit elementarer, unwiderstehlicher Gewalt diesen engen Rahmen durchbricht und eine höhere Kampfform, den Aufstand, gebiert.“ Die Arbeiterorganisationen waren aber auf diese Notwendigkeit hin nicht gerüstet: „Der Streik wuchs in den Aufstand hinüber, vor allem unter dem Druck der objektiven Verhältnisse, wie sie sich nach dem Oktober gestaltet hatten. Es war schon nicht mehr möglich, die Regierung durch einen Generalstreik zu überrumpeln, sie hatte bereits die Konterrevolution organisiert, die zu militärischen Aktionen gerüstet war.“ Die Massen begannen sich unmittelbar gegen die Übergriffe des Militärs, der Artillerie, zu verteidigen. Der Moskauer Dezemberaufstand von 1905 hat deshalb nach Lenin die Revolutionäre gelehrt, dass der Massenstreik zum Aufstand fortzuentwickeln ist. Taktisch hat der Moskauer Aufstand Friedrich Engels' 1895 im Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ geübte, auch an Clausewitz geschulte Kritik an der schon 1848 anachronistischen Barrikadenkampfform bestätigt. Die „neue Barrikadentaktik“, die im Moskauer Aufstand aufgeleuchtet hat, ist der Partisanenkrieg.¹⁵

Anmerkungen:

1/ Die seit 1971 in sieben Bänden erschienenen, von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser herausgegebenen „Gesammelten Schriften“ Walter Benjamins werden unter folgender Abkürzung samt Bandangabe zitiert: *WBGS*. Band VI/1–2 dieser „Gesammelten Schriften“, das „Passagen-Werk“, wird mit „*Pass*“ zitiert. Die zwischen 1995 und 2000 in sechs Bänden erschienenen, von Christoph Gödde und Henri Lonitz herausgegebenen „Gesammelten Briefe“ Benjamins werden zitiert als: *WB*-Briefe. Die Ausgabe der „*Marx-Engels-Werke*“ wird mit *MEW* zitiert.

2/ Vgl. Martin Blobel: *Polis und Kosmopolis II. Politik im Kairos: Kritische Revue der politischen Bewegungen im Paris des neunzehnten Jahrhunderts* in Walter Benjamins mittlerem „*Passagenwerk*“, Würzburg 2000, 71–81.

3/ Otto Rühle: *Karl Marx. Leben und Werk*, Hellaer bei Dresden 1928 (Nachdruck Haarlem 1974), hier nach 384f.; Bertolt Brecht: Über die besten Autoren, über die besten Bücher des Jahres (1928/29), in ders.: *Werke 21*, Frankfurt/M. 1992, 256.

4/ Zur Kritik an Simmel verweist Benjamin auf Karl Korsch: *Karl Marx* (1938), Frankfurt/M. 1967, 67–69, ferner hier 61, 205f. Vgl. Georg Simmel: *Philosophie des Geldes*, Berlin 1958, 474, 476–479. Mario Micko sieht in „Walter Benjamin und Georg Simmel“ (Würzburg 2010, 321) hingegen Benjamin in der Linie der Simmel-

schen Marx-Kritik.

5/ Bertolt Brecht: Über meinen Lehrer (1934/35), in: ders.: *Werke 22*. Frankfurt/M. 1993, 45f.; Bertolt Brecht: Briefe an Karl Korsch vom 23. Januar 1937 und vom Frühjahr 1939, in: ders.: *Werke 29*, Frankfurt/M. 1998, 7 und 129–131. Vgl. Werner Mittenzwei: *Das Leben des Bertolt Brecht I*. Frankfurt/M. 1987, 566–576. Zum Streit über das Verhältnis Brecht/Korsch, über Korsch in Brechts „*Me-ti. Buch der Wendungen*“ vgl. Jan Knopf: *Brecht-Handbuch. Lyrik, Prosa, Schriften*. Stuttgart 1984, 460–462.

6/ Karl Korsch: *Briefe 1908-1939*. (=Korsch-Gesamtausgabe 8). Amsterdam 2001, 739. Vgl. Karl Korsch: *Thesen zur Diskussion über „Krise des Marxismus“* (1929), in: ders.: *Krise des Marxismus. Schriften 1928-1935*. (=Korsch-Gesamtausgabe 5), Amsterdam 1996, 141–147.

7/ Arthur Rosenberg: *Geschichte des Bolschewismus* (1932). Frankfurt/M. 1967, 65.

8/ Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, in: ders.: *WBGS I/2*. Frankfurt/M. 1974, 691–704. Jetzt auch historisch-kritisch ediert Walter Benjamin: *Über den Begriff der Geschichte*, hg. von Gérard Raulet. (=Werke und Nachlass. Kritische Gesamtausgabe 19), Berlin 2010.

9/ Walter Benjamin: *Eduard Fuchs, der Sammler und Historiker* (1937), in: *WBGS II/2*. Frankfurt/M. 1977, 465–505. Vgl. dazu Franz Mehring: *Akademisches*, in: *Die Neue Zeit 16/1* (1897/98), 193–196.

10/ Carl Grünberg/Henryk Grossmann: *Sozialistische Ideen und Lehren I. Sozialismus und Kommunismus*, in: *Wörterbuch der Volkswirtschaft III*, hg. von Ludwig Elster. Jena 1933, 272–341, hier 321, 324f.

11/ Hugo Fischer: *Karl Marx und sein Verhältnis zu Staat und Wirtschaft*. Jena 1932; Georg Lukács, *Wie ist die faschistische Philosophie in Deutschland entstanden?* (1933), hg. von László Sziklai. Budapest 1982, 201.

12/ Vgl. Theodor W. Adorno und Alfred Sohn-Rethel: *Briefwechsel 1936–1969*, hg. von Christoph Gödde. München 1991. Zur Benjamin/Elias-Debatte 1938 vgl. Detlev Schöttker: *Norbert Elias und Walter Benjamin. Ein unbekannter Briefwechsel und sein Zusammenhang*, in: *Merkur 42* (1988), 582–595.

13/ Vgl. Jürgen Rojahn: *Marxismus – Marx – Geschichtswissenschaft. Der Fall der sog. „ökonomisch-philosophischen Manuskripte aus dem Jahr 1844“*, in: *Marxismus und Geschichtswissenschaft, ITH-Tagungsberichte 19*. Wien 1984, 91–136.

14/ Walter Benjamin: *Charles Baudelaire. Ein Lyriker im Zeitalter des Hochkapitalismus. Das Paris des Second Empire bei Baudelaire*, in: *WBGS I/2*. Frankfurt/M. 1974, 509–653, hier 513–515, 525f., 533f., 575f.

15/ W.I. Lenin: *Die Lehren des Moskauer Aufstandes* (August 1906), in: ders.: *Werke 11*. Berlin 1958, 157–165.

Lukas Sainitzer: *Ich trauere nicht um die Jahre. Dokumentation.* Horn: Verlag Berger 2012, 164 S., 14,90–

Nachdem bereits 2010 vom niederösterreichischen Verlag Berger ein Buch herausgegeben wurde, das sich mit dem Leben und Sterben eines kommunistischen Widerstandskämpfers beschäftigt (Manfred Pawlik: Wilhelm Weixlbraun. Briefe aus der Todeszelle), erschien nun in diesem Verlag erneut ein Band, in dem das Leben von WiderstandskämpferInnen, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben ließen, nachgezeichnet wird.

Lukas Sainitzer, der Enkel von Franz und Ida Strohmmer, rekonstruiert aus den vorhandenen Dokumenten, die sich im Familienbesitz erhalten haben, und jenen, die die NS-Behörden über seinen Großvater Franz Strohmmer angelegt haben, das Leben seiner Großeltern und jenes seines Großonkels Hans. Allein die über 400 Fußnoten auf den 150 Seiten des Bandes zeigen, dass er in seinem Text die in akribischer Recherche erschlossenen Dokumente sprechen lässt. Mit Hilfe dieser Archivalien und Briefe skizziert er das Leben seiner Angehörigen, die aktiv im Kampf gegen das Nazi-regime gestanden sind.

Ausgehend von biografischen Anmerkungen zur Familiengeschichte, über die Grundlagen des antifaschistischen Widerstandskampfes, die politische Betätigung von Franz Strohmmer, über dessen Haftzeit, seine Korrespondenzen und andere, zum Teil in geheimen Niederschriften überlieferte höchst interessante Aussagen, geht der Autor schließlich auf das Verfahren gegen ihn vor dem „Volksgerichtshof“ ein, sowie zuletzt auf seine Zeit in der Todeszelle bis hin zu seiner Hinrichtung am 19. November 1943 im Wiener Landesgericht.

Dass das NS-Regime noch im März 1945 seine Frau Ida (sie hatte noch im

November 1943 ein Gnadengesuch für ihren Mann verfasst) und seinen Bruder Hans, verhaftete, widerspiegelt das letzte Aufbäumen des NS-Regimes, das seine politischen GegnerInnen bis zur letzten Sekunde verfolgte und ermordete. Vom „Erziehungslager“ Lanzendorf trieb man zu Ostern 1945 420 Menschen, darunter auch Ida und Hans Strohmmer, über Hütteldorf nach Tulln und letztlich nach Mauthausen. Der Invalide Hans, der in den Tullner Auen nicht mehr weiter konnte, wurde von der den Zug begleitenden SS-Mannschaft erschossen. Ida erreichte mit den verbliebenen 300 Menschen das Konzentrationslager Mauthausen, wo sie am 17. April 1945 vergast wurde. Zurück blieb ihre fünfjährige Tochter als Vollwaise.

Zu Recht hob der Autor bei der Präsentation des Buches im Magistratischen Bezirksamt Währing nicht nur die Bedeutung des kommunistischen Widerstandes (dem die drei zuzurechnen sind) hervor, sondern auch die Tatsache, dass das 1945 wiedererstandene Österreich auf den Opfern dieses Widerstandskampfes basiert, wie auch auf den beschämenden Gesichtspunkt, dass diesen Opfern seitens des offiziellen Österreich nicht jene Würdigung widerfuhr, die ihnen historisch zukommen hätte sollen.

Franz Strohmmer war bis zur letzten Minute ein politisch denkender Antifaschist. Im Hinrichtungsprotokoll ist vermerkt, dass Strohmmer, vor dem Vorsitzenden der Hinrichtung stehend, diesem zurief: „Mein Kopf wird Euch auch nicht retten.“ Ein Satz, der in seiner analytischen Prägnanz nicht zu überbieten ist und der durch die Geschichte vollends bestätigt wurde.

WILLI WEINERT

Am 26.9.1942, vier Tage vor seiner Verurteilung, schrieb Franz Strohmmer einen Brief an seine Frau Ida, in dem die Aussage „Ich trauere nicht um die Jahre“ vorkommt, die zum Titel des vorliegenden Bandes wurde. Aufgrund seines Inhalts wurde dieser Brief nicht an sie weitergeleitet und kam zu den Akten. Wegen seines von hoher Menschlichkeit geprägten Inhalts sei er hier im vollen Wortlaut wiedergegeben.

Meine liebe Ida, mein goldiges Kind: Diese Zeilen schreibe ich im Bewusstsein der bevorstehenden Entscheidung über mein Leben. Ich stehe der bewussten Gefahr näher als jemals zuvor, ich habe stets als Mensch gelebt und werde auch als Mensch mich zu verteidigen wissen. Ich habe mir in dieser Stunde nichts vor-



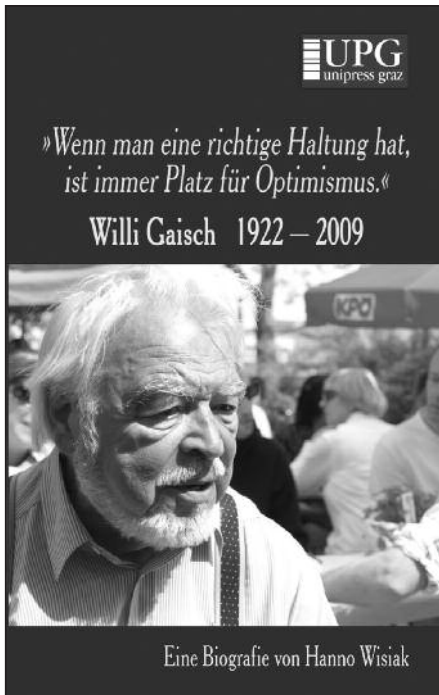
Ida und Franz Strohmmer

zuwerfen und bin allen Eventualitäten gewachsen. Ich trauere nicht um die Jahre, die mir die Natur zum Leben noch geschenkt hätte, denn die Schönheit und der Wert des Lebens liegen nicht in der Länge des Daseins, sondern in seinem Reichtum und diesen habe ich immer empfunden, wenn ich die Lebensgipfel und Lebenstäler passierte. Ich bin glücklich immer gelebt zu haben, ich habe auf kein Ereignis gewartet, um dann erst richtig zu leben. Mir wäre froh zu Mute, wüsste ich nicht Euch beide meinem Herzen so nahe. Eure Liebe verpflichtet mich zum Leben, es schmerzt mich, wenn ich diese herrliche Pflicht unerfüllt lassen muss. Tapfere Ida, sei glücklich ein Kind zu haben, welches so ganz unser Kind ist. Welchen Sinn hätte der Schmerz, wenn er nicht auch Nutzen hätte. Aus Deinem Schmerz wird und muss eine seelische Stärke hervorgehen, die nur der Tod zu bezwingen vermag und sonst gar niemand. Deine erhabene Größe strahlt über allen Erbärmlichkeiten, Renate wird an Deiner Seite ein echter Mensch werden. Liebes Kind, Dein Vati hat Dich mehr als geliebt, Du warst vor Deiner Geburt seine Sehnsucht und als Du ihm geschenkt warst, Mahnung zum höheren Kampf. Ich weiß heute schon in Dir die Erfüllung meines Vermächtnisses gesichert, Du wirst dem Leben dienen, wie ich es gewollt. Du wirst siegen, wofür ich gelebt habe. Du wirst beweisen, dass Deines Vati Erkenntnisse richtig waren, auch Du wirst im Kampfe Dein Glück finden. Auf ein Wiedersehen, wenn nicht, dann lebet wohl.

Dein Franz, Dein Vati

www.klahrgesellschaft.at

- Informationen über Ziele und Aktivitäten der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT.
- Sämtliche Beiträge aus den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* der Jahrgänge 1994–2013 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT seit 1993.
- Bibliographie zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs.
- Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.



Hanno Wisiak: „Wenn man eine richtige Haltung hat, ist immer Platz für Optimismus“. Willi Gaisch 1922–2009. Graz: Uni-Press Verlag 2012, 233 S., 17,90–

„Es war »ein kämpferisches, erfülltes Leben«, wie Willi Gaisch es selbst nannte, in dem sich nicht nur die Bruchlinien des ‚kurzen 20. Jahrhunderts‘, sondern gleichsam die Höhen und Tiefen, die Erfolge und Fehler der kommunistischen Bewegung in Österreich spiegeln, die für ihn immer der Mittelpunkt seines Handelns war. Geboren in eine Grazer Arbeiterfamilie war Gaisch von Kindesbeinen an politisch aktiv. Buchstäblich bis zuletzt stand er mitten in den Bewegungen für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. Bei einem Zeitzeugengespräch über den antifaschistischen Widerstandskampf 1934–1945 vor etwa 250 Studierenden erlitt er einen Schlaganfall und erlag am Tag darauf den Folgen. Der Hörsaal A der Karl-Franzens-Universität Graz trägt heute seinen Namen.“

Soweit der Klappentext der vorliegenden Biographie über den 1922 geborenen und 2009 gestorbenen antifaschistischen Widerstandskämpfer Willi Gaisch, der nach 1945 u.a. als Redakteur der kommunistischen Tageszeitung *Wahrheit*, als Bezirkssekretär der KPÖ in Graz, sowie in späteren Jahren als Landessekretär bzw. Landesobmann der KPÖ Steiermark aktiv war.

Die für die Veröffentlichung überarbeitete, an der Universität Graz angefertigte Diplomarbeit (dies erklärt die über 800 Fußnoten) von Hanno Wisiak ist ein sehr gut gelungener Versuch, die Le-

bensgeschichte eines liebenswerten und stets geradlinigen Kommunisten mit der allgemeinen Geschichte eines Landes, einer Bewegung, einer Partei zu verbinden – noch dazu von einem viel jüngeren Zeitzeugen als Autor. Wisiak konnte sich dabei neben den vorhandenen schriftlichen Quellen auch auf zahlreiche Interviews stützen, die er in Vorbereitung eines Filmprojekts mit Gaisch führte. Wisiaks Buch zeichnet sich durch einen angenehm frischen Stil aus, zudem bringt der Autor viele brauchbare Begriffserklärungen und nützliche Erläuterungen. So sollte Geschichte vermittelt werden.

LISL RIZY

Stéphane Hessel: Empört Euch! Nachwort von Sylvie Crossman. Berlin: Ullstein 2011, 32 S., 4,20–

Der 1917 als Sohn des mit Walter Benjamin (1892–1940) befreundeten Literaten und Übersetzers Franz Hessel (1880–1941) in Berlin geborene und im Februar dieses Jahres gestorbene Stéphane Hessel hat 2010 unter dem Titel „Indignez-vous!“ eine Erweckungsschrift herausgebracht, die, zuerst in Französisch publiziert, in Europa von Buchhandlungen massenhaft verbreitet wird. Hessel hat aktiv gegen den Nazi-faschismus gekämpft und ist Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald. Ab Oktober 1945 war er in der französischen Delegation bei den Vereinten Nationen in New York, die sich an der Formulierung der am 10. Dezember 1948 in Paris von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Mehrheit verabschiedeten „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ beteiligt hat: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ Dieser Vers ist in der Gegenwart nicht mehr als ein Notenblatt des Diplomatenchors der so genannten internationalen Staatengemeinschaft. Dem weit überwiegenden Teil der Menschheit fehlt es am Nötigsten, ganze Völker werden von den imperialistischen Hauptmächten, deren barbarisches Wirken grenzenlos geworden ist, verelendet und unterdrückt. Aber was kann dagegen getan werden?

„Widerstand kommt aus Empörung“, so definiert Hessel mit einem Rückgriff auf ein Grundmotiv der Résistance das Fundament seines Aufrufs und begründet: „Wenn man sich über etwas empört, wie mich der Naziwahn empört hat, wird

man aktiv, stark und engagiert. Man verbindet sich mit dem Strom der Geschichte, und der große Strom der Geschichte nimmt seinen Lauf dank dem Engagement der Vielen.“ In seinen historischen Einschätzungen wird Hessel entgegen seinen persönlichen Erfahrungen zum kleinbürgerlichen Geschichtsbetrachter, er meint, die Menschheit habe seit 1948 „bedeutende Fortschritte“ erzielt: „das Ende der Kolonialherrschaft und der Apartheid, den Untergang des Sowjetreichs, den Fall der Berliner Mauer“. Es kann Hessel, der den Entkolonialisierungsprozess als Diplomat beobachtet hat, nicht wirklich verborgen geblieben sein, dass erst Existenz und Solidarität der sozialistischen Länder nach 1945 zum Sieg vieler anticolonialer Befreiungskämpfe und zum Abbau von Diskriminierung aller Art wesentlich beigetragen haben. Die USA als der Hauptfeind des Weltfriedens nach 1945 wird von Hessel vornehm verschwiegen, wie er auch die Voraussetzungen für revolutionäre soziale Umgestaltungen ignoriert. Solche Erzählungen über historische Prozesse sprechen den dekadenten Teil der Intellektuellen an, der in Europa als Profiteur des Imperialismus die Meinungsführung innehat. Die Klage über das im Westen herrschende „materialistische Maximierungsdenken“ bleibt unverbindlich moralisierend, das macht den Erfolg der Schrift mit aus.

„Dagegen hat das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts einen Rückschritt gebracht“ – so Hessel über die militärischen und ökonomischen Exzesse des Imperialismus nach der Implosion der sozialistischen Länder. Besonders empört ist Hessel über die von Israel zu verantwortenden Verhältnisse im Gaza-Streifen: „Dass Juden Kriegsverbrechen begehen können, ist unerträglich.“ Dann dazu wieder: „Aber wir müssen hoffen, immerzu hoffen“ – „Wir müssen den Weg der Gewaltlosigkeit gehen lernen“ – „Für einen Aufstand in Friedfertigkeit.“ Hessel meint, es müsse gelingen, „dass Unterdrücker und Unterdrückte über das Ende der Unterdrückung verhandeln“. Diese belletristischen Wünsche ehren Hessel, unterstreichen seine guten Absichten, helfen nicht wirklich weiter. Oder vielleicht doch! Antonio Gramsci hat einer allgemeinen historischen Beobachtung die angemessene Bedeutung gegeben, nämlich „daß eine ‚wohlgeordnete‘ Ansammlung von streitlustigen und ungezügeltten Elementen sich zu kollektiven Entscheidungen zusammensindet, die das individuelle

Durchschnittsmaß überschreiten: die Quantität wird zur Qualität“. Ohne organisierten revolutionären Kampf wird die Befreiung der Menschheit tatsächlich nicht stattfinden, das mag Hessel ausdrücken haben, wenn er mit Einsicht in die Notwendigkeit aufruft: „*Neues schaffen heißt Widerstand leisten. Widerstand leisten heißt Neues schaffen.*“

GERHARD OBERKOFER

Terry Eagleton: Warum Marx recht hat. Berlin: Ullstein Verlag 2012, 288 S., 18,-
Eric Hobsbawm: Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus. München: Hanser 2012, 448 S., 27,90-

Im vergangenen Jahr sind zwei Bücher der beiden meistgelesenen marxistischen Wissenschaftler auf deutsch erschienen, in denen sich die beiden Autoren mit dem theoretischen Ausgangspunkt ihrer Arbeit befassen – mit Karl Marx. Bereits im Frühjahr 2012 erschien *Warum Marx recht hat*, ein knapp 300 Seiten starker Essay des britischen Literaturtheoretikers Terry Eagleton. Seit Sommer liegt nun auch endlich die Aufsatzsammlung *Wie man die Welt verändert* von Eric Hobsbawm auf deutsch vor. Dabei handelt es sich um Aufsätze und Abhandlungen, die der große Historiker im Lauf der Jahrzehnte *über Marx und den Marxismus* (so der Untertitel der Sammlung) veröffentlicht hat.

Die Herangehensweise der beiden Autoren an ihren Gegenstand könnte unterschiedlicher kaum sein. Eagleton legt ein in gewohnter Weise unterhaltsam-bissig verfasstes umfassendes Plädoyer für Marx vor. Unzählige polemische Seitenhiebe auf Marx-Kritiker und gegen Marx vorgebrachte Argumente machen das Buch zu einer kurzweiligen – wenn auch unsystematischen – Einführung in das Werk des deutschen Philosophen.

Eagletons Ausgangspunkt ist das von ihm konstatierte Paradoxon, dass zu einem Zeitpunkt, zu dem sich eine marxistische Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse so stark aufdrängt wie schon seit langem nicht mehr, Verbreitung und Einfluss des Marxismus an einem Tiefpunkt angelangt sind. „Was, wenn all die sattsam bekannten Einwände gegen Marx' Werk falsch sind?“, formuliert Eagleton als Ausgangsfrage (9) und versucht, einige der häufigsten dieser „Einwände“ zu entkräften. Der Gegenstand der Marx'schen Kritik, der Kapitalismus, habe sich jedenfalls nicht zum Besseren gewandelt, im Gegenteil: „Was einst apokalyptische

Phantasie war, ist heute nicht mehr als nüchterner Realismus“, konstatiert Eagleton mit Verweis auf Kriege, Hunger, Umweltzerstörungen und „kulturellen Kretinismus“ (21). Wer angesichts dessen behauptet, die marxistische Theorie sei obsolet, verhält sich „wie jemand, der die Feuerwehr abschaffen will, weil die Brandstifter immer geschickter und einflussreicher werden“ (20).

Hobsbawm behandelt in seinen zwischen 1957 und 2010 entstandenen, für die vorliegende Ausgabe teilweise überarbeiteten und ergänzten Aufsätzen unterschiedliche Aspekte des Marx'schen Werks; neben Ausführungen zu den Voraussetzungen sowie der Rezeption und Wirkung des Marxismus finden sich Bemerkungen zur politischen Arbeit von Marx und Friedrich Engels, aber auch zwei Aufsätze zum italienischen Marxisten Antonio Gramsci und dessen Anverwandlung des Marx'schen Oeuvres oder zur Editions-geschichte der „Grundrisse“.

Herzstück des Buches sind drei 1979 bzw. 1982 in dem Sammelband „Storia del Marxismo“ auf Italienisch erschiene Aufsätze zur Entstehung und Verbreitung des Marxismus und der marxistischen Bewegung zwischen 1880 und 1983. Dabei behandelt Hobsbawm analog zur Vorgangsweise in seinen großen historischen Werken alle gesellschaftlichen Ebenen, in denen der Marxismus eine Rolle spielte – von der organisierten Arbeiterbewegung über wissenschaftliche Debatten bis hin zur Aufnahme marxistischer Ideen in Kunst und Kultur. Präzise zeichnet Hobsbawm die Entwicklung des Marxismus von einer in vielen europäischen Ländern bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts marginalisierten Theorie zu einer bestimmenden Kraft in den internationalen Kräfteverhältnissen nach. In der 2010 verfassten Ergänzung der drei Aufsätze zeichnet der Autor schließlich den „Rückzug“ des Marxismus als international wirksame politische Theorie nach.

Keines der vorliegenden Bücher ist eine Einführung in marxistische Theorie im engeren Sinn. Beide hingegen vermögen den LeserInnen zentrale Aspekte des Marxismus nahezubringen – und beide Bücher machen vor allem Lust auf Marxismus.

Hobsbawms Aufsätze geben vor allem Hinweise zur Rekonstruktion der widersprüchlichen und keineswegs geradlinig verlaufenden Geschichte des Marxismus – nicht zuletzt gegen die Glättungen und Vereinfachungen dieser Geschichte, wie sie durch Marxisten selbst und deren Gegner passierte. Die Entwicklung der

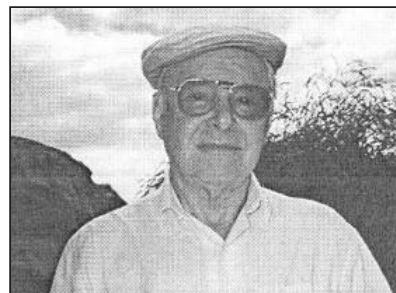
von Marx und Engels ausgehenden Theorie erscheint hier als faszinierendes Panorama der Politik- und Wissenschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Eagletons Essay wiederum macht deutlich, dass diese Geschichte keineswegs zu Ende ist. Marxismus ist für den Autor eine nach wie vor und trotz sonstiger politischer Konjunkturen und wissenschaftlicher Trends bestehende politische und theoretische Option zur Formulierung von Antworten auf die drängenden Fragen der Menschheit.

SIMON LOIDL

Die *Alfred Klahr Gesellschaft* trauert um ihr langjähriges Mitglied Alice „Lici“ Graber, die am 12. Februar 2013 im 97. Lebensjahr in Wien verstorben ist.

Robert Bondy (1915–2013)

Am 29. Jänner 2013 verstarb Robert Bondy in Wien im 98. Lebensjahr. Bondy gehörte bis 1934 der *Sozialistischen Arbeiterjugend* an und wurde 1936 im illegalen *Kommunistischen Jugendverband* aktiv. Krieg und Faschismus überlebte er in der Emigration in England, wo er am Aufbau von *Young Austria* mitwirkte. Er meldete sich wie hunderte andere österreichische Jugendliche freiwillig zur britischen Armee, um am Kampf gegen den Hitlerfaschismus teilzunehmen.



Nach der Befreiung übernahm Bondy wichtige Aufgaben im Wirtschaftsapparat der KPÖ. In den 1980er Jahren war er an den Treffen der Alt-KJVLerInnen und am Klub 34 in der KPÖ beteiligt. 1993 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der *Alfred Klahr Gesellschaft*, deren Kassier er mehrere Jahre war. Robert Bondys Leben stand bis zuletzt im Zeichen seines Engagements für die Sache der ArbeiterInnenbewegung, seine Partei und für die Ziele des Sozialismus.



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Vom Standrecht zum rosaroten Straßenterror

Karl Wiesinger (1923–1991)

Ein Abend über den oberösterreichischen, kommunistischen Schriftsteller **Karl Wiesinger** mit **Helmut Rizy** (Schriftsteller) und **Stefan Kraft** (Promedia Verlag)
anschließend Lesung

Dienstag, **23. April 2013**, 19.00
Kulturcafé 7Stern 7★STERN
Siebensterngasse 31, 1070 Wien

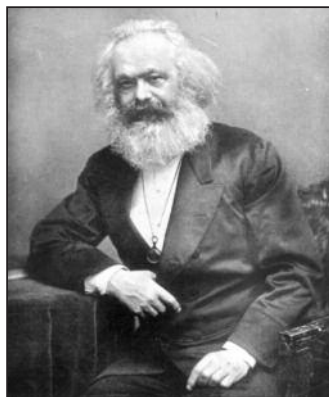


Karl Marx Denker und Revolutionär Zu seinem 130. Todestag

Vortrag von Univ.-Prof. Dr.

Hans Hautmann

*(der Vortrag musste von März auf Mai
verschoben werden)*



Dienstag, **14. Mai 2013**, 19.00
Kulturcafé 7Stern
Siebensterngasse 31, 1070 Wien

Die Ideen von Karl Marx stellen einen revolutionären Wendepunkt in der Entwicklung des gesellschaftlichen Denkens dar. Sie haben die Erkenntnisse auf den Gebieten der Philosophie, Geschichtswissenschaft, Politökonomie sowie der sozialistischen und kommunistischen Lehren in entscheidender Weise bereichert. Es waren einzigartige, noch nicht da gewesene Entdeckungen, in deren Ergebnis eine neue, in sich geschlossene Weltanschauung entstand. Im Vortrag wird aufzuzeigen versucht, dass der ständige, nicht nachlassende Kampf der Kapitalmächtigen gegen die Einsichten von Marx in eben jenen sozialen Strukturen und Interessen begründet liegt, die er zum ersten Mal wissenschaftlich durchleuchtet hat.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Drechslergasse 42, 1140 Wien

Vereinsvorstand: Mag. Alexander Dinböck, Dr. Winfried R. Garscha, Univ.-Doz. Dr. Peter Goller, Mag. Dr. Heimo Halbrainer, Univ.-Prof. i.R. Dr. Hans Hautmann, Dr. Lutz Holzinger, MMag. Martin Krenn, Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, Dr. Walther Leeb (Präsident), Dipl.-Ing. Friederike Lerch (Kassier), Mag. Dr. Simon Loidl, Mag. Manfred Mugrauer (wissenschaftlicher Sekretär), Univ.-Prof. i.R. Dr. Gerhard Oberkofler (Vizepräsident), Dr. Elke Renner (Schriftführerin), Dr. Elisabeth Rizy, Irma Schwager (Vizepräsidentin), Fini Seif, Ass.-Prof. Mag. Dr. Valentin Sima, Dr. Wilhelm Weinert.

Grundlegende Richtung: Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT ist eine gemeinnützige Organisation, deren Tätigkeit ausschließlich wissenschaftlichen und volksbildnerischen Zwecken dient. Ihre Aufgabe und diejenige ihres Mitteilungsblattes ist die Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, insbesondere der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Peter

Goller, Martin Krenn, Simon Loidl, Manfred

Mugrauer, Gerhard Oberkofler, Lisl Rizy,

Willi Weinert

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

PSK 92023930, BLZ 60000

IBAN: AT 6660 0000 0092 0239 30

BIC: OPSKATWW

In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen, Vereine und Gesellschaften, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den Aktivitäten und Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT interessiert sind, gesendet.

Aufgrund des erhöhten Umfangs der *Mitteilungen* sind die Druckkosten in den letzten Jahren gestiegen. Darüber hinaus sind wir nicht nur mit erhöhten Posttarifen, sondern mit einer insgesamt schwierigen finanziellen Situation konfrontiert, weshalb wir all jene bitten, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen* interessiert sind und nicht Mitglied sind, als Beitrag zu den Druckkosten und zum Versand unseres Periodikums ein Jahresabonnement zum Preis von 5,- Euro bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen. Sollten Sie Mitglied werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,- Euro.

Vielen Dank für Ihr Interesse an unserem Periodikum und für Ihre Unterstützung!